Europas Schaden, S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 31 – 4. August 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt



Mit der Asylflut kamen auch zahllose radikale Moslems: Salafisten-Kundgebung auf Berlins Potsdamer Platz Bild: Imago

Zwei Wellen auf einmal

Brutale Asylsucher erschüttern Deutschland, von Italien drängt die nächste Woge

Die Probleme mit radikal-islamischen Asylsuchern werden immer bedrohlicher, doch die Politik verharrt in ihren falschen Dogmen.

Alarmierte Beobachter sprechen von der zweiten Welle illegaler Zuwanderung, die auf Deutschland zurolle. Wie die tödliche Bluttat von Hamburg aber zeigt, sieht die Wirklichkeit noch ein Stück dramatischer aus. Derzeit klatschen zwei Wellen aufeinander.

Da ist zum einen die neue Zuwandererwoge, die sich ins südliche Italien ergießt. Politik und als Helfer getarnte Schlepper tun das Ihre, um diese Welle immer weiter aufzutürmen.

Was sich in Hamburg auftat und im Berliner Weihnachtsmarkt-Massaker seinen bisherigen Höhepunkt fand, das ist die andere Welle – die der Radikalisierung und Verrohung unter den bereits Hereingelassenen und Hereingelockten. Religiöser Fanatismus vermischt sich dort mit der vorhersehbaren Perspektivlosigkeit, der sich Hunderttausende junger Männer aus dem orientalischen Raum in Deutschland gegenübersehen, weil sie weder eine Ausbildung besitzen noch mit der abendländischen Kultur zurechtkommen (wollen).

> Wer gehofft hatte, die Politik habe aus 2015 gelernt, ist enttäuscht

Kurz vor der Bundestagswahl treten beide, von der Politik heraufbeschworene Entwicklungen gleichzeitig an die Oberfläche. Die Nervosität der Verantwortlichen wächst entsprechend spürbar.

Daher überbieten sie sich nun in Vorwürfen und Forderungen, die praktisch durch die Bahn fadenscheinig sind. Mehr Kontrolle der Hereingelockten durch Geheimdienste und Polizei? Allein Hamburg zählt bereits 800 islamische Extremisten, bei denen der Attentäter von Barmbek noch nicht einmal dabei war. Wie soll diese Masse „kontrolliert" werden?

Die CDU spricht in ihrem Wahlprogramm von „Resettlement", also Neuansiedlung in Deutschland für die Asylsucher. Nach dem Ziel, sie nach Ende der angeblich fluchtursächlichen Gefahr in ihre Heimat zurückzuschicken, klingt das nicht. Auch Bundespräsident Steinmeier spricht von „Integration", die „Jahrzehnte" benötige, statt von Rückführung.

SPD-Kandidat Schulz sagte Italien mehr „europäische Solidarität" zu und meint damit, dem südlichen Nachbarn mehr Asylsucher abzunehmen. Notfalls sollen EU-Staaten zur Aufnahme gezwungen werden. Robert Kalinak, Innenminister der Slowakei, erwidert, man solle „nicht das Wasser aufteilen, wenn es durch das Dach regnet, sondern das Dach reparieren" – also Grenzen sichern, statt von „Flüchtlingsverteilung" zu sprechen. Katrin Göring-Eckart weiß schon, was passieren soll, wenn EU-Partner wie die Slowakei sich weiter sperren gegen die Aufnahme: „Wenn keiner aufnimmt, sind Sie bereit, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen? Ich nicht", fragt die Grünen-Fraktionschefin erpresserisch auf „welt.de". Soll heißen: Im Ernstfall nimmt Deutschland alle allein auf.

Wer gehofft hatte, die Berliner Politik habe wirklich aus 2015 gelernt, sieht sich bitter enttäuscht. Dort läuft man unbelehrt ins nächste Fiasko. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Er muss gehen

In Hamburg lebt man gefährlich. Das hat auch Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) unlängst vor Augen geführt bekommen, als in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung ein Polizeifahrzeug einem Brandanschlag zum Opfer fiel. Das Pikante daran: Das Fahrzeug gehörte zu den Polizei-Kräften, die zu seinem Schutz abgestellt waren. Fast zeitgleich brannte ein Fahrzeug der Polizeigewerkschaft ab – geparkt direkt vor dem Polizeipräsidium. Wenige Tage später traf es sechs Einsatzwagen der Polizei. Diese waren nicht etwa in einer dunklen, verlassenen Gegend abgestellt, sondern auf dem Gelände einer Polizeidienststelle. Kein Wunder, dass die Polizei, nachdem sie solcherart überzeugend unter Beweis gestellt hatte, dass sie nicht einmal sich selbst schützen kann, während des G20-Gipfels nichts zum Schutz des Eigentums der Bürger geleistet hat.

Sachwerte kann man ersetzen, ein Menschenleben nicht. Und ein solches hat die Hamburger Polizei indirekt auf dem Gewissen. Sie war über die Gefährlichkeit des Messerstechers von Barmbek informiert und hat nichts unternommen. Was in diesem Fall an Fehleinschätzungen und Versäumnissen zutage tritt, ist skandalös. Innensenator Andy Grote (SPD) muss erklären, weshalb sich ein der Polizei bekannter Islamist vollkommen ungehindert in der Stadt bewegen und schließlich seine Bluttat begehen konnte. Und er muss personelle Konsequenzen ziehen. Damit sollte er bei sich selbst anfangen und endlich den Anstand haben, die politische Verantwortung für das wiederholte Versagen der ihm unterstellten Sicherheitsbehörden zu übernehmen. Sein Rücktritt wäre schon nach dem G20-Gipfel fällig gewesen. Jetzt ist er unvermeidlich.

Zitterpartie bis zum Wahltag

Die Kanzlerin muss die Entwicklung in Italien und der Türkei fürchten

Recht überzeugend haben Politikwissenschaftler mittlerweile das Konzept der sogenannten asymmetrischen Demobilisierung als einen Baustein der bisherigen Wahlerfolge der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel ausgemacht. Ein Bestandteil dieser Taktik ist das Besetzen von Themen, die auf die Wählerschaft der politischen Konkurrenz mobilisierend wirken. Mit dazu gehört aber auch, Handlungsalternativen als unmöglich darzustellen und zu heiklen Themen möglichst zu schweigen. Das bisherige Vorgehen der Kanzlerin, das Thema Massenzuwanderung aus dem Wahlkampf herauszuhalten, passt in dieses Konzept.

Allerdings droht die bei den Bundestagswahlen der Jahre 2009 und 2013 so erfolgreiche Wahlkampftaktik in den kommenden Wochen zu versagen. Ausgerechnet das polarisierende Zuwanderungsthema könnte bis zum 24. September erneut die politische Diskussion und die Berichterstattung beherrschen.

> Neuer Asylantenstrom würde Wähler gegen Merkel mobilisieren

Immer mehr Zeichen sprechen nämlich dafür, dass die Asylkrise wieder akut wird und einen ähnlichen Verlauf wie im Jahr 2015 nimmt. Welche Brisanz in der Problematik steckt, hat die Kanzlerin im vergangenen Jahr erlebt, als ihre Zustimmungswerte einbrachen. Merkel hat es geschafft, mit Aussagen wie „Eine Situation wie die des Spätsommers 2015 kann, darf und soll sich nicht wiederholen", die Stimmung bei einem Teil der Bevölkerung zu drehen.

Fürchten muss die CDU-Vorsitzende nun die Entwicklung in Italien und der Türkei. Italiens Ministerpräsident Paolo Gentiloni warnt bereits seit Wochen angesichts deutlich gestiegener Zuwanderungszahlen, dass die Aufnahmefähigkeit seines Landes gefährdet sei. Als fatal könnte sich für die Bundeskanzlerin in der Folge auch die im Zuge des „Türkei-Deals" eingegangen Abhängigkeit vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan erweisen. Sowohl die Regierung in Rom als auch die in Ankara haben es in der Hand, den Zuwanderungsstrom in Richtung Mitteleuropa wie im Herbst 2015 jederzeit neu in Gang zu setzen.

Allein die Macht der Ereignisse würde dann das Wahlkampfkonzept der asymmetrischen Demobilisierung wirkungslos machen und für eine Mobilisierung der Wähler sorgen. *Norman Hanert*

Was wichtig ist

EU schreibt Farbe von Pommes Frites vor

Während die Bürger von der EU erwarten, dass diese endlich Möglichkeiten zur Lösung des existenziellen Zuwanderer-Problems findet, zeigen die Brüsseler Bürokraten, was sie für wirklich wichtig halten: die Farbe von Pommes Frites.

So schreiben sie auf mehr als 20 Seiten im Detail unter anderem vor, wie Pommes frittiert, wie Brot und Brötchen gebacken werden dürfen. In jeder Restaurant- und Imbissküche muss ein einheitlicher „Farbguide" gut sichtbar angebracht werden, um ein zu starkes Bräunen von Pommes, Toastbrot und Schnitzel zu verhindern. Außerdem müssen Pommes Frites vor der Zubereitung bis zu 120 Minuten gewässert werden. Hintergrund ist die Entstehung des krebserregenden Acrylamids bei der Erhitzung von stärkehaltigen Nahrungsmitteln.

Gastronomieverbände bemängeln, die Verordnung der EU-Kommission sei praxisfremd. Sogar Lebensmittel- und Verbraucherschutzorganisationen halten nichts davon. Der österreichische EU-Abgeordnete Othmar Karas (ÖVP) kritisiert die Verordnung als „weltfremden Akt, der nur das Vorurteil vieler Bürger gegen den EU-Bürokratismus fördert". Er will sich daher für ein Veto des EU-Parlaments einsetzen, um dem Regelungs-Irrsinn einen Riegel vorzuschieben. *J.H.*

MELDUNGEN

Zweifel an EU-Angaben

Berlin – Ein Vorgang mit Seltenheitswert: Die Bundesregierung zweifelt Angaben der EU-Kommission an. Konkret geht es um deren Schätzungen zu Verstößen bei der Energieverbrauchskennzeichnung von Geräten. Die EU-Zahlen würden Fälle einbeziehen, in denen die Energieverbrauchskennzeichnung den Gestaltungsanforderungen entspricht und inhaltlich richtig, aber nicht direkt neben der Preisauszeichnung zu finden ist, kritisiert die Bundesregierung. Den Anteil der Produkte, „bei denen die Angaben der Energieverbrauchskennzeichnung nicht korrekt sind und/oder die Ökodesign-Anforderungen nicht erfüllen“, schätzt die Bundesregierung als wesentlich geringer als die EU-Kommission ein. Die geht davon aus, dass bis zu 25 Prozent der auf dem Markt vertriebenen Produkte mangelhaft gekennzeichnet sind. *J.H.*

Deutsches Erbe gewürdigt

Straßburg – Straßburgs mittelalterliche Altstadt mit dem berühmten Münster im Zentrum gehört bereits seit 1988 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Jetzt ist auch die unter deutscher Verwaltung erbaute und auch auf Französisch „Neustadt“ genannte wilhelminische Stadterweiterung mit ihren weitläufigen Parks und Prachtvillen im Norden und Osten des alten Stadtzentrums auf Antrag des zuständigen Ministeriums zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt worden. Von 1871 bis 1918 war Straßburg Hauptstadt des Reichslandes Elsass-Lothringen. Als solche benötigte Straßburg repräsentative Gebäude für die neuen Behörden und Verwaltungen. Parallel zu dieser Modernisierung erfuhr die Stadt einen demografischen und wirtschaftlichen Aufschwung. Die Elsässer hatten lange Mühe, den urbanen Nachlass der Deutschen als historisches Erbe zu würdigen. *B.B.*

Gefahr durch Linksextreme

Wien – Der soeben veröffentlichte Jahresbericht des österreichischen Verfassungsschutzes hebt besonders die steigende Tendenz im Bereich des Linksextremismus hervor. Gab es vor zwei Jahren lediglich 186 entsprechende Tathandlungen, so wurden 2016 insgesamt 383 bekannt, was einen Anstieg von fast 106 Prozent bedeutet. Dem Bericht zufolge besteht zudem die Gefahr, dass die salafistisch-dschihadistische Ideologie verstärkt eine attraktive Lebensalternative gerade für junge Menschen werden könnte. Zu Beginn dieses Jahres befanden sich 206 aus Österreich stammende Personen in Syrien zur Teilnahme am „Heiligen Krieg“. Dabei fanden 45 von ihnen den Tod, während 90 wieder in die Alpenrepublik zurückkehrten. Im Lande selbst wurde eine Intensivierung festgestellt, neue Anhänger zu radikalisieren und für die „Gotteskrieger“ zu rekrutieren. Auch im vergangenen Jahr wurden etliche Anwerbungsversuche österreichischer Staatsangehöriger durch ausländische Spionagedienste in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bekannt. Erstmals konnten dabei nachrichtendienstliche Aktivitäten aufgedeckt werden, welche das Ziel verfolgten, sogar staatliche Strukturen des Landes zu beeinflussen. *F.W.S.*

Forderung mit Hintergedanken

US-Regierung fordert von Verbündeten höhere Verteidigungsausgaben – und hofft auf gute Rüstungsgeschäfte

Mit rund zehn Jahren Verspätung erfolgte im Jahre 2006 der erste Flug einer Lockheed Martin F 35, des Flugzeugs, von dem sich Auftraggeber wie Konstrukteure wahre Wunder erhofften. Der Kampfjet sollte eine fliegende, eierlegende Wollmilchsau werden und alles können, was man ansonsten in Summe von den verschiedensten anderen Typen erwartet. Mit diesem Gerät sollen die bisherigen US-Kampf-Jets abgelöst werden, die, wie die F 16 Falcon oder die F 22 Raptor, samt und sonders aus den 70er Jahren stammen.



Unverhältnismäßig teuer, aber alles andere als ein „Wundervogel“: Lockheed Martin F 35 Bild: pa

In einem jedenfalls ist die F 35 weltweit unerreicht: Der US-Kampfjet ist das mit Abstand teuerste Waffensystem, das jemals gebaut wurde. Seine Entwicklung kostete bis heute eine Billion Dollar. Das ist 77 Mal so viel wie der teuerste Flugzeugträger gekostet hat, der jemals gebaut wurde, die gerade in Dienst gestellte „USS Gerald Ford“. Kein Wunder, dass sich der Chef der russischen Luftwaffe, Generaloberst Viktor Bondarew, einen leisen Spott nicht verkneifen kann: „Mit dem Geld hätten wir auch ein Klavier zum Fliegen gebracht.“ Mit der „Gerald Ford“ hat die F 35 indes auch eine Gemeinsamkeit: Beide Waffensysteme sind technisch überaus anfällig und neigen zu Pannen, und, was den Jet angeht, auch zu solchen, welche die Piloten gefährden. Der renommierte französische Militär-Analyst Pierre Sprey hat sich ausführlich mit der F 35 beschäftigt und kommt zu folgendem Schluss: „Die Manövrierfähigkeit ist erschreckend schlecht. Es hat echte Probleme, schnell in geringer Höhe zu fliegen. Das Flugzeug überhitzt. Um der Überhitzung beizukommen, müssen die Bombenklappen geöffnet werden, um die Raketen zu kühlen, die an Bord sind.“ Doch das ist noch nicht alles. Wer den Schleudersitz betätigt, riskiert schwere Verletzungen des Nackens, der Bord-Computer erkennt nicht, wenn der Jet seine zugelassene Höchstgeschwindigkeit überschreitet, Piloten haben wiederholt Schwierigkeiten, sich in das Computer-System einzuloggen, mehrmals sind bei Flügen an Bord Feuer ausgebrochen, das System zeigt Beschädigungen nicht an, das Navigations-Gerät gilt als ein „schreckliches Durcheinander“, die Tarnkappeneigenschaften sind nicht mehr zeitgemäß. Immer wieder musste über die F 35 ein Startverbot verhängt werden.

Im vergangenen Jahr veranstaltete die US-Luftwaffe ein Kampftraining, bei dem der neue Wundervogel unter anderem gegen die 40 Jahre alte F 16 antrat. Diese bekam vorsorglich einen Abwurftank angehängt, damit sie für die F 35 nicht zu schnell ist. Trotzdem führten schlechte Flugeigenschaften und die mangelnde Leistung der Triebwerke des Kontrahenten dazu, dass sich der Veteran F 16 in allen Belangen überlegen erwies. In einem Pentagon-Bericht des Direktors für Test und Erprobung, Michael Gilmore, heißt es dazu: „Die F-35B Block 2B muss die Begegnung mit Feindkräften in jedem denkbaren Szenario vermeiden und wird stets Unterstützung von anderen befreundeten Kräften benötigen.“

Eine Billion Dollar– das ist sehr viel Geld für ein derart fragwürdiges Ergebnis. Deshalb drängt US-Präsident Donald Trump ebenso wie schon sein Vorgänger Barack Obama darauf, möglichst viele F 35 ins Ausland zu verkaufen, damit wenigstens die finanzielle Bilanz aufgefrischt wird. Dazu hat das Weiße Haus einige Länder als erwünschte Kunden ins Auge gefasst. An erster Stelle steht dabei Großbritannien. Royal Air Force und Royal Navy haben ihrerseits zwei Milliarden Dollar in das F 35-Projekt investiert und planen nun, 138 Exemplare ser Maschine zu kaufen. Das macht bei einem Stückpreis von 200 Millionen Dollar nochmals 27,6 Milliarden. Italien steht da nicht weit zurück, hier geht es um 131 Maschinen. Die Niederlande bescheiden sich vorerst mit 85 Stück, die Türkei soll 100 kaufen, ebenso wie Australien, wogegen den Norwegern 52 als ausreichend erscheinen. Das kleine Dänemark will immerhin 30 Flugzeuge aus der Rekord-Serie, Kanada vergleichsweise bescheidene 65 und Israel 19, wobei eine Option auf 75 weitere besteht. Japan hat 42 Maschinen bestellt und Südkorea 40.

Wenn tatsächlich jede F 35 im Ernstfall die Unterstützung von befreundeten Kräften benötigt, dann kann sich das Pentagon darauf freuen, auch diese Waffensysteme zur Unterstützung an die Verbündeten zu verkaufen. Vielleicht nimmt man dann die alten F 16 zu diesem Zweck. Auf diese Weise kommt für den US-Etat wieder einiges herein, und der militärisch-industrielle Komplex der USA, Ideengeber und Nutznießer solcher Geschäfte, wird gut daran verdienen. Dabei war von einem interessanten Kunden noch gar nicht die Rede: von Deutschland. Die Agentur Reuters teilte im Mai mit, die Planungsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums habe in einem Brief an die amerikanische Seite darum gebeten, der Bundeswehr Zugang zu Daten über das Flugzeug zu ermöglichen. Eine Entscheidung aber sei noch nicht gefallen.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass dieselbe Bundeswehr zur selben Zeit den Bau eines Jets gemeinsam mit Frankreich plant. Was gilt nun? Die vielbeschworene europäische Gemeinsamkeit oder die Ergebenheit gegenüber den USA?

Auf jeden Fall wird eines klar: Wenn ein US-Präsident, egal welcher, ob Obama oder Trump oder ein anderer, von den Nato-Partnern verlangt, sie sollten mehr für die Rüstung ausgeben, so tut er das nicht ausschließlich, weil er etwa um die Sicherheit des Bündnisses fürchtet, sondern auch, damit die Verbündeten mehr Waffen in den USA einkaufen können.

Florian Stumfall

Einseitiges Geschäft

Die EU-Staaten nehmen der Türkei weit mehr Immigranten ab als im sogenannten Flüchtlings-Deal vereinbart

Der sogenannte Flüchtlings-Deal mit der Türkei sollte die Lasten zwischen EU und Ankara gerecht verteilen. Ein neuer Bericht der EU-Kommission zeigt aber, dass die EU fünmal so viele Immigranten aus der Türkei aufgenommen wie die Türkei von Griechenland zurückgenommen hat.

Im Sommer 2015 und Anfang 2016 kamen Hundertausende, die sich die teuren türkischen Schlepper leisten konnten, von der Türkei aus über Griechenland nach Europa. Um die Zahl der ankommenden Immigranten zu verringern, hat die EU auf Anregung von Angela Merkel am 18. März 2016 mit der Türkei überstürzt einen Deal ausgehandelt und unterzeichnet. Nach diesem Abkommen sollten die meist begüterten Syrienflüchtlinge auf den griechischen Inseln nach der Prüfung und der Ablehnung ihres Asylbegehrens von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt werden. Im Gegenzug sollten wirklich bedürftige Flüchtlinge in gleicher Zahl direkt von der Türkei aus in die EU, sprich Deutschland, verteilt werden.

Die Umsetzung des hastig ausgehandelten Deals begann genauso chaotisch, wie er ausgehandelt worden war. In Griechenland war nämlich gar nicht die Infrastruktur für ein geordnetes Asylverfahren vorhanden, obwohl es die gesetzliche Möglichkeit für ein solches spätestens seit dem Beitritt Griechenlands zur EU 1983 eigentlich hätte geben müssen. Hastig wurden von der EU Entscheidungsstellen und Asylgerichte auf den griechischen Inseln installiert, zusätzlich zu den Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge, die in keiner Weise EU-Normen entsprachen.

> Die von der EU gezahlten drei Milliarden Euro an Hilfsgeldern hat Ankara längst zweckentfremdet

In der Hektik begann die Arbeit zunächst mit den Immigranten die in Griechenland von dem Deal und der Grenzschließung überrascht worden waren. Sie glaubten monatelang weiter, doch noch ohne Registrierung nach Deutschland gelangen zu können. Das Chaos-Lager Idomeni an der mazedonischen Grenze, das monatelang den Zugverkehr lahmlegte, spricht dafür Bände. Selbst nach der Auflösung dieses Lagers warteten Immigranten Monate, um überhaupt nur registriert zu werden. Die Lager auf den Inseln quellen über.

Merkel hat mit dem Pakt mit der Türkei und der in Zusammenhang damit von Österreich ausgehandelten Grenzschließung der Balkanstaaten ihre Kanzlerschaft gerettet. Seitdem droht der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan fast jede Woche den Europäern damit, den Deal platzen zu lassen und die Schleusen wieder zu öffnen.

Allerdings weiß kaum jemand, ob es wirklich der Deal mit Erdogan oder die Balkan-Grenzschließung war, die den Flüchtlingsstrom um fast 90 Prozent zum Erliegen gebracht hat. Doch Erdogan hat in Zeiten einer stagnierenden Wirtschaft und eines einbrechenden Tourismusmarktes tatsächlich gar kein Interesse daran, den Pakt aufzukündigen. Seine Regierung braucht die drei Milliarden Euro an Hilfsgeldern aus Europa heute mehr denn je. Deren Zweckgebundenheit indes hat Ankara längst unterlaufen, wie Nachforschungen der EU ergaben. Sollte Erdogan den Deal wirklich aufkündigen, verlöre er diese Gelder und damit auch sein stärkstes politisches Druckmittel gegenüber der EU.

Eineinhalb Jahre nach Abschluss des Deals wurde jetzt bekannt, dass die EU-Staaten ihren Part übererfüllen. Einem Bericht der „Bild“ zufolge nimmt die EU fünfmal so viele Immigranten aus der Türkei auf wie vereinbart. Danach wurden seit Inkrafttreten der Vereinbarung mit der Regierung in Ankara gerade einmal 1210 Personen, die über die Türkei auf die griechischen Inseln gelangt waren, wieder dorthin zurückgeschickt. So viele kamen 2015 manchmal innerhalb einer Stunde in Griechenland an. Im gleichen Zeitraum haben die EU-Staaten aber bereits 6200 Syrer aus der Türkei auf bisher 15 EU-Länder verteilt. Allein 2300 davon kamen nach Deutschland. Nach dem Flüchtlings-Deal sollte es eigentlich ein 1:1-Verfahren geben. Für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei rückgeführten Syrer sollte ein anderer Syrer aus der Türkei in der EU aufgenommen werden.

Als Hauptursache für den schleppenden Rücktransport von Immigranten von den griechischen Inseln in die Türkei nennt der von der „Bild“ zitierte Bericht der EU-Kommission die „langsamen“ Asylverfahren in Griechenland. Ein Großteil der Betroffenen lege Widerspruch gegen die Ablehnung ihres Asylantrages ein, wie das auch in Deutschland die Asylsucher tun. Die griechischen Asyl-Berufungskommissionen bearbeite jedoch im Schnitt pro Woche nur 47 Entscheidungen, heißt es in dem EU-Bericht. Das sei auch eine Ursache für die Überfüllung der Lager auf den griechischen Inseln. Auf die eigentlich 7000 Plätze kommen derzeit 14 000 Personen. *Bodo Bost*

Keine Wunsch-Partner

Start der schwarz-gelben Koalition in NRW holprig – Bündnis auf Bundesebene nicht selbstverständlich

Gerade unter bürgerlichen Wähler gilt Schwarz-Gelb als eine Wunschkoalition. Auch Umfragen lassen nach der Bundestagswahl ein Regierungsbündnis von CDU/CSU und FDP möglich erscheinen. Einige Gründe sprechen allerdings dagegen, dass die FDP nach der Bundestagswahl zum Juniorpartner der Union wird.

Aufschlussreich ist hier ein Blick nach Nordrhein-Westfalen, das seit Jahrzehnten als „politisches Labor" gilt, in dem neue Koalitionsmodelle getestet werden, bevor sie auf die Bundespolitik übertragen werden. In den 60er Jahren ging der ersten sozialliberalen Koalition in Bonn ein entsprechendes Bündnis in NRW voraus. Auch die erste rot-grüne Bundesregierung in Berlin in den 90er Jahren hatte einen Vorläufer in Düsseldorf. Sollte die NRW-Politik noch immer eine Vorreiterfunktion haben, dann haben sich die Aussichten dafür eingetrübt, dass nach dem 24. September eine Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zustande kommt.

Bereits im Vorfeld hatte FDP-Chef Christian Lindner signalisiert, dass ein Regierungsbündnis mit der nordrhein-westfälischen CDU keineswegs eine politische Liebesheirat ist. „Ich bin nicht der Wunsch-Koalitionspartner von Herrn Laschet und er nicht meiner", so Lindner vor einigen Monaten. Inzwischen kann der Start von Schwarz-Gelb im bevölkerungsreichsten Bundesland als verpatzt angesehen werden. Nach einem hoch motivierten Beginn steckt das Bündnis in einer ersten Krise. Die neue NRW-Agrarministerin Christina Schulze Föcking (CDU) wird mit Vorwürfen konfrontiert, sie würde es mit dem Tierschutz auf dem eigenen Hof nicht so genau nehmen.

Für weitere schlechte Presse sorgt zudem, dass die schwarzgelbe Koalition wohl auch Zusagen aus dem Wahlkampf zur Inneren Sicherheit nicht einhalten kann. Wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, müssen die meisten Polizeibehörden in NRW mit weniger Polizisten als zuvor auskommen. Demnach können nur 18 Polizeidienststellen mit mehr Personal rechnen, an 29 Dienststellen dagegen werden Planstellen abgebaut. Unter Berufung auf den Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, Arnold Plickert, heißt es, dass insbesondere beim Wachdienst und in der Kriminalitätsbekämpfung rund 150 Stellen weniger eingeplant sind.

Insbesondere bei der FDP muss die Entwicklung in Düsseldorf

Schnittmengen zwischen Union und FDP am größten

unangenehme Erinnerungen wecken. Auch der Start der letzten schwarz-gelben Bundesregierung 2009/2010 verlief katastrophal. Bei der folgenden Bundestagswahl 2013 verfehlten die Liberalen dann sogar den Einzug in den Bundestag. Nicht nur diese Erfahrung und die jüngste Entwicklung in NRW könnte die FDP-Führung davor zurükschrecken lassen, im Herbst auf Bundesebene erneut mit der Union zu koalieren.

Auf den ersten Blick scheinen unter allen Bündnisoptionen die Schnittmengen zwischen den Unionsparteien und der FDP am größten so sein. Alle drei Parteien dürften kaum Probleme haben, eine gemeinsame Linie in der Bildungspolitik oder bei der Wirtschaftsförderung zu finden. Allerdings zeichnen sich schon jetzt Politikfelder ab, bei denen es insbesondere zwischen der CSU und der FDP heftiger Streit geradezu programmiert ist. Fraglich ist zum Beispiel, ob der Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder die Einführung einer Gefährderhaft mit der FDP als Koalitionspartner umsetzbar sind. An der Parteibasis der Liberalen dürfte auch eine von Angela Merkel bereits angekündigte Vertiefung der Währungsunion so umstritten sein wie die Fortsetzung der bisherigen Euro-Rettungspolitik und die Anleihekäufe der EZB. Vorausgesetzt, das Wahlergebnis fällt im September entsprechend aus, wird die FDP vor der Frage stehen, diese in den eigenen Reihen nicht unumstrittene Politik als Teil der Regierung mitzutragen, und damit ,wie am Ende der letzten schwarz-gelben Koalition, möglicherweise wieder in eine existenzgefährdende Krise zu geraten.



Bild: Imago

Zweckbündnis: FDP-Chef Christian Lindner (li.) und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet mit Koalitionvertrag

Dem steht eine Alternative gegenüber, die durchaus Erfolg verspricht. Die FDP kann versuchen, sich in der Opposition erst einmal wieder zu konsolidieren und in der Auseinandersetzung mit der Union an Profil zu gewinnen. Auch aus Sicht der Union spricht einiges dafür, die anstehenden Aufgaben mit einem pflegeleichteren Juniorpartner in Angriff zu nehmen. Zwei Faktoren sprechen sogar dafür, dass dies erneut die SPD sein wird, dass erneut eine Große Koalition zustande kommt. Das Formtief der Grünen hält an, auch der „Schulz-Effekt" ist inzwischen so weit verpufft, dass Umfragen eine rot-rot-grüne Koalition zunehmend als Gedankenspiele ohne Basis erscheinen lassen. Zudem plädieren sogar prominente SPD-Politiker inzwischen dafür, die Option einer rot-rot-grünen Regierung vor der Wahl eindeutig auszuschließen.

Auch im linken Flügel der Grünen formiert sich inzwischen Widerstand mit dem Ziel, ein sogenanntes Jamaika-Bündnis, eine Koalition aus Union, FDP und Grünen, zu verhindern.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Keine Waffen für »Rechtsextreme«

Berlin – Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hat eine Abfrage des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) bei den Landesbehörden für Verfassungsschutz im dritten Quartal 2016 ergeben, dass diesen insgesamt 750 „tatsächliche und mutmaßliche Rechtsextremisten" bekannt waren, die über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügten. Darunter befänden sich auch Inhaber einer Waffenbesitzkarte für Sportschützen. Die zuständigen Länderbehörden arbeiteten „mit großem Aufwand daran, bestehende Waffenerlaubnisse bei Rechtsextremisten zu entziehen und wenn möglich bereits im Vorfeld zu verhindern", heißt es in der Vorlage. *J.H*

Gerichte vor dem Kollaps

Berlin – Der Bund Deutscher Verwaltungsrichter schlägt wegen der zahlreichen Asylverfahren vor deutschen Gerichten Alarm. Laut Robert Stegmüller, dem Vorsitzenden des Bundes deutscher Verwaltungsrichter, ist „die Lage an den Verwaltungsgerichten dramatisch". Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte er: „Wir stoßen derzeit komplett an unsere Grenzen." Eine derartige Zahl an Verfahren könne die Verwaltungsgerichtsbarkeit auf Dauer nicht aushalten. „Irgendwann bricht dann alles zusammen. Das ist wie bei einem Motor, der im roten Bereich gefahren wird. Eine Zeit lang geht es gut, aber nicht dauerhaft", warnt der Jurist. Derzeit sind vor deutschen Verwaltungsgerichten rund 250 000 Klagen von Asylbewerbern anhängig. Diese Zahl ergibt sich aus einem Abgleich der Statistiken des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit denen der EU-Statistikbehörde Eurostat. *J.H.*

Scharfe Bereicherung

Im Deutschen gibt es einen neuen Buchstaben

Die deutsche Sprache wurde offiziell um einen Buchstaben reicher: das Große Scharfe S. Der ursprünglich aus einer Ligatur von Langem S und Z entstandene und daher als Eszett bekannte Buchstabe wird zwar momentan nirgends am Wortanfang verwendet, wo es zu einer regelgerechten Großschreibung kommen könnte. Allerdings dienen Großschreibungen aller Buchstaben der Hervorhebung eines Wortes und sind daher nicht selten. Bisher hatte man sich in solchen Fällen zumeist damit beholfen, indem man hier ein Doppel-S setzte. Eine den Wurzeln entsprechende alternative Auflösung in „SZ", welche der Duden ursprünglich vorsah, wurde erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Variante „SS" ersetzt, wobei die SZ-Schreibung zunächst noch bei missverständlichen Worten beibehalten werden konnte. Erst die reformierte Rechtschreibung der jüngsten Zeit stieg dann ganz auf eine SS-Lösung um.

Da solche Ersatzbehelfe nicht wirklich befriedigen, bemühten sich Schriftgestalter bereits ab dem 19. Jahrhundert um die Schaffung eines großen beziehungsweise Versal-Eszetts. Hierbei wurden verschiedene Formen durchgespielt, von denen inzwischen weithin ein verbreitertes kleines Eszett als beste Lösung betrachtet wird. Offizielle Anerkennung hatten diese Bemühungen lange Zeit nicht gefunden. Allerdings begannen die bundesdeutschen und österreichischen Meldebehörden mit der Zeit, im Sichtbereich von Ausweisen einen typographischen „Mischsatz" zu verwenden, in dem das klein-Eszett zwischen Großbuchstaben eingefügt wurde, um etwa Frau WEIß von Frau WEISS unterscheiden zu können. Schön sah das nicht aus. 2007 wurde dann endlich ein großes Eszett als Buchstabe nach den DIN- und ISO-Normen kodifiziert und damit in seiner Existenz anerkannt. 2010 verfügte der quasiamtliche Ständige Ausschuss für geographische Namen in seinen „Empfehlungen und Hinweisen für die Schreibweise geographischer Namen" die Verwendung des nun verfügbaren Versal-Eszetts für Ortsnamen. Schließlich schlug im Dezember vergangenen Jahres der Rat für deutsche Rechtschreibung unter Verweis auf den behördlichen Sprachgebrauch und eine von diesem indirekt angestoßene Verwendung des Versal-Eszetts in der Werbung, welche dann wiederum von den Medien und sogar in Schulbüchern übernommen worden sei, die Einführung des Buchstabens in die allgemeine Sprache vor. Wie der Rat kürzlich mitteilte, hätten in den letzten Monaten alle zuständigen Stellen der offiziell deutschsprachigen Länder und Gebiete – mit Ausnahme der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein, die das Eszett nicht verwenden – die von ihm vorgeschlagenen Regelungen angenommen, so dass das große Eszett nun erstmals offiziell verwendet werden könne.

Und der »heilige Vater« darf endlich der »Heilige Vater« sein

Wir haben dem Rat noch eine weitere Errungenschaft zu verdanken: Ab sofort können eigenbegriffliche Verbindungen aus Adjektiv und Substantiv durch eine Großschreibung des Adjektivanfangs herausgestellt werden. Man „darf" daher jetzt amtlich sowohl „Goldene Hochzeit" als auch „goldene Hochzeit" schreiben. Auch zuvor in ihrer Schreibweise umstrittene Begriffe wie der des „Heiligen Vaters" werden dank der neuen Regeln ab sofort in allen Fällen mit staatlichem Segen groß geschrieben. *Thomas W. Wyrwoll*

»Klima wird schlechter«

Zentralrats-Präsident warnt vor Antisemitismus in Deutschland

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, macht sich Sorgen um einen neu aufkommenden Antisemitismus und nimmt dabei auch die AfD ins Visier. Diese sei zwar eine rechtspopulistische Partei, deren „oberstes Feindbild derzeit die muslimische Bevölkerung" sei, aber er habe „das Gefühl, dass die AfD keine Hemmungen hätte, auch gegen jüdische Menschen zu hetzen, wenn es opportun wäre", erklärte er in einem Interview mit der „Bild am Sonntag".

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung vehement für die Achtung jüdischen Lebens in Deutschland ausgesprochen und vor antisemitischen Tendenzen durch Muslime gewarnt. So hat die AfD-Chefin Frauke Petry die scharfe Kritik des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder, an ihrer Partei zurückgewiesen. Als jüdischer Repräsentant solle Lauder erkennen, „dass die AfD einer der wenigen politischen Garanten jüdischen Lebens auch in Zeiten illegaler antisemitischer Migration nach Deutschland ist", sagte Petry. Schuster erklärte dagegen, er könne bislang nicht erkennen, „dass die Partei Willens oder in der Lage ist, gegen offen antisemitische Ausfälle von Mitgliedern vorzugehen". Als Beispiel nannte er die Dresdner Rede von Björn Höcke, in welcher der thüringische AfD-Vorsitzende im Zusammenhang mit dem Holocaust-Denkmal in Berlin von einem „Mahnmal der Schande" gesprochen hatte. Dies sage „doch viel aus über das Geschichtsbewusstsein zumindest eines Teils der AfD", so Schuster.

Gleichzeitig warnte der Zentralrats-Präsident aber auch vor einem immer schlechter werdenden Klima gegenüber Juden in Deutschland: „Sowohl in Schulen als auch auf Sportplätzen wird ‚Jude' als Schimpfwort verwendet." Der Zentralrat beobachte dieses Phänomen „leider schon seit einigen Jahren und durchaus verbreitet, so dass wir nicht von Einzelfällen sprechen können". Vor allem unter muslimischen Schülern seien antisemitische Vorurteile verbreitet. Daher müsse in der Schule mehr Wissen über das Judentum vermittelt werden. Einige Gebiete seien zu regelrechten No-Go-Areas für Juden geworden. „In einigen Bezirken der Großstädte würde ich empfehlen, sich nicht als Jude zu erkennen zu geben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das offene Tragen einer Kippa oder einer Halskette mit Davidstern verbale oder körperliche Bedrohungen zur Folge haben kann."

Gefahr durch Muslime wird aber eher bagatellisiert

Gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit" kritisierte Schuster auch das Verhalten der Islamverbände: „Das Problem des muslimischen Antisemitismus sollte die ganze Gesellschaft sehr ernst nehmen, ohne zugleich alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Islamische Verbände engagieren sich aber nicht ausreichend. Sie könnten und sollten deutlich mehr tun. Sie haben bei dem Thema Antisemitismus eine große Verantwortung." Dagegen neigten viele ihrer Vertreter dazu, antisemitistische Übergriffe als „Israel-Kritik" zu verharmlosen: „Wir erleben es häufig, dass bei antisemitischen Straftaten quasi um Verständnis für die Täter geworben wird, weil sie damit ‚nur' auf den Nahost-Konflikt aufmerksam machen wollten." Dies müsse man ansprechen, auch, „um dieses Feld nicht der AfD zu überlassen"

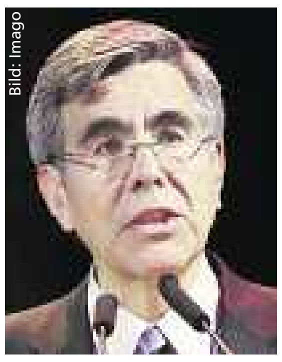
. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



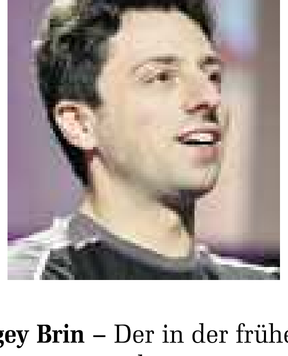
Sebastian Thrun – Der deutsche Informatiker und Robotik-Spezialist ging 1998 in die USA und leitete ab 2003 das Labor für Künstliche Intelligenz an der Universität Stanford. 2005 gewann er den Wettbewerb der US-Militärforschungsbehörde um ein autonomes Fahrzeug. Thrun begann, für Google zu arbeiten, und baute das „Google X“-Labor mit auf. Er entwarf auch die Google-Streetview-Autos.

Ernst Dieter Dickmanns – Der Robotik-Experte war bis 2001 Professor an der Universität der Bundeswehr. Er gilt als Pionier des maschinellen Sehens und der autonomen Fahrzeuge. Anfang der 80er Jahre rüstete er einen Mercedes Benz-Kleinlaster mit Kameras und Computer aus und unternahm die ersten Experimente mit einem autonomen Fahrzeug in Deutschland.



Raul Rojas Gonzalez – In Mexiko-Stadt geboren, lehrt der Informatiker seit 1997 an der Freien Universität Berlin. Hier leitet er das Dahlem-Zentrum für Maschinelles Lernen und Robotik. Bekanntheit erlangte er durch die Erfolge seiner Teams, den „FU Fighters“ und den „Fumanoids“ bei der WM im Roboterfußball. Hinzu kamen die unter seiner Ägide ab 2006 entwickelten autonomen Fahrzeuge. Seit 2010 arbeitet er auch an autonomen Drohnen.

Alexander Dobrindt – Verkehrsminister Dobrindt brachte das „Digitale Testfeld Autobahn“ zum Erproben neuer Assistenzsysteme und autonomer Fahrzeuge auf den Weg. Mit den Ergebnissen zufrieden, will er nun weitere Teststrecken fördern. Er sieht in autonomen Autos primär ein Mittel, um den Straßenverkehr sicherer zu machen. Auch im geänderten Straßenverkehrsgesetz müssen Fahrer jederzeit eingreifen können.



Sergey Brin – Der in der früheren Sowjetunion geborene Brin gehört zu den Gründern und Inhabern von Google. Er leitete seit 2009 Googles „X-Lab“, wo er an autonomen Autos forschte und kündigte deren Markteinführung für 2017 an. Heute will Google die Technik in Autos anderer Hersteller integrieren und hat die Arbeiten ins Tochterunternehmen Waymo ausgelagert. Brin leitet heute den Google-Mutterkonzern Alphabet.

Robot-Fahrzeuge geben Gas

Selbstfahrende Autos werden den Straßenverkehr in naher Zukunft revolutionieren

BMW plant, schon 2021 ein fahrerloses Autos in Serie zu bauen. Andere Unternehmen sind dicht auf. Robot-Fahrzeuge sind keine ferne Zukunftsvision, sondern demnächst auf allen Straßen unterwegs.

Die Idee ist faszinierend und mindestens so alt wie das Automobil selbst: Lesend, plaudernd, schauend, schlafend erreichen Autofahrer ihr Ziel. Lästige Arbeiten wie Steuern, Bremsen oder Gasgeben übernimmt der fahrbare Untersatz selbst. Viele Jahrzehnte lang konnte allerdings keine Technik auch nur annähernd Gleichwertiges zu Sinneswahrnehmungen, Reaktionsschnelligkeit und Intelligenz eines menschlichen Fahrers bieten. Inzwischen hat sich das grundlegend geändert. Autonome Fahrzeuge überwachen mit digitalen Kameras, Radar, Ultraschall oder Laser-Tastern ihre Umgebung. So können sie auf den Verkehr reagieren und aus den gesammelten Informationen ihre Position und die anderer Fahrzeuge bestimmen. Sie vermeiden Kollisionen und finden durch ihre bordeigene Navigationssoftware zum Ziel. Fortschritte in der digitalen Bildverarbeitung, im Bereich Künstliche Intelligenz und die Verfügbarkeit alltagstauglicher Navigationssysteme machen das möglich.

Das Rennen um profitable Ausgangspositionen im Zukunftsmarkt für selbstfahrende Fahrzeuge ist längst eröffnet. Hier tummeln sich traditionelle Autobauer wie BMW oder Mercedes-Benz, Computerkonzerne wie IBM, der Elektrofahrzeughersteller Tesla, aber auch Google, das durch die gleichnamige Internet-Suchmaschine viel bekannter ist. Allerdings ist Google so etwas wie der Schrittmacher der Entwicklung, denn das Unternehmen verpflichtete bereits 2003 den deutschen Informatiker Sebastian Thrun, der damals an der US-Universität Stanford eine Professur zum Thema selbstfahrende Autos übernommen hatte. Google legte eine Testserie von 100 autonom fahrenden Elektroautos auf, gab das Projekt aber wieder auf.

Ein deutscher Informatiker zählt zu den Schrittmachern

BMW gab 2016 bekannt, dass es mit Intel und Mobileye zusammenarbeite, um 2021 ein fahrerloses Auto, den BMWiNEXT in Serie zu bauen. Schon heute werden Pkw, Lkw und Busse, die per Computersteuerung fahrerlos unterwegs sind, an vielen Orten getestet. So gibt es in Deutschland seit September 2015 eine Teststrecke auf der A9 zwischen München und Ingolstadt. Sie verfügt über eine spezielle Beschilderung, die von den Sensoren der Robot-Autos besser erkannt wird. Außerdem ist sie mit umfangreichen Messsystemen und modernen Datenübertragungs-Technologien ausgestattet.

Dabei sollen die Fahrzeuge nicht nur eigenständig fahren, sondern auch Daten untereinander und mit festen Verkehrsleitstellen austauschen. Betrieben wird das sogenannte „Digitale Testfeld Autobahn“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und digitale Infrastruktur, vom Freistaat Bayern sowie Verbänden der Automobilindustrie und der Informationswirtschaft.

In den USA ist man schon weiter. 2015 waren in Kalifornien 48 autonome Pkw für den Straßenverkehr zugelassen. Allerdings schreibt der Staat vor, dass immer ein Fahrer an Bord sein muss, der notfalls eingreifen kann. Die Pkw brauchen weiterhin dieselben Steuerorgane wie herkömmliche Autos, also Lenkrad, Pedale für Gas und Bremsen sowie eine Gangschaltung. Ähnliche Regelungen stehen in einem Gesetz, das der Bundestag Anfang des Jahres für autonome Fahrzeuge beschloss.

Zudem sind viele Fragen noch nicht geklärt: Etwa, was ein Robot-Fahrzeug bei drohenden Unfällen tun darf. Wie soll sich der Computer entscheiden, wenn ihm in einem Unglücksszenario nur die Wahl bleibt, Menschen Schaden zuzufügen? Wäre es ethisch vertretbar, ihm eine Abwägung zwischen einer Gruppe Senioren und einer Gruppe Schulkinder einzuprogrammieren? Und wer haftet für Sachschäden – Fahrzeugbesitzer, Hersteller oder Programmierer? *Friedrich List*

Erkenntnisse durch den Roboter-Fußball

An der Freien Universität Berlin wird seit 1998 an Technologien für autonomes Fahren geforscht. Zunächst entstanden mehrere Generationen autonomer Roboter, mit denen ein Team von Tüftlern, die „FU Fighters“, erfolgreich an den jährlichen RoboCup-Meisterschaften im Roboter-Fußball teilnahm. Den europäischen Meistertitel holten sich die „FU Fighters“ allein fünfmal.

2006 besuchten sie die Universität Stanford in den USA und arbeiteten dort in der Arbeitsgruppe von Professor Sebastian Thrun mit. Diese beteiligte sich an einem Wettbewerb der Forschungsbehörde des US-Militärs für autonome Fahrzeuge. Die Gruppe aus Berlin baute daraufhin größere autonome Roboter und nahm auch selbst am Wettbewerb teil. Gleichzeitig dachten sie über autonome Roboter für Bewachungen nach.

Das war der Einstieg in die Arbeit an autonomen Fahrzeugen, denn der FU-Forschergruppe erschien ein Robot-Auto als die beste Wahl. Die Gruppe, nun als „Team AutoNOMOS“, kaufte einen Dodge Caravan, den sein körperbehinderter Vorbesitzer bereits mit einer Computersteuerung per Touchscreen ausgerüstet hatte. Die Forscher ließen zusätzliche Elektronik installieren und brachten ihn nach Berlin. 2007 starteten sie mit diesem Fahrzeug dann erneut im Wettbewerb der US-Militärforschungsbehörde.

Ein autonomer VW Passat

2009 gründeten die Forscher mit Fördermitteln des Forschungsministeriums das Innovationslabor AutoNOMOS. Das Labor baute „MadeInGermany“, einen autonom fahrfähigen VW Passat. Der war mehrere Jahre erst auf Teststrecken, dann auf normalen Straßen in und um Berlin unterwegs.

2012 wurde aus dem Labor die Autonomos GmbH, die sich auf Forschung und Entwicklung von Software, digitaler Bildverarbeitung und 3D-Sensorik spezialisierte. Anfang 2017 kaufte der niederländische Kartendienstleister tom-tom das Unternehmen. *FL*



Noch im Teststadium: Autonom fahrender Lkw von Mercedes Benz. Binnen zehn Jahren soll das Gefährt auf deutschen Straßen rollen. „Aus dem Fahrer wird ein Transportmanager im Cockpit der Zukunft“, so die Eigenwerbung Bild: Daimler Benz

Es begann schon 1958

Chryslers Tempomat »Cruise Control« machte den Anfang

Die Entwicklung des autonomen Fahrens begann mit rudimentären Fahrassistenz-Systemen. Das erste System dieser Art war der Tempomat, den der US-Autobauer Chrysler 1958 vorstellte. Die „Cruise Control“ regelte die Geschwindigkeit automatisch, allerdings ohne Daten über den Umgebungsverkehr verarbeiten zu können. Dagegen berücksichtigte die „Automatic Cruise Control“ oder ‚Automatische Fahrkontrolle‘ die Verkehrssituation und ist bereits eine Vorstufe zum autonomen Fahren.

Die ersten Versuche mit komplett autonomen Fahrzeugen machte in den 1980er Jahren die Carnegie Mellon University. Etwa gleichzeitig begannen Forschungen an der Universität der Bundeswehr in München, die in den 1990ern zu praktischen Versuchen mit führerlosen Pkw führten.

Im Dezember 2011 gab Google bekannt, dass es nach mehreren Jahren Entwicklungszeit ein Patent für den Betrieb von autonomen Fahrzeugen erhalten hatte. Zu dem Zeitpunkt hatten die Testfahrzeuge bereits mehr als 1600 Kilometer ohne Eingriffe der Fahrer zurückgelegt. Die erste Zulassung für ein Robot-Fahrzeug erhielt Google dann im Mai 2012. Das Unternehmen rüstete zunächst handelsübliche Pkw mit seiner Technologie aus. Im Mai 2014 stellte es dann sein Roboter-Auto der Öffentlichkeit vor. Sergey Brin, einer der Google-Gründer, sprach von 2017 als dem Jahr der Markteinführung. Allerdings hat Google sein Projekt für spezielle Robot-Autos inzwischen eingestellt.

Auch die Bundeswehr forschte mit

Ein Lkw-Prototyp von Mercedes-Benz, der „Future Truck 2025“ fuhr im Mai 2014 auf einem Teilstück der BAB A14 autonom im Kolonnenverkehr. Das Fahrzeug konnte auch Manöver wie Spurwechsel eigenständig ausführen und musste vom Fahrer nicht permanent überwacht werden. Dann folgte am 2. Oktober 2015 ein seriennaher, teilautonomer Lkw auf der BAB A8 in Baden-Württemberg. Im vergangenen Jahr führten die Städte Sitten/Schweiz und Lyon in Frankreich Versuche mit autonomen Shuttlebussen durch. Tesla liefert seine Elektroautos seit Oktober 2016 mit den für das autonome Fahren nötigen Einbauten aus. *FL*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Da habe ich keine Zahlen«

Brandenburgs Verfassungsschutz: Radikal-islamische Gefährder werden rapide mehr



Flächendeckende Kontrolle von „Gefährdern" kaum leistbar: Elektronische Fußfesseln sollen bei der Überwachung helfen

Bild: ddp images

Während in Berlin gerade ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss den bislang schwersten radikal-islamischen Terroranschlag in Deutschland aufklären soll, wächst die Furcht vor einer Wiederholung.

Noch aus der Haft heraus droht ein als radikal-islamischer Gefährder eingestufter Straftäter mit Anschlägen. Der 27-jährige Mohamed A. verbüßt derzeit eine dreieinhalbjährige Haftstrafe wegen schweren Raubes. Noch steht der genaue Zeitpunkt seiner Entlassung nicht fest. Gerechnet wird aber damit, dass der Libanese in den nächsten Monaten auf freien Fuß kommt.

Laut einem internen Vermerk gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass Mohamed A. „nach der Haftentlassung jede Gelegenheit für einen Anschlag/Angriff auf Ungläubige nutzen will". Anlass für diese Einschätzung ist offenbar die Auswertung eines Mobiltelefons, das Beamte bei dem Salafisten im Zuge einer Zellendurchsuchung im Oktober 2016 gefunden haben. Die Auswertung förderte nicht nur bundesweit Kontakte zur radikalen Islamszene zutage, sondern auch eine alarmierende Textnachricht von Mohamed A.: Die „Kuffar" („Ungläubigen") müssten bestraft werden, wo man sie treffe.

Inzwischen haben die Behörden für den Fall der Entlassung des Libanesen einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erarbeitet: Mohamed A. soll nach seiner Freilassung Fußfesseln tragen und den Stadtteil Berlin-Marzahn nicht verlassen dürfen. Zudem soll er sich täglich bei der Polizei melden und rund um die Uhr von Beamten des Landeskriminalamts überwacht werden.

Allein dieser Einzelfall zeigt, welche Belastungen auf die Sicherheitsbehörden mit der wachsenden Zahl von radikalen Moslems zukommen. Laut dem unlängst veröffentlichten Verfassungsschutzbericht für 2016 haben Salafisten und andere radikale Moslems starken Zulauf. Berlins Verfassungsschutz zählt mittlerweile insgesamt 1890 islamische Extremisten, unter ihnen 380 Salafisten, die als gewaltbereit und potenziell sehr gefährlich angesehen werden.

> Überwachung bringt Behörden an ihre Grenzen

Zahlenmäßig noch stärker ist in Berlin der Linksextremismus. Die Verfassungsschützer zählen zu diesem Bereich 2790 Personen, 970 davon gelten als gewaltbereit. Die Zahl der Rechtsextremisten liegt nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes unverändert bei 1450 Personen, davon gelten 700 als gewaltbereit.

Wie alarmierend inzwischen die Lage ist, macht auch der brandenburgische Verfassungsschutzbericht deutlich, der unlängst in Potsdam vorgelegt wurde. Nach Angaben von Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) ist die Zahl der Extremisten in seinem Bundesland auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Für das Jahr 2016 weist der Verfassungsschutzbericht für Brandenburg 1390 Rechtsextremisten (plus 30 zum Vorjahr) und 500 Linksextremisten (plus zehn Prozent) aus. Die bloßen Zahlenangaben spiegeln die Bedrohungslage allerdings nur sehr bedingt wider.

So stehen im Bereich des Rechtsextremismus seit Kurzem auch 440 „Reichsbürger und Selbstverwalter" unter Beobachtung. Inwieweit von dieser Gruppe tatsächlich ernste Gefahren für die innere Sicherheit ausgehen, bleibt abzuwarten. Bemerkenswert ist zudem, dass sich der Verfassungsschutzbericht auf einer ganzen Seite mit der „Roten Hilfe" befasst.

Ebenso interessant ist die Einschätzung der AfD durch Carlo Weber, den Chef des Brandenburgischen Verfassungsschutzes, anlässlich der Präsentation des Berichtes. Darauf angesprochen, ob die AfD ein Fall für seine Behörde sei, antwortete Weber auf der Pressekonferenz abschlägig: „Weil wir – und das haben wir mit Kollegen aus fünf anderen Ländern vor Wochen besprochen – trotz mancher schriller Töne Einzelner keinen Grund für eine Gefährdung von dieser Seite sehen."

Als größtes Problem könnte sich der extremistische Islam erweisen. Die Zahl der radikalen Moslems schätzen Experten für das Land Brandenburg auf mittlerweile 100 Personen, 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Besorgniserregend erscheint ihnen auch ein weiterer Umstand: Dominiert wird die radikale Moslemszene in Brandenburg von tschetschenischen Asylbewerbern, die sich einem „Kaukasischen Emirat" verbunden fühlen. Diese Terrorallianz hat sich wiederum dem „Islamischen Staat" unterstellt. Als Folge existieren in Brandenburg damit bereits Strukturen dieser gefürchteten Terrororganisation.

Ob die märkischen Sicherheitsbehörden vor diesem Hintergrund auf Dauer überhaupt noch schwere Anschläge verhindern können, muss skeptisch gesehen werden. Zumindest die Antwort, die Karl-Heinz Schröter zum Verbleib abgeschobener radikaler Moslems gab, muss beunruhigen: „Da habe ich keine Zahlen." Viele seien in andere Bundesländer gegangen und dort abgeschoben worden, manche seien freiwillig gegangen, andere seien in den Kampf nach Syrien aufgebrochen, so der SPD-Innenminister. Sollten diese vagen Angaben tatsächlich den Kenntnisstand der brandenburgischen Sicherheitsbehörden widerspiegeln, ist zu befürchten, dass diese bereits den Überblick über die radikale Moslemszene verloren haben.

Norman Hanert

Wenn Politik die Musik übertönt

Von Theo Maass

Das Rockfestival „Haltestelle Woodstock" („Przystanek Woodstock") wird wie geplant dieser Tage im polnischen Teil von Küstrin Hundertausende zum Brodeln bringen. Seit 1995 findet die Veranstaltung schon zum 23. Mal statt. Zuletzt aber geriet „Haltestelle Woodstock" erstmals zum Politikum. Es wurde befürchtet, Polens Innenminister Mariusz Blaszczak könnte das Festival sogar verbieten – mit einer aufsehenerregenden Begründung: „Hinter der Westgrenze, in Berlin, gab es im Dezember letzten Jahres einen Terroranschlag, bei dem auch ein Pole ums Leben gekommen ist." Hintergrund der Furcht: Festivalchef Jerzy Owsiak hatte dezidiert Asylsucher aus Frankfurt an der Oder zu seinem Festival eingeladen.

Doch mit einem Verbot konnte die Regierung – die ja irgendwann wiedergewählt werden will – nicht leichtfertig umgehen. Immerhin ist „Haltestelle Woodstock" eine der europaweit größten Freilichtveranstaltungen. 2011 wurden rund 750 000 Besucher gezählt. 2009 verbrachte Lech Walesa seine Freizeit dort. 2010 kam Polens bedeutendster Filmregisseur Andrzej Wajda („Katyn"). 2012 nahmen die beiden Staatspräsidenten Joachim Gauck und Bronisław Komorowski teil. Auf der Bühne spielen unter anderem US-amerikanische und russische Musikgruppen friedlich zusammen und begeistern die Zuschauer.

Küstrins Bürgermeister Andrzej Kunt versuchte, beide Seiten zufriedenzustellen: „Wir haben mehr Pflichten, müssen noch mehr Sicherheitspersonal zur Verfügung stellen. Das Gelände muss umzäunt werden, Autos bleiben auf gesonderten Parkplätzen. Wir machen Einlasskontrollen und müssen die ganze Veranstaltung genau überwachen. Und wenn die Terrorgefahr wächst, wird das Festival abgesagt."

Aus „Sicherheitsgründen" wurde von der polnischen Feuerwehr nun die in früheren Jahren zur Unterstützung herangezogene Feuerwehr und das Technische Hilfswerk (THW) aus Deutschland ausgeladen. Das ist offenbar eine politische Maßnahme, denn die Ausgeladenen dürften eher den „Biodeutschen" zuzurechnen sein, von denen keine Terrorgefahr ausgeht. So hätte Polen für die fragliche Zeit auch einfach Grenzkontrollen durchführen können und Nicht-EU-Bürger abweisen können. Das hätte der Sicherheitslage in Küstrin gutgetan und wäre auch in Deutschland – außer von einigen Politikern und Journalisten – verstanden und wohl auch gutgeheißen worden.

Der „Völkerverständigung" hätte das keinen Abbruch getan. Nun aber herrscht dicke Luft zwischen Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und dem polnischen Staatssekretär Jakub Skiba wegen des Festivals. Schade.

Berlin kuscht vor Gewalt

Fatales Signal: »Wer randaliert, bekommt seinen Willen«

Wie aus einer Antwort des Berliner Senats auf eine Anfrage des SPD-Innenpolitikers Tom Schreiber hervorgeht, bemüht sich die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Degewo um den Erwerb des Hauses Rigaer Straße 94. Das Haus im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist teilweise besetzt und ein Treffpunkt Linksradikaler. Im Erdgeschoss betreiben Linksextreme zudem illegal die Szenekneipe „Kadterschmiede".

Rund um das Haus ist es über die Jahre wiederholt zu schweren Ausschreitungen und Gewalttaten gegen Polizeibeamte gekommen. Berlins Verfassungsschutz schätzt das Gebäude sogar als „zentrale Institution" der gewaltbereiten autonomen Szene in der Hauptstadt ein. Eine Räumung von Teilen des Hauses im Sommer vergangenen Jahres hatte sich als rechtswidrig erwiesen, da der Eigentümer keinen förmlichen Räumungstitel für das Haus hatte.

Schreiber kritisiert die Kaufabsichten durch die Degewo. Er gehe nicht davon aus, dass plötzlich Frieden in der Straße herrsche, wenn man die Eigentumsverhältnisse ändere. „Außerdem wäre das Signal, wer randaliert, bekommt seinen Willen, fatal", so Schreiber zur „Berliner Morgenpost". Laut RBB hat die Degewo bereits in diesem Frühjahr ein konkretes Kaufangebot abgegeben. Wie der Sender berichtet, sollen die Preisvorstellungen allerdings sehr weit auseinanderliegen.

> Senat will Haus kaufen, um Besetzer zu besänftigten

Beim Senat denkt man über den Kauf der Immobilien schon länger nach. Bereits 2016 waren entsprechende Überlegungen bekannt geworden, die jedoch innerhalb des damaligen rot-schwarzen Senats umstritten waren. So hatte sich Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) im Sommer 2016 für eine Verwaltung des Hauses durch eine landeseigene Gesellschaft ausgesprochen. Dahinter steckt die Hoffnung, als Eigentümer oder Verwalter weitere Räumungsversuche der illegal betriebenen Kneipe „Kadterschmiede" verhindern zu können und damit „deeskalierend" zu wirken.

Die CDU hatte diese Pläne scharf kritisiert. Deren damaliger Generalsekretär nannte sie ein verheerendes Signal, das „zu weiteren erpresserischen Aktionen aufruft". Inzwischen wird eine neuerliche Eskalation in der Straße befürchtet. Die linke Szene mobilisiert bereits länger gegen zwei Bauprojekte privater Investoren. Wie nun bekannt wurde, soll im Zusammenhang mit diesen Bauvorhaben ein Abschnitt der Rigaer Straße für 19 Monate gesperrt werden. *N.H.*

Reise in die Falle

Zwangsheiraten häufen sich in den Ferien

Zum Ferienbeginn in Berlin hat die Bürgermeisterin des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann, das Thema „Zwangsverheiratung" angesprochen. Die Sommerzeit wird von Eltern mit muslimischen Wurzeln gern genutzt, um ihren minderjährigen – meist weiblichen – Nachwuchs in der „alten Heimat" zu verheiraten.

Nach einer Gesetzesänderung Anfang 2017 sind Ehen mit Ehepartnern unter dem 16. Lebensjahr „grundsätzlich" nichtig. Bei 16- bis 18-Jährigen „kann" die Ehe laut Gesetz aufgehoben werden. Eine Sonderform der Kinderehe ist die Zwangsehe. 2013 wurden 460 Fälle von Zwangsverheiratung in Berlin bekannt. „Zwangsverheiratung ist eine Menschenrechtsverletzung", kritisiert Herrmann.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks, Petra Koch-Knöbel, erläutert: „Oft haben sie schon eine Vorahnung, dass sie in den Ferien im Herkunftsland ihrer Eltern verheiratet werden sollen. Trotzdem fahren sie mit ihrer Familie mit, weil sie glauben, sich gegen eine Zwangsverheiratung vor Ort noch erfolgreich wehren zu können ... Ihnen werden Bargeld, Handy und Pass abgenommen. Sie werden isoliert und kontrolliert."

> »Oft haben die Opfer eine Vorahnung«

Das Bezirksamt hat nun von Zwangsheirat bedrohte Jugendliche öffentlich aufgefordert, sich bei den kommunalen Stellen zu melden. Lehrer und Sozialarbeiter seien „sensibilisiert" worden. Während in anderen europäischen Ländern – wie etwa Dänemark – Kinder- und Zwangsehen ohne viel Federlesen annulliert werden, tut sich Deutschland schwer mit einer ausnahmslosen Aufhebung derartiger „Ehen". *Hans Lody*

Tegel: Müller will stur bleiben

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat erneut betont, den Flughafen Tegel in jedem Falle schließen zu wollen, spätestens sechs Monate, nachdem der neue Hauptstadtflughafen BER am Netz sei. Die für den 24. September, den Tag der Bundestagswahl, angesetzte Volksabstimmung zu dem Thema habe keine Wirkung. Auch wenn sich eine Mehrheit der Berliner für den Weiterbetrieb von Tegel ausspräche, werde er den Flughafen schließen. Denn die Abstimmung habe nur empfehlenden Charakter. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sagte dagegen, die Hauptstadt benötige zwei Flughäfen, da die Kapazitäten des BER längst nicht mehr ausreichen würden, wie bereits aktuelle Zahlen belegten. Unterstützung bekam Dobrindt nun von Ex-Bahn-Chef Hartmut Mehdorn, der angekündigt hat, im September für den Weiterbetrieb von Tegel zu stimmen. Wie Dobrindt verweist er auf die sonst zu geringen Kapazitäten. *H.H.*

MELDUNGEN

Datenleck in Schweden

Stockholm – Schwedens Ministerpräsident Stefan Lövfen hat ein Datenleck bei den Streitkräften eingeräumt. Demnach wurde dem Computerkonzern IBM die IT-Verwaltung übertragen. IBM beauftragte wiederum Subunternehmen in Tschechien und Rumänien, so dass dort Personen ohne Sicherheitsüberprüfung Zugang zu sensiblen Daten über Personal, Fahrzeuge sowie die Verteidigungs- und Kontingentplanung bekamen. Ein Regierungssprecher räumte gegenüber der Zeitung „Dagens Nyheter“ Nachlässigkeit im Umgang mit Daten schwedischer Bürger ein. Das sei so, als würden „die Schlüssel zum Königreich fortgegeben“. Die Oppositionsparteien drohen mit einem Misstrauensantrag gegen die sozialdemokratisch geführte Minderheitskoalition. *J.H.*

Polens Banken nationalisiert

Warschau – Ein Großteil der bisher im Besitz der UniCredit befindlichen Aktien der polnischen PEKAO-Bank wurde jetzt von zwei staatlich kontrollierten polnischen Unternehmen, der PZU-Versicherung und dem Fonds PFR, übernommen. PEKAO entstand als strategische Bank des polnischen Staates, galt auch nach der Wende als führende Bank Polens und wurde seit 1999 von der auf Osteuropa spezialisierten italienischen UniCredit im Verbund mit der deutschen Allianz kontrolliert. Ein Großteil von deren Aktien kaufte der polnische Staat seit 2016 auf. Damit befindet sich die wichtigste Bank Polens und mit ihr nun auch eine Mehrheit aller polnischen Banken unter der Steuerung Warschaus. Die PiS-Regierung ist sich der Bedeutung eines nationalen Bankensystems offensichtlich bewusst und fördert daher die „Polonisierung des Bankenwesens“ mit Nachdruck. *T.W.W.*

Grüner Spaltpilz

Peter Pilz tritt mit eigener Liste zur österreichischen Nationalratswahl an

Die politische Landschaft Österreichs ist um eine neue Bewegung reicher: Peter Pilz, derzeit Leiter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Eurofighter-Affäre, dem größten Polit-Skandal Österreichs der letzten Jahre, hat am 25. Juli in Wien seine Bewegung präsentiert. Mit dieser Liste wird Pilz bei der österreichischen Parlaments- beziehungsweise Nationalratswahl am 15. Oktober antreten.



„Personifizierte Abrechnung mit dem politischen System“: Der ehemalige Grünen-Politiker Peter Pilz Bild: Imago

Nach internen Differenzen hatte Pilz vor wenigen Wochen die Grünen, die er 1986 mitbegründet hatte, verlassen, nachdem er beim Bundeskongress der Grünen an der Kampfabstimmung um den von ihm gewünschten vierten Listenplatz gescheitert war. „Ja, es geht“, sagte Pilz bei der Präsentation seiner Liste im Wiener Concordia-Club. „Das ist genau der richtige Zeitpunkt.“ Die für eine Kandidatur notwendigen drei Unterschriften von Nationalratsabgeordneten habe man bekommen, die Finanzierung soll über Spendenaktionen funktionieren, erklärte der 63-Jährige. Er betont allerdings, seine Bewegung sei keine Partei. Vielmehr sehe er darin eine Initiative, deren Mitglieder sich durch fachliche und persönliche Kompetenz in ihrem Fachbereich auszeichneten.

Gemeinsam mit Pilz treten die Frauenrechtlerin Maria Stern, der Tierschutzaktivist Sebastian Bohrn-Mena von den Sozialdemokraten (SPÖ), der Verbraucherschützer und Autor Peter Kolba sowie die Jungunternehmerin und Gründerin der Initiative „Chancenreich“, Stephanie Cox an. „Unsere zukünftigen Abgeordneten sind alle eigene Programme“, streute Pilz seinen Mitkämpfern Rosen. Ihre zentralen Anliegen seien soziale Gerechtigkeit und Sicherheit. „Es geht darum, dass wir im Parlament endlich wieder freie Abgeordnete haben, die selbst entscheiden“, so Pilz. „Der politische Stillstand, unter dem das Land leidet, hat sehr viel mit Parteien zu tun, die ihre eigenen Interessen und nicht mehr die Interessen der Menschen vertreten“, begründete Pilz gegenüber dem Österreichischen Rundfunk (ORF) die Gründung seiner Bewegung.

Der frühere grüne Sicherheitssprecher möchte nicht nur enttäuschte Grüne ansprechen, sondern generell Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen von der Politik abgewandt haben – einschließlich Sympathisanten der Freiheitlichen Partei (FPÖ). Dies soll mit den Themen Sicherheit und politischer Islam gelingen. Im politischen Islam sieht Pilz neben dem Rechtsextremismus eine Bedrohung für Österreich und Europa. Die Menschen würden sich danach sehnen, dass ihre Ängste ernst genommen werden und es endlich wieder eine Politik der Gerechtigkeit gibt, ist Pilz überzeugt.

Unterdessen sind bei den Grünen Frustration und Wut auf ihren ehemaligen Sicherheitssprecher groß. Parteichefin Ingrid Felipe beklagte den Alleingang des langjährigen grünen Abgeordneten, aber ebenso „die Art und Weise, wie er jetzt mit seiner Partei abrechnet“. Auch Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek zeigte sich persönlich enttäuscht.

Der Politologe Fritz Plasser räumt der Liste Peter Pilz durchaus gute Chancen ein. Dass der Ex-Grüne mit seiner Liste die für das Parlament erforderlichen vier Prozent schafft, hält er zu 90 Prozent für wahrscheinlich. Sollte sich Pilz keinen „kapitalen Fehler“ leisten, rechnet Plasser für ihn mit sechs bis sieben Prozent. Dann würde sich die Liste Peter Pilz in der Liga der Kleinparteien mit den Grünen und den Neos ein enges Rennen liefern. Der neue Mitbewerber habe den Vorteil, eine sehr heterogene Wählerschaft anzusprechen, so Plasser. „Die Schwäche der von Querelen gebeutelten Mutterpartei“ sei die Stärke des Peter Pilz, der sich für frustrierte Grünen-Wähler als logische Alternative anbiete. Auch das Buhlen um Protestwähler der Freiheitlichen (FPÖ) hält Plasser für chancenreich: „Pilz steht eben für den Kampf gegen Korruption und den politischen Islam.“ Außerdem könnten von der derzeit im Umfragehoch liegenden Österreichischen Volkspartei (ÖVP) ein bis zwei Prozent gewonnen werden. Pilz könne als die „personifizierte Abrechnung mit dem politischen System“ eine Art österreichischen Bernie Sanders spielen – und damit die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat entscheidend beeinflussen, so Plasser.

Noch wesentlich höher schätzt Pilz selbst seine Chancen ein. „Nichtwähler, Protestwählerinnen – das sind die 40 Prozent der Wahlberechtigten, die Wahlen jenseits der Altparteien entscheiden können“, schrieb Pilz auf Facebook. „In meiner alten Partei haben mir nicht viele geglaubt, dass wir sie ansprechen können. Jetzt sprechen sie mich an.“

Michael Link

Griff nach der Hagia Sophia

Erstmals wieder muslimische Gebete in der einst christlichen Kirche

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat seine am Vorabend des Verfassungsreferendums gemachte Ankündigung, in der historischen Basilika Konstantins wieder muslimische Gebete abhalten zu lassen, wahrgemacht. Zum Ende des diesjährigen Ramadans ging erstmals seit mehr als 80 Jahren ein Imam daran, den Koran in der Hagia Sophia zu lesen, Gläubige waren zu der Veranstaltung nicht zugelassen, nur der türkische Religionsminister war zugegen, als der Gebetsruf erklang und das türkische Staatsfernsehen das Ganze live übertrug.

Die einstmals größte Kirche der Christenheit ist die von Kaiser Justinian erbaute Hagia Sophia, die Kaiserkirche des byzantinischen Reiches und seiner Hauptstadt Konstantinopel. Nach dem Fall Konstantinopels an die Türken 1453 war sie zu einer Moschee umfunktioniert worden. Allerdings wurde diese mit der Ausrufung der türkischen Republik unter Staatsgründer Atatürk 1935 in ein Museum umgewandelt, einige islamische religiöse Symbole wurden jedoch nicht entfernt. Seit dem Machtantritt Erdogans im Jahre 2002 gab es jedoch immer häufiger Versuche, aus dem Museum wieder eine Moschee zu machen. So wurden seit 2012 bereits jedes Jahr zum 29. Mai, dem Tag der Eroberung der Stadt, Namazi (Gedenk)-Gebete vor der Hagia Sophia abgehalten. Dieses Gebet ist ein Ausdruck des Willens der islamischen Organisationen, die Kirche wieder als Moschee zu verwenden.

Zum Sprachrohr der Bemühungen zur Umwandlung der Hagia Sophia ist der ehemalige türkische Vizepräsident Bülent Arinc geworden. Er hat es jetzt verstanden, die Nachbandiyya Bruderschaft, zu der auch Erdogan gehört, für diese Zwecke einzuspannen. In der Vergangenheit hatte es Erdogan abgelehnt, die Hagia Sophia in eine Moschee zurückzuverwandeln. Sein Argument war immer, dass die benachbarte, von Sultan Ahmet gebaute Blaue Moschee, selbst zu einer Touristenmoschee verkommen sei, wo es kaum noch muslimische Gebete gäbe und deshalb eine weitere GroßmoscheE im Stadtzentrum nicht notwendig sei.

> »Ankara will christliche Aramäer regelrecht auslöschen«

Heftige Kritik an der Abhaltung eines Gebetes in der Hagia Sophia kam vor allem von der griechischen Regierung, die auf die Erklärung der UNESCO verwies, welche die Hagia Sophia zum Weltkulturerbe erklärt hatte. So gesehen sei das muslimische Gebet in der Hagia Sophia nicht nur ein Angriff auf die Gefühle der Christen, sondern auch eine Beleidigung der internationalen Gemeinschaft, die von der UNESCO repräsentiert werde.

Zur gleichen Zeit, als in der Hagia Sophia die Koranrezitation stattfand, wurden im Südosten der Türkei, im so genannten Tur Abdin (Berg der Gottesknechte), der letzten Region der Türkei, wo die Christen bis vor wenigen Jahren noch eine Mehrheit gebildet hatten, mehr als 50 Kirchen und Klöster inklusive ihrer Grabanlagen an die türkische Religionsbehörde Diyanet übergeben. „Die momentanen Verstaatlichungen von jahrtausendealtem urchristlichem Kulturerbe sind absolut beispiellos“, erklärte die christdemokratische EU-Abgeordnete Renate Sommer in Brüssel, die auch für ihre Partei den Fortschrittsbericht zum Beitritt der Türkei zur EU verfasst hat. „Ganz offensichtlich arbeitet die türkische Regierung daran, die Minderheit der Aramäer im Land nicht nur – wie schon seit Jahren – zu drangsalieren, sondern regelrecht auszulöschen“, so Sommer. Vor diesem Hintergrund sei es ein Hohn, dass die Türkei weiterhin offiziell darauf bestehe, Mitglied der EU zu werden. *Bodo Bost*

Es tut sich etwas

Syrien: G20-Gipfel als verhaltener Beginn einer Lösung

Für den scheinbar festgefahrenen Krieg in Syrien deuten sich nach dem persönlichen Gespräch der beiden Präsidenten Donald Trump und Wladimir Putin während des G20-Gipfels in Hamburg erste Anzeichen einer Lösung an. Als letztes Glied einer Kette rasch aufeinanderfolgender Ereignisse hatten sich die USA nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow bereiterklärt, ihre eigenmächtige Militäroperation in Syrien zu beenden. Kurz zuvor und angeblich ohne dass dies von den beiden Staatsoberhäuptern thematisiert worden wäre, hatte Trump laut einer Meldung der „Washington Post“ eine Beendigung der CIA-Programme zur Bewaffnung und Ausbildung der „syrischen Opposition“ verfügt.

Auch die internationalen Gespräche zur Bildung einer „Deeskalationszone“ im südlichen Syrien konnten laut Lawrow inzwischen weitgehend abgeschlossen werden. Diese dürfte Israel entgegenkommen, das sich die Eroberung der Golanhöhen sowie künftige weitere Gebietskontrollen östlich seiner jetzigen Grenzen sichern will und hier eine Art „Sicherheitszone“ etablieren könnte. Möglicherweise wird man die Türkei in ähnlicher Weise mit der Erlaubnis zur weiteren Besetzung einzelner syrischer Grenzgebiete zufriedenstellen.

Die IS-Einheiten befinden sich auf dem Rückzug, und Saudi-Arabien wird es nun wohl hinnehmen müssen, künftig keine Rolle mehr in Syrien spielen zu können. Dafür erhält es anscheinend Handlungsfreiheit in seinen Bemühungen zur „Sammlung arabischer Länder“ im Bereich der Arabischen Halbinsel, aber jetzt eben nur im engeren Sinne: Bundesaußenminister Sigmar Gabriel durfte demonstrativ nach dem Hamburger Gipfel verkünden, dass auch Deutschland weiter Waffen an Riad liefere, obwohl man in Berlin in erheblichem Umfang vom Nichtverkauf der großen deutschen Aktienpakete des von den Saudis eingekesselten Katars abhängig sei, zu deren Veräußerung der Konflikt rasch drängen könnte. Dient daher die „Überprüfung“ dieses Aktienbesitzes durch die Europäische Zentralbank dazu, ihn letztlich zu neutralisieren? Oder hat Gabriel bei seinem Besuch in Riad die Zusage einer Kompensation für etwaige deutsche Verluste erhalten?

> USA beenden Unterstützung der Opposition

Als mächtiger Mitspieler nimmt auch China verstärkt Einfluss auf das levantinische Szenario: Direkt nach dem G20-Gipfel fand in Peking eine Messe zum Wiederaufbau Syriens statt, bei der die von China initiierte Asiatische Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) gemeinsam mit dem Sino-Arabischen Wirtschaftsverband maßgebliche Schritte zur Organisation und Finanzierung des Wiederaufbaus nach dem Kriegsende ankündigte. China war schon vor dem Krieg stark im syrischen Erdölsektor engagiert und will das Land nun auch zu einem Glied seines Systems der Neuen Seidenstraßen machen, bei dem ost-westliche Handelsströme teils über den syrischen Hafen Latakia verlaufen sollen. Der auf Seiten Damaskus’ kämpfende und mit China kooperierende Iran würde sowohl als Station dieses Transportweges als auch durch seine eigene von Damaskus seit langem zugesicherte wesentliche Beteiligung am Wiederaufbau profitieren und dabei zugleich in ein internationales Friedenssystem integriert werden, nach dem er lange gesucht hat. Mit diesen direkten und möglicherweise auch indirekten Ergebnissen des Hamburger Gipfels liegen zumindest einige greifbare Ansätze auf dem Tisch, durch die sich ein echter Frieden für Syrien und sein Umfeld erreichen lassen könnte.

Thomas W. Wyrwoll

(siehe auch Kommentar S. 8)

»America First« erwischt die EU eiskalt

Russland-Sanktionen der USA schaden europäischen Firmen – Erste Insolvenzen in Deutschland

Der neue Gesetzesentwurf der USA über verschärfte Sanktionen gegen Russland verfolgt unverhohlen das Ziel, amerikanischen Gasexport zulasten der Europäer zu fördern. Erstmals regt sich in der EU Widerstand gegen den amerikanischen Alleingang.


Bild: Joeb07

Ein Opfer der Russlandsanktionen: Das Stahlbauunternehmen Industriemontagen Leipzig (IMO)

Was das Repräsentantenhaus und der Kongress in Washington letzte Woche beschlossen haben, traf die EU in Brüssel wie ein Paukenschlag. Ohne Rücksprache mit den Partnern jenseits des großen Teichs und im Grunde gegen den Willen ihres Präsidenten beschlossen die Abgeordneten, die Sanktionen auf russische Energieunternehmen und alle Firmen auszuweiten, die mit ihnen Handel treiben, wie zum Beispiel Gazprom. Erstmals scheint es den EU-Politikern wie Schuppen von den Augen zu fallen, dass die auf Russland, den Iran und Nordkorea zielenden Sanktionen in Wirklichkeit die Europäer treffen.

Die neuen Sanktionen sind nämlich in erster Linie gegen das Pipelineprojekt Nord Stream 2 gerichtet (siehe *PAZ* Nr. 30, Seite 6), Die zirka 1200 Kilometer lange Pipeline soll 2019 fertiggestellt sein. Sie würde unter Umgehung der Ukraine und Polen russisches Gas direkt nach Deutschland liefern. Bei einer Blockade von Nord Stream 2 würden neben BASF, E.on, Wintershall und Shell auch die österreichische OMV Milliarden verlieren.

Was die USA bezwecken, ist ziemlich durchsichtig und wenig verwunderlich. Als Energielieferant konkurrieren sie mit Russland. Auch der Iran drängt nach dem Wegfall der westlichen Sanktionen mit aller Macht auf den Ölmarkt zurück. Um zu Hause Arbeitsplätze zu schaffen, scheint Washington jedes Mittel recht, sein mit der Fracking-Methode gewonnenes Schiefergas auf dem europäischen Markt zu platzieren.

Überraschend hingegen ist die Reaktion darauf von Brüssel bis Berlin. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker empörte sich: „America First kann nicht bedeuten, dass die europäischen Interessen als letztes kommen," und drohte Gegenmaßnahmen an. Welche das sein könnten, sagte er nicht.

Regelrecht aufgeschreckt zeigten sich deutsche Politiker. Außenminister Sigmar Gabriel polterte: „Europas Energieversorgung ist immer noch eine europäische Angelegenheit und nicht eine der Vereinigten Staaten." Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) ging noch weiter und sprach von einem Handelskrieg der USA gegen die EU. Sie kritisierte den Alleingang der USA, die mit ihrem Gesetzespaket den gemeinsamen Weg im Umgang mit Russland verlassen habe. „Es gibt die Möglichkeit von Gegensanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor", sagte sie.

Die deutsche Wirtschaft ist alarmiert und fordert Gegenmaßnahmen der EU. Für Wirtschaftsvertreter ist es ganz eindeutig, dass politische Gründe von den USA nur vorgeschoben werden. In Wirklichkeit gehe es um Hilfe für die US-Fracking-Industrie. Die Schaffung von Arbeitsplätzen stehe auch ganz offen als Begründung in dem Gesetzesentwurf.

Europa hat in den vergangenen 25 Jahren die Erfahrung gemacht, dass man sich auf Russland als zuverlässigen Lieferanten von relativ günstigen Energieträgern verlassen kann. Klaus Schäfer, Chef des Energieunternehmens Uniper, beklagt: „Eine Umsetzung der geplanten Sanktionen würde die Versorgung Europas mit günstiger Energie erschweren und unweigerlich zu höheren Preisen führen."

Mittelstandsbetriebe in Brandenburg und Sachsen gehen pleite

Jürgen Hardt, Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehungen, bezeichnet Sanktionen mit einer solchen exterritorialen Wirkung für völkerrechtswidrig. Betroffen sind neben russischen nämlich auch internationale Firmen, die am Ausbau, der Modernisierung und dem Erhalt russischer Energie-Leitungen beteiligt sind. Können deutsche Firmen sich wegen der Sanktionen nicht mehr an der Wartung und dem Erhalt russischer Leitungen beteiligen, ist die europäische Energiesicherheit bedroht. Selbst die Russische Staatsbahn, deren wichtigster ausländischer Partner Siemens ist, wurde als Sanktionsziel genannt.

Mittelständische deutsche Unternehmen, die bereits von den bisherigen Sanktionen existenziell bedroht sind, fordern seit Langem die Politiker auf, etwas dagegen zu tun. Wie der Dresdner Unternehmer Thomas Streil. Der Spezialist für Umweltmesstechnik wandte sich bereits vor zwei Jahren an Bundeskanzlerin Merkel mit dem Appell, „als Ostdeutsche die Ostdeutschen" nicht zu vergessen. Russland ist ein wichtiger Handelspartner für den Anlagenbauer. Seit den Sanktionen verlor Streil Aufträge in Höhe von acht Millionen Euro.

So wie ihm geht es vielen Unternehmen in Mitteldeutschland. Gerade solche, die traditionell eng mit Russland verflochten waren. sind existenzgefährdet. Aktuell hat es die Leipziger Stahlbaufirma Industriemontagen Leipzig (IMO) getroffen, die vergangene Woche Insolvenz anmelden musste. Als Gründe nannte der Unternehmenssprecher rückläufige Aufträge im Kraftwerksbau sowie die gegen Russland verhängten Sanktionen. Die IMO Leipzig GmbH blickt auf eine 120-jährige Firmengeschichte zurück, beschäftigt 320 Mitarbeiter und unterhält eine Niederlassung in St. Petersburg. Aus Russland kamen bislang Aufträge aus den Bereichen Stahlhochbau, Brückenbau und Kraftwerksanlagen. Besonders stolz ist das Unternehmen auf den Bau des Berliner Fernsehturms.

In Sachsen sind vor allem Hersteller von Werkzeugmaschinen und Landwirtschaftstechnik sowie Autozulieferer von den Sanktionen betroffen. Laut IHK Sachsen ist in den vergangenen drei Jahren der Handel mit Russland um 670 Millionen Euro eingebrochen. Auch Brandenburg ist überdurchschnittlich von Umsatzeinbußen betroffen. Laut IHK-Angaben haben allein in Westbrandenburg 200 Firmen Beziehungen mit Russland. Hauptexportbranchen sind Gummi- und Kunststoffwaren, Nahrungs- und Futtermittel, Maschinen, Pharmazeutika und Kfz-Teile. Auch Spediteure verzeichnen Umsatzeinbußen.

Existenzängste werden zudem durch chinesische Firmen gefördert, die in die Lücken preschen. Neue Absatzmärkte sind für die deutschen Unternehmer dagegen schwer zu erschließen. Exporte nach China, Indien oder in die USA sind zwar möglich, aber in der Regel dauert es zwei bis vier Jahre, eine Handelsbeziehung aufzubauen. Besonders in die USA zu exportieren ist wegen der Abschottungspolitik fast unmöglich.

Bislang fühlten die kleineren und mittleren Unternehmer sich von der deutschen Politik alleingelassen. Offenbar mussten erst große wie BASF, E.on oder Shell bedroht werden, damit Politiker von der Problematik Notiz nehmen.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Staatsvertrag ohne Wirkung

Berlin – Seit dem 1. Juli gilt der neue Glücksspielstaatsvertrag, der die Anzahl der Spielhallen reduzieren soll, doch ändern tut sich kaum etwas. Die neue Regelung sieht unter anderem vor, dass Spielhallen einen Mindestabstand von 500 Metern zueinander halten müssen. Spielhallen, welche die Auflagen nicht erfüllen, müssten nun eigentlich schließen. Doch die Kommunen haben Probleme mit dem Vollzug. Beispiel: Wenn etwa Spielhallen zu dicht nebeneinander liegen, ist rechtlich unklar, welche schließen muss. Deshalb sprechen die Verwaltungen sogenannte Duldungserklärungen aus, obwohl das Verwaltungsrecht solche gar nicht kennt. *J.H.*

Inflation nimmt weiter ab

Brüssel – Die Inflation in der Euro-Zone ist im Juni auf ein Jahrestief gefallen und entfernt sich damit weiter von der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp unter zwei Prozent. Die Verbraucherpreise stiegen laut dem Statistikamt Eurostat nur noch um 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Mai lag die Teuerungsrate noch bei 1,4 Prozent. Am Leitzins von null Prozent will die EZB angesichts der niedrigen Inflation vorerst nicht rütteln. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.986.991.298.959 €

Vorwoche: 1.986.956.523.851 €

Verschuldung pro Kopf:
24.179 €

Vorwoche: 24.178 €

(Dienstag, 1. August 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Abheben für Jedermann

Erstes autonomes Lufttaxi kommt aus Deutschland

Das in Bruchsal bei Karlsruhe ansässige Unternehmen e-Volo arbeitet an der Entwicklung eines einzigartigen Fluggeräts zur Personenbeförderung. Der Volocopter ist ein sogenannter Multicopter und erinnert stark an die Drohnen, die Hobbyisten in ihrer Freizeit aufsteigen lassen. Er fliegt mit 18 in einer Art Kranz um den eiförmigen Rumpf angeordneten Rotoren. In seiner aktuellen Version bietet dieser Multicopter Platz für zwei Personen. Er kann entweder von einem Piloten gesteuert werden oder aber autonom fliegen. Ein Batterie-Wechselsystem liefert Strom für den Antrieb. E-Volo vermarktet seinen kuriosen Flieger als Lufttaxi und für die Sportfliegerei. Die Firma hat es sich zum Ziel gesetzt, „Fliegen für jedermann zu ermöglichen und Mobilität im urbanen Raum neu zu erfinden".

Jüngst konnte sich e-Volo einen lukrativen Auftrag sichern. Die Verkehrsbehörde von Dubai RTA (Roads and Transport Authority) am Persischen Golf sucht zurzeit nach geeigneten Fluggeräten für ein neues Lufttaxi-Netz, mit dem der stetig wachsende Individualverkehr in dem stark urbanisierten Golfstaat entlastet werden soll. Im Juni 2017 wählte die RTA e-Volo und den Volocopter für den Testbetrieb aus. „Auftakt ist bereits im vierten Quartal 2017, und das Projekt ist auf rund fünf Jahre angesetzt", sagt Alexander Zosel, Mitgründer der Firma. Dubai realisiert damit den weltweit ersten Testbetrieb mit autonomen Flugtaxis. Die RTA will einen Teil des Verkehrs in die Luft verlegen und den Ausstoß von Verbrennungsgasen senken. Bis 2030 sollen autonome Verkehrsmittel ein Viertel aller Fahrten des Individualverkehrs durchführen.

Mit dem Volocopter »urbane Mobilität neu erfinden«

Der Prototyp VC200 flog erstmals am 30. März 2011. Es war der erste bemannte Flug eines Multicopters mit elektrischem Antrieb überhaupt. Auf der diesjährigen Luftfahrtmesse AERO in Friedrichshafen stellte das Unternehmen dann den 2X vor, eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Prototypen. Sie soll 2018 in die Serienproduktion gehen, sobald die deutschen Behörden die Musterzulassung erteilt haben. Die 2X wäre dann als Luftsportgerät zugelassen. Durch eine automatische Höhen- und Lageregelung soll der 2X so einfach zu fliegen sein, dass ihn auch Piloten mit einer Sportpilotenlizenz sicher beherrschen können. Zur Bedienung reicht ein Steuerknüppel. Das ist ein echtes Novum, denn Hubschrauber sind eigentlich von Natur aus instabil. Sie neigen dazu, ihre Fluglage durch Schieben, Drehen oder Neigen zu verlassen. Daher müssen Piloten konventioneller Hubschrauber ständig drei Kontrollorgane bedienen, um dies zu verhindern. Mit einem Hebel regeln sie den Anstellwinkel des Hauptrotors und damit den Auftrieb sowie die Triebwerksleistung. Hinzu kommt ein Hebel zur Kontrolle um die Längs- und Querachse. Mit den Fußpedalen schließlich steuern Piloten die Bewegung des Hubschraubers um die Hochachse, also etwa von links nach rechts. Diese komplizierte Handhabung entfällt beim Volocopter.

E-Volo arbeitet außerdem an einer viersitzigen Version. Im Augenblick sind die Multicopter jedoch nur mit Piloten unterwegs. Für den autonomen Einsatz als Drohne oder gar mit Passagieren fehlen in Deutschland zurzeit die gesetzlichen Grundlagen. *F.L.*

Nur heiße Luft?

Bundesregierung will Luftverkehrsbranche stärken

Die Bundesregierung will die deutsche Luftfahrtbranche im internationalen Wettbewerb stärken und auch den „Klimaschutz" voranbringen. Bereits in der 2013 geschlossenen Koalitionsvereinbarung hatten die Regierungsparteien ein neues Luftverkehrskonzept für Deutschland vereinbart. Jetzt, zum Ende der Legislaturperiode, hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) es endlich dem zuständigen Bundestagsausschuss vorgelegt.

Darin sind mehrere Maßnahmen aufgeführt, mit denen die deutsche Luftfahrtbranche unterstützt werden soll. So soll die Luftverkehrssteuer, eine deutsche Eigenheit, nach und nach abgebaut werden. Die Luftsicherheitskosten sollen teilweise vom Bund übernommen werden. Das deutsche Flughafensystem soll erhalten und ausgebaut werden. Das betrifft speziell bereits laufende oder geplante Vorhaben zur Flughafenerweiterung, so in Berlin, Düsseldorf und München. Diese Projekte werden besonders unterstützt.

Hier kommt die Politik den Klagen von Branchenvertretern über Sonderbelastungen entgegen, welche die deutsche Luftfahrt im globalen Wettbewerb ins Hintertreffen bringen. „Das Konzept liefert Vorschläge für Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Luftfahrt stärken", so Stefan Schulte, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft.

Ein weiterer der Bundesregierung am Herzen liegender Aspekt ist der Klimaschutz. Hier haben im vergangenen Jahr die Mitglieder der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO ein Regelwerk zum schrittweisen Absenken der CO_2-Emmissionen im Luftverkehr ab 2020 beschlossen. Dabei kaufen die Fluglinien für ihre Strecken sogenannte Projektzertifikate. Der Erlös kommt Umweltprojekten in Entwicklungs- und Schwellenländern zugute. Deutschland soll sich nun an diesem Regelwerk beteiligen.

Debatte wird nach der Bundestagswahl weitergehen

Das Luftverkehrskonzept in seiner aktuellen Form ist nicht unumstritten. Während die Branchenverbände das Konzept begrüßen, sehen Vertreter von Opposition und Umweltverbänden das Konzept sehr kritisch. Für Stephan Kühn, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, ist es ein „ökologischer und verkehrspolitischer Blindflug". Er hält der Bundesregierung Industriefreundlichkeit und Untätigkeit vor: „Ausgerechnet bei dem Verkehrsträger, mit dem die längsten Strecken zurückgelegt werden und bei dem die europäische und die internationale Vernetzung am größten ist, hat der Bund in der Vergangenheit seine Kompetenzen nur unzureichend wahrgenommen. Für ein bedarfsgerechtes Flughafennetz brauchen wir dringend eine bessere länderübergreifende Abstimmung, Vernetzung und Planung."

Die Umweltorganisation BUND legte mit anderen Verbänden sogar ein eigenes alternatives Konzept vor. BUND-Experte Werner Reh kritisierte, dass Minister Dobrindt nach Jahren konzeptioneller Arbeit nur ein dünnes und nicht mit anderen Ressorts abgestimmtes Papier vorgelegt habe. Er sieht darin weder wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz noch zur Lärmminderung.

Die Debatte wird also nach der Bundestagswahl weitergehen.

Friedrich List

Einhalt!

Von Jan Heitmann

Der Europäische Gerichtshof hat das von der EU und Kanada geplante Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten gekippt. Zu diesen Daten gehören der Name des Reisenden, Angaben zum Gepäck, die Sitznummer und Zahlungsdaten, aber auch den höchstpersönlichen Bereich betreffende Daten wie Angaben über die Menü- und Getränkewahl. Die Richter entschieden, dass mehrere der vorgesehenen Bestimmungen nicht mit den von der EU anerkannten Grundrechten vereinbar seien. Das Abkommen greife in das Grundrecht auf Achtung des Privatlebens ein und stelle ferner einen Eingriff in das Grundrecht auf Schutz personenbezogener Daten dar.

Es ist gut, dass der EU Einhalt geboten wurde, geht sie doch bei der Mitwirkung an der Speicherung, Nutzung und Verarbeitung sensibler Daten durch andere Staaten schon lange zu weit. Es ist zu hoffen, dass auch die bereits bestehenden Abkommen mit den USA und Australien sowie die neue EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung jetzt erneut auf den Prüfstand kommen. Dem Terrorismus oder der grenzüberschreitenden Kriminalität ist damit ohnehin nicht beizukommen.

Unterwerfung?

Von Eberhard Hamer

Offiziell hat es nie eine Finanzierung und militärische Ausrüstung der syrischen Rebellen und Terroristen durch die USA gegeben. Dennoch wurde jetzt bekannt, dass der vormalige US-Präsident Barack Obama die CIA ermächtigt hat, die syrischen Aufständischen gegen Assad mit Geld und Waffen zu unterstützen, obwohl er immer bestritten hat, den Krieg in Syrien mit Geld und Waffen anzuheizen. Sein Nachfolger Donald Trump ist ehrlicher als Obama, zieht sich allerdings mit dem Stopp der Hilfe für die syrischen Aufständischen die Wut der Clinton-Kreise zu, welche immer noch von der „neutralen“, also von allen Syrern befreiten Mittelzone durch Syrien von Katar zum Mittelmeer träumt, um ihre Gas- und Ölleitungen dadurch zu beherrschen. Dass diese Gasdurchleitungszone bisher nicht geschaffen werden konnte, liegt vor allem an den Russen. Deshalb die Wut der gesamten amerikanischen Wirtschaftskreise gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin und gegen jeden Kontakt zwischen Trump und ihm.

In die gleiche Richtung zielen die neuerdings von den Clinton-Anhängern geforderten Sanktionen gegen alle europäischen (vor allem deutsche) Firmen, welche die Nord Stream Gasleitung von Russland nach Deutschland durch die Nordssee mit fördern, bauen, warten oder Teile dafür liefern. Diese Leitung soll unter allen Umständen verhindert werden, damit Deutschland nicht russisches, sondern das teurere US-amerikanische Gas kaufen muss. Die Bundesregierung reagiert auf diese wirtschaftliche Kriegserklärung der angeblich „befreundeten“ USA kaum. Unterwirft sie sich wieder, wie bei der Spionage gegen unser Land und unsere Wirtschaft durch die CIA?

Haltlos und schwach

Von Hermann Paul Winter

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sind zerrüttet. Die Unberechenbarkeit des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan und seine an Größenwahn grenzende Selbstüberschätzung stehen allen Versuchen im Weg, mit Ankara auf Vernunftbasis zu verhandeln. Dass Erdogan permanent Richtung Deutschland hetzt und in seinem Land ganze Heerscharen seiner Bürger entlassen, enteignen und verhaften lässt, liegt nicht nur in der türkischen Politik begründet. Auch die Europäische Union hat mit ihren Förder-Milliarden und ihrem ständigen Entgegenkommen nicht unerheblichen dazu beigetragen.

Und nicht zuletzt war es Angela Merkel, die entscheidend daran mitgewirkt hat, Erdogans Macht zu sichern. In ihrer Türkeipolitik hat sie in den letzten Jahren alles falsch gemacht, was man nur falsch machen konnte. Nicht nur, weil sie wegen der von ihr verursachten Zuwanderungsmisere als Bittstellerin in Ankara anreiste, sondern weil sie die Verhandlungen naiv und laienhaft geführt und nie begriffen hat, dass Dialoge in Kleinasien anders geführt werden als in Europa.

Konflikte und Meinungsverschiedenheiten werden nach unseren freiheitlich-europäischen Wertvorstellungen im sokratisch-abwägenden Dialog ausgetragen. Der prüfende Austausch von Argumenten dient der Verständigung. Im orthodoxen Islam hingegen wird im Konfliktfall nach dem „anwaltlichen“ Modell verhandelt. Die eigene Meinung soll durchgesetzt werden, die Autorität wird der Wahrheit übergeordnet, Kritik gegenüber Autoritäten gilt als Übergriff. Das Sprichwort „Der Klügere gibt nach“ existiert nicht, Nachgeben gilt als verachtenswerte Schwäche.

Ihre geballte interkulturelle Inkompetenz im Gepäck, platze die Bundeskanzlerin im Oktober 2015 in der Rolle der Antragstellerin in den türkischen Wahlkampf, just zu einem Zeitpunkt, als Erdogans Wahlaussichten schlecht standen. Sie hoffte, mit seiner Hilfe die Folgen ihrer Grenzöffnung in der Flüchtlingskrise ausbügeln zu können. Mit ihren Schmeicheleien und Versprechungen – unter anderem werde sie sich für eine rasche Erledigung des Visaverfahrens einsetzen – trug sie erheblich zum Wahlerfolg Erdogans bei. Die würdelose Behandlung durch Erdogan, der sie zum Vortrag ihrer Ersuchen vor die türkische statt die deutsche Fahne setzte, musste sie schlucken.

Während Merkel ihren sogenannten Flüchtlings-Deal als europäische Errungenschaft verkaufte, hatte Erdogan sie längst in der Hand. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit führte er sie von nun an vor. Beleidigungen gegen ihr Volk kommentierte Merkel allenfalls kleinlaut und eingeschüchtert und spielte damit Erdogan auch bei den in Deutschland lebenden Türken anlässlich seines Referendums in die Hände.

Wer auf einem türkischen Markt nicht über den Preis verhandelt und die geforderte Summe klaglos bezahlt, missachtet sein Gegenüber. Erdogan hätte einen Verhandlungspartner mit festen Positionen gebraucht. Merkels devoter Auftritt signalisierte ihm ihre Haltlosigkeit und Schwäche.



Bewusste Demütigung: Erdogan hat die deutsche Regierungschefin nicht vor der deutschen Fahne platziert, wie es internationalen Gepflogenheiten entsprochen hätte, sondern vor der seines Landes

Bild: pa

Frei gedacht



Finis Germania statt Gnade für Deutschland

Von Eva Herman

Etliches ist an dieser Stelle veröffentlicht worden, was auf den derzeitigen Niedergang Deutschlands hinweist. Ellenlang ist inzwischen die Liste der angeblichen Vergehen, die in nicht mehr allzu ferner Zeit zwangsläufig zum Ende werden führen müssen.

An allererster Stelle steht natürlich das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte. Dies wird auch bis zum Ende so bleiben: Finis Germania! Doch durch die sich jetzt auch aktuell häufende „Schuld“, die immer noch oben drauf gehäuft wird, hängt das Bild des einstigen Paradieses der legendären Dichter, Denker, Vorzeige-Ingenieure und Wissenschaftler zunehmend schiefer: Ob es um die „kriminellen Machenschaften“ der Deutschen Bank geht oder um die der weltberühmten Autohersteller VW und Daimler in Bezug auf die „tödlichen“ Dieselmotoren, die weltweit „Menschenleben töten“, wie es ausländische Hauptmedien regelmäßig berichten, ob um das Versagen deutscher Bau-und Ingenieurskunst am BER-Flughafen, welcher wohl nie eröffnet werden wird, ob um den mysteriösen Absturz der German-Wings-Maschine durch einen angeblich depressiven, deutschen Piloten: Deutschland hat fix und fertig! Im Ausland beschwört man jetzt vor allem den Zerfall der EU (fälschlicherweise spricht man in diesem Zusammenhang meist von Europa), welcher vornehmlich durch die Schuld der herrschsüchtigen, deutschen Bundeskanzlerin unmittelbar bevorstehe, die durch die bedingungslose Grenzöffnung für Immigranten aus aller Welt den Kollaps eingeleitet habe. Und so weiter ...

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der aktuelle Streit um das Vorgehen der „Spiegel“-Redaktion gegen das 2017 erschienene Buch „Finis Germania“ des Historikers Rolf Peter Sieferle bildet unterdessen einen neuen Höhepunkt der verwirrenden Vorgänge, deren Zielrichtung doch so eindeutig ist. Sieferle schildert die bevorstehende „Austilgung“ Deutschlands als geradezu notwendige Konsequenz aus den Jahrzehnte zurückliegenden, tiefgreifenden Ereignissen. Der Autor hätte sich vor allem mehr Gnade für Deutschland gewünscht, doch in modernen Zeiten von „We love Volkstod“ und „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ stehen derartige Forderungen nach Milde und Barmherzigkeit schon lange nicht mehr auf dem Programm. Und so strich die „Spiegel“-Redaktion letzte Woche das missliebige Buch eigenmächtig von Platz 6 der Spiegel-Bestseller-Liste, man ließ diese Stelle zunächst einfach offen. „Welt“-Autor Henryk M. Broder hatte kurz zuvor berichtet, dass sich am 20. Juli gegen 17 Uhr auf der von Amazon angebotenen „Spiegel“-Bestsellerliste der Sachbücher eine Merkwürdigkeit befand: Auf Platz 6 „klaffte eine weiße Lücke, ohne jede bibliografische Angabe. Da musste mal etwas gewesen sein, wobei nur der Raum, den das Etwas eingenommen hatte, zu sehen war“. Doch es habe nur kurz gedauert, dann seien auch diese Spuren verschwunden gewesen. Auf diese Weise hätten auch die sowjetischen Zensoren Geschichtsschreibung betrieben, so Broder zu dem beispiellosen Vorgang.

Was steht denn nun in diesem umstrittenen „Nazi-Buch“, was erregt die Gemüter derartig? Der Autor Sieferle, der sich im September 2016 das Leben nahm, mag vielleicht geahnt haben, dass seine hier verfassten Gedanken ihn aus jedem gesellschaftlich relevanten Rahmen herauskatapultieren würden. So lässt er sein Vermächtnis jetzt eben wirken, ohne die rufmordenden, ehrverletzenden Diffamierungen bei lebendigem Leib noch ertragen zu müssen. Das immer armseliger wirkende Affentheater der politisch sich im vorauseilenden Gehorsam befindlichen „Qualitätsjournalisten“ spitzt sich unterdessen immer noch weiter zu, nach oben scheint tatsächlich noch eine Menge Luft zu sein.

Die Beobachtungen Sieferles zum Untergang Deutschlands sind klar und einleuchtend. Wer ohne Scheuklappen sich zu lesen traut, was da steht, am besten abends heimlich im Kerzenschein, der mag mit Schweißperlen auf der Stirn seine Herzrhythmus-Störungen zu besänftigen suchen: Lange dauert es mit uns tatsächlich nicht mehr. Sieferle spricht von der deutschen Schuld, die niemals vergeben und vergessen wird. „Was bedeutet aber „Schuld?“, fragt er. „Wörtlich handelt es sich um eine Verursachung, dann aber auch um eine Verunreinigung, eine Befleckung des Rechts, die durch reinigende Rituale beseitigt oder zumindest gemildert werden kann.“ Der Autor stellt fest: „Der Verbrecher hat die Rechtsgemeinschaft beschmutzt, die Strafe dient daher ihrer Säuberung.“ Weiter heißt es: „Bei einer sehr großen Beschmutzung hilft nur die restlose Austilgung des Verbrechers, welcher den Elementen zurückgegeben wird: dem Feuer, das ihn verbrennt, dem Wasser, das ihn ersäuft, der Luft, in die man ihn hängt, und der Erde, die ihn schließlich deckt.“ Das Ende vom Lied: „Es bedeutet Unbehagen, dieselbe Welt zu bewohnen, in der auch der Verbrecher lebt. Er muss daher verschwinden, damit die Menschheit vom Anblick seiner Verworfenheit befreit werde. Seine schiere Existenz ist ihr unerträglich.“ Der Historiker konstatiert gleichzeitig, dass die Deutschen wohl die einzige Gesellschaft seien, die an dem Untergang zustimmend selbst mitarbeitete, ein absolutes Phänomen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Sieferle stellt einen Vergleich mit Adam aus dem Alten Testament auf. Dessen Erbsünde sei jene Schuld, die „das gesamte aus ihm entspringende Menschengeschlecht“ verdarb: Zugleich sei diese aber von der Gnade Gottes wieder aufgefangen worden: „Der Mensch stürzte nicht in den bodenlosen Abgrund der Verworfenheit, sondern gerade in der Größe seiner Schuld zeigte sich die Größe der Gnade, die ihn hielt.“ Schuld, Buße. Gnade und Liebe seien daher untrennbar verbunden, sie bildeten ein „unstörbares Gleichgewicht innerhalb der Heilsökonomie Gottes“. Doch für die Deutschen gibt es keine Vergebung, der Fall scheint der schwerwiegendste der ganzen Weltgeschichte zu sein. „Das Dogma ist einfach und eingängig: Die Urväter, die Nazis, haben die schwerste und singulärste Schuld auf sich geladen und sich, wie auch ihre Nachkommen, damit aus dem Paradies der Geschichtsnormalität ausgeschlossen (...) Damit ist das Volk der Nazis zum negativ auserwählten Volk geworden“, heißt es weiter. Es sei die Größe der Schuld seiner Erzväter, die es für immer aus dem „normalen Gang der Geschichte“ herausgehoben habe.

Tja, selten wird eine innewohnende, schon fast ein Leben lang währende, ungute Empfindung, genährt durch Schulunterricht, Bildung und Fernsehprogramme, derartig bestätigt wie die unheilvollen Zukunftsvisionen Sieferles. Ich muss gerade an zahllose Vergehen gegen gequälte, beraubte, vergewaltigte, teilweise schwer verletzte und getötete Mitbürger in der jüngeren Zeit denken, über deren Leid so wenig in unseren Mainstream-Medien zu erfahren ist. Keine Gnade. Ich nehme Maulkörbe und Denkverbote wahr, neue Gesetze, die eine freie Meinungsäußerung zum Straftatbestand umwandeln, sehe unbewegliche, starre Gesichter, sobald jemand seine wachsenden Sorgen laut äußert. Ich lese aktuelle Meldungen, dass die Besitzer deutscher VW-Dieselfahrzeuge jetzt die gebührenpflichtige Stilllegung ihres „todbringenden“ Fahrzeugs riskieren. Sieferle wollte auch noch als „herabstürzender Ikarus die Augen offenhalten“. Tun wir es auch!

Die beiden Noldes

Zwischen Wahrheit und Fiktion – Der Maler Emil Nolde und sein literarisches Pendant

In Siegfried Lenz' Roman „Deutschstunde" war Emil Nolde leuchtendes Vorbild für den widerspenstigen Maler Max Ludwig Nansen. Doch zwischen dem Romanhelden und dem vor 150 Jahren geborenen echten Nolde klaffen gewaltige Unterschiede.

Gegenwärtig begehen viele Museen im Norden der Republik den runden Geburtstag von Emil Nolde mit repräsentativen Ausstellungen. Das reicht vom Haus der „Nolde-Stiftung" in Seebüll und dem Kunstmuseum in Tondern über das Schleswiger Landesmuseum Schloss Gottorf, der Kunsthalle in Kiel sowie der Stadtgalerie in Wolfsburg bis zum „Museum Behnhaus Drägerhaus" in Lübeck und dem Kunstmuseum im Ostseebad Ahrenshoop. In Mitteldeutschland sorgte das Leipziger Bilder-Museum bis Juni 2017 für einen Nolde-Höhepunkt. Dazu gibt es in einigen anderen Kunstmuseen mit einem Nolde-Bestand Sonderhängungen und in vielen Medien umfangreiche Beiträge, die auf das Jubiläum des bedeutenden deutschen Expressionisten hinweisen.

Das alles zeigt: Der Expressionist Nolde ist in aller Munde. Und das liegt auch an dem ostpreußischen Schriftsteller Siegfried Lenz, der dem Maler in seinem bekanntesten Buch, der 1968 erschienenen „Deutschstunde", ein literarisches Denkmal setzte. Vieles stimmt mit dem fiktiven Maler Nansen und dem realen Vorbild Nolde überein, vieles andere aber auch nicht.

Die biografischen Eckdaten, seine nordfriesische Herkunft und sein Berufsverbot während der NS-Zeit passen mit der Romanfigur überein. Nicht aber ein heikles Detail: Bei Lenz wird der Maler, der ein vom Dorfpolizisten kontrolliertes Malverbot unterläuft, zur Widerstandsfigur ikonisiert. Tatsächlich war er Anhänger der NSDAP und Antisemit.

Nolde stammte aus dem deutsch-dänischen Grenzland an der nordfriesischen Küste, entwickelte sich zu einer herausragenden Künstler-Ikone des 20. Jahrhunderts und beeindruckt bis heute durch seine ausdrucksstarke Farbwahl. Darüber sagte er: „Ich liebe die Musik der Farben ... Die Farben sind meine Noten, mit denen ich zu- und gegeneinander Klänge und Akkorde bilde."

Der wortkarge Einzelgänger, der die Einsamkeit suchte und sich mit seinen Bildern artikulierte, wurde im Dritten Reich trotz versuchter Anlehnung als „entartet" verdammt. Sein „Leben Christi" stand in der Propaganda-Ausstellung über „Entartete Kunst" 1937 im Mittelpunkt des ersten Ausstellungssaals. Aber Goebbels schätze ihn dennoch und besaß sogar Werke des NSDAP-Mitglieds Nolde. Doch die Fürsprache des Propagandaministers half nichts. Hitler setzte sich durch. 1056 Nolde-Werke verschwanden danach aus den Museen. Die offizielle Anerkennung seiner Kunst kam sehr spät.



Vor genau 100 Jahren entstanden: Selbstbildnis Emil Noldes

Der Künstler wurde am 7. August 1867 in Nolde bei Tondern als Hans Emil Hansen geboren. Sein Vater war Landwirt. Nach der Ausbildung zum Schnitzer und Holzbildhauer in einer Möbelfabrik wollte er eigentlich in Flensburg Museumsdirektor werden. Aber daraus wurde nichts.

Zunächst führten seine Wanderjahre ihn nach Berlin, Karlsruhe sowie München, ehe er ab 1892 für sechs Jahre als Zeichenlehrer in St. Gallen tätig war und auch Hans Fehr aus Jena unterrichtete, einen späteren Mäzen. In dieser Zeit schuf er vor allem Bergpostkarten, die seine Neigung zum Fantastischen offenbarten und durch eine hohe Auflage seine zeitweilige finanzielle Unabhängigkeit begründeten. So konnte er die Malschulen von München und Dachau absolvieren und 1900 im Pariser Louvre die alten Meister studieren.

1901 ließ sich der malende Bauernsohn im Fischerdorf Lild Strand auf Nordjütland nieder und malte vorrangig Meeresstimmungen. Nach der Annahme des Namens Emil Nolde – nach seinem Heimatdorf – und seiner Heirat mit Ada Vilstrup aus Kopenhagen wohnte das Paar ab 1903 auf der Insel Alsen, wo er zum „Farbenstürmer" gedieh. Es folgten Aufenthalte in Italien, Berlin sowie Thüringen, seine Aufnahme in die Künstlergruppe „Brücke" sowie in die Berliner Secession, erste Ausstellungen und das neunteilige Hauptwerk „Das Leben Christi", das er 1912 in Berlin beendete.

Ein Malverbot, das keines war

Nach einer Südseereise, dem Wohnortwechsel nach Utenwarf nahe Tondern und weiteren Reisen nach Spanien sowie Italien ließ er sich 1927 auf der Suche nach Zurückgezogenheit sein Wohn- und Atelierhaus Seebüll an der deutsch-dänischen Grenze bauen, das auf einer hohen Warft wie eine Burg in die Landschaft ragt. Parallel erlebte er zum 60. Geburtstag in Dresden eine große Jubiläums-Ausstellung.

Aber Noldes Versuch, durch Eintritt in eine NS-Gemeinschaft seine Lebensumstände nach der Machtübernahme Adolf Hitlers zu bewahren, schlug fehl. Im August 1941 wurde er aus der „Reichskunstkammer" ausgeschlossen und ihm wurde untersagt, „sich auf jedem Gebiet der bildenden Künste beruflich sowie nebenberuflich zu betätigen". Doch dieses Berufsverbot wurde durch ein Schreiben vom 20. November 1941 abgemildert, in dem Nolde an seine Pflicht erinnert wurde, künftig seine Werke der Kammer vorzulegen, bevor er sie „der Öffentlichkeit übermittelt". Nach Noldes juristischem Beistand Hans Fehr bedeutete dies die Aufhebung des „Malverbots".

Da Nolde aber weder Aussicht hatte, seine Bilder der Öffentlichkeit zu präsentieren, noch Anspruch auf immer knapper werdendes Malmaterial, schuf er mit Aquarellen kleinformatige „Ungemalte Bilder", die er nach 1945 in Ölbilder umwandelte. Die Emigration lehnte er ab. Nolde verbrachte die NS-Zeit in Seebüll, verlor bei einem Luftangriff auf seine Berliner Wohnung 3000 Werke sowie Bilder von Paul Klee, Kandinsky und Kokoschka. Zwei Jahre später verlor er seine erste Frau. In der bedeutend jüngeren Pianistin Jolanthe Erdmann fand er eine zweite Gefährtin.

Im August 1946 entlastete ein Kieler Entnazifizierungsausschuss Nolde trotz Parteimitgliedschaft und interpretierte dabei die NS-Ablehnung von Noldes Kunst als „Absage gegen das Regime". In der jungen Bundesrepublik erlebte sein Werk eine wahre Auferstehung. Dies war eine späte Genugtuung für Nolde, der 1946 per Testament die Errichtung der „Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde" verfügte.

Nach seinem Tod am 13. April 1956 in Seebüll wurde sein Refugium zum Museum, das zudem seinen Nachlass bewahrt und jährlich 100 000 Besucher zählt. Die dortige Nolde-Stiftung sorgte in der Vergangenheit auch dafür, dass seitdem die Schattenseiten des Meisters mit einem ansatzweisen Antisemitismus und der Ablehnung französischer Kunst offen aufgearbeitet wurden. Diese pikanten Details sparte Lenz in seinem Roman „Deutschstunde" aus, wobei man nie vergessen darf, dass es sich bei dem Maler Nansen um eine fiktive Person handelt, die nur das literarische Fernporträt des Emil Nolde darstellt. *M. Stolzenau/H. Tews*

MELDUNGEN

Shakira singt in Deutschland

Frankfurt am Main – Die kolumbianische Popsängerin Shakira kommt im November für zwei Konzerte nach Deutschland. Im Rahmen ihrer „El Dorado World Tour" präsentiert sie am 8. November in der Kölner Lanxess Arena und am 30. November in der Münchener Olympiahalle ihr elftes Album. Darüber hinaus gibt sie ein weiteres Konzert am 4. Dezember im Züricher Hallenstadion. Mit mehr als 60 Millionen verkauften Tonträgern gilt die zwölfmalige Grammy-Gewinnerin als eine der erfolgreichsten Sängerinnen der Gegenwart. In Deutschland hat die Künstlerin, die mit Hits wie „Whenever, Wherever" oder „Underneath Your Clothes" bekannt wurde, inzwischen Fans in allen Altersgruppen. Karten unter www.ticketmaster. de, Telefon-Hotline 01806-9990000, oder www.eventim.de, Telefon-Hotline 01806-570000. *tws*

Es steht Spitz auf Knitz

Schweinfurt – Eine „heiter leichte Sommerausstellung" verspricht das Museum Georg Schäfer in Schweinfurt mit Bildern von Carl Spitzweg und Johann Baptist Pflug. In „Spitz und Knitz" werden noch bis zum 24. September humorvolle Biedermeier-Szenen der beiden Künstler gegenübergestellt. Während Spitzweg dank Meisterwerken wie „Der arme Poet", das als Leihgabe aus den USA auch in der Ausstellung präsentiert wird, den meisten Kunstfreunden bekannt ist, ist der ältere Pflug (1785–1866) für viele ein unbeschriebenes Blatt. Der in Biberach in Oberschwaben tätige Künstler schuf ein breites Œuvre an drolligen und deftigen Volksszenen. Sein Humor gilt als „knitz", also als tiefgründig. An jedem ersten Dienstag ist freier Eintritt im Haus. Infos: www.museumgeorgschaefer.de *tws*

Bewegte Zeiten

Pausenfüller für den Sommer – »Der bewegte Mann« als Musical auf der Theaterbühne

Literaturverfilmungen sind ein alter Hut. Inzwischen läuft die Vermarktung auch andersherum: Es gibt das Buch zum Film und nun sogar das Theater zum Film. Im Falle von „Der bewegte Mann" lief die Reihenfolge so: Am Anfang war Ralf Königs Schwulen-Comic von 1987, es folgte Sönke Wortmanns Kinohit von 1994 mit Til Schweiger und Katja Riemann, ehe am Ende der Verwertungskette eine Musicalversion steht, mit der das Hamburger Thalia Theater seine Sommerpause ausfüllt.

Knollennasen-Männchen wie im Original-Comic sind auf der Bühne nicht zu erwarten. Stattdessen setzten die Theatermacher darauf, dass sich das Publikum an die Erfolgskomödie von 1994 erinnert, die mit mehr als 6,5 Millionen Zuschauern noch immer einer der erfolgreichsten deutschen Filme ist.

„Der Comic ist von 1987. Aber als ich noch mal reingelesen habe, war ich überrascht und beruhigt, wie heutig das Ganze wirkt", sagt Axel Schneider, Intendant des Altonaer Theaters. Er hat das Musical-Projekt mit dem Hamburger Konzertveranstalter Pascal Funke (Funke Media) angeschoben. „Das spricht für die Geschichte, aber womöglich gegen unsere Gesellschaft", ergänzt er, „denn da scheint sich in Sachen Toleranz seit den späten 80ern gar nicht so viel getan zu haben."

Und darum geht es: Eigentlich könnten Axel (Elias Krischke) und Doro (Jennifer Siemann) richtig glücklich sein – sie sind jung, sexy und verliebt. Doch während Doro für eine Beziehung bereit ist, kann Axel sich nicht vorstellen, seine unwiderstehliche Männlichkeit nur einer Frau zu widmen. Und so kommt es, wie es kommen muss: Doro erwischt ihren Axel in flagranti mit einer anderen und wirft ihn kurzerhand aus ihrer Wohnung und aus ihrem Leben. Es gibt da aber ein Problem: Doro ist schwanger und Axel ahnt nichts von seinem Vaterglück.

Stattdessen trifft er den schwulen Norbert (Jan Kersjes), der ihn sehr bereitwillig bei sich aufnimmt, denn Axel ist nicht nur ein Frauen-, sondern, wie sich zeigt, auch ein Männerschwarm. Und während Norbert ihn in eine Szene einführt, die für den 100-prozentig heterosexuellen Alex in jeglicher Hinsicht vollkommen neu ist, begibt sich Doro auf verzweifelte Suche nach dem Vater ihres ungeborenen Kindes – und findet ihn im Bett mit Norbert. Eine Reihe von Missverständnissen und emotionales Chaos sind definitiv vorbestimmt.


Plumpe Anmache: „Waltraud" (Mark Weigel) singt ein Ständchen für den schönen Axel (Elias Krischke, 2. v. l.) Bild: publicaddress

Spritzige Texte, schmissige Musik und ohrwurmverdächtige Melodien sorgen für beste Unterhaltung. Musik und Liedtexte stammen aus der Feder des Komponisten Christian Gundlach, der das Musical mit dem US-Schauspieler Craig Simmons entwarf. „Auf der Bühne wird eine Live-Rockband stehen, Kitsch ist also eher nicht zu erwarten", verspricht Gundlach, der auch die musikalische Leitung innehat.

Nach dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz „Ehe für alle" folgt nun der „Bewegte Mann" für alle. Solche gender-bunten Themen treffen aktuell den Nerv der Zeit. Davon wird das Musical den Sommer über gut leben können – und die gut amüsierten Zuschauer auch, egal auf welcher Seite des Ufers sie stehen. *Andreas Guballa*

Bis 13. August im Thalia Theater, Alstertor, 20095 Hamburg, Karten unter (040) 32814444 und (040) 450118676 sowie an allen bekannten Vorverkaufsstellen und unter www.funke-ticket.de sowie www.thalia-theater.de

Nichts als Lügen

Die französische Filmkomödie »Alibi.com«

Es gibt sie tatsächlich, die Internetfirmen, die einem ein Alibi verschaffen, wenn man zum Beispiel einen Seitensprung verbergen will. Die französische Filmkomödie „Alibi.com", die jüngst im Kino angelaufen ist, nimmt sich nun auf ganz amüsante Art diesem Lügengeschäft an. Im Mittelpunkt steht der Firmenchef Greg, der sich plötzlich selbst ein Alibi verschaffen muss, um seine neue Eroberung (Élodie Fontan) nicht gleich wieder loszuwerden. Das sorgt für eine Menge an ulkigen Komplikationen, bei denen auch Tiere nicht ganz unbeschadet davonkommen.

Star dieses Lügen-Reigens ist Regisseur, Drehbuchautor und Schauspieler Philippe Lacheau. Mit „Ab in den Dschungel" hatte er vor einem Jahr bereits einen Komödienhit gelandet. Der 37-Jährige gilt unter Frankreichs Spaßmachern als eines der größten Talente und hat das Zeug, die Tradition eines Jacques Tati oder Louis de Funès fortzusetzen. Ihm gelingt ein Feuerwerk an witzigen Ideen und skurrilen Szenen, von denen manche zwar nicht zünden, aber insgesamt doch Vergnügen bereiten. Dass hier Frauen noch humorvoll an der Nase herumgeführt werden dürfen, unterscheidet diesen Film von US-Komödien, die inzwischen streng auf Gleichbehandlung der Geschlechter achten. *H. Tews*



Benötigt ein Alibi: Lügenerfinder Greg (Philippe Lacheau, r.)

Tod im Eismeer

Auch nach 17 Jahren gibt der Untergang des russischen Atom-U-Bootes »Kursk« viele Rätsel auf – Gedanken über eine Tragödie

Als am 12. August 2000 das damals modernste Atom-U-Boot der Nordflotte Russlands während einer Übung im Becken der Barentssee nach zwei Explosionen versank, kamen alle 118 Besatzungsangehörigen ums Leben. 95 von ihnen waren auf der Stelle tot, die anderen konnten sich in die Hecksektion retten, wo sie Stunden später den Erstickungstod fanden. Ihr Schicksal bewegt die Menschen bis heute.

Am Ende des Ersten Weltkrieges war mein Vater Kommandant eines U-Bootes. Eigentlich hatte er Archäologe werden wollen. Vielleicht war das der Grund, warum er über seine Kriegserlebnisse selten sprach und über seine U-Boot-Zeit noch seltener. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang nur an einen einzigen Satz, nämlich den: „Wenn wir vor Wasserbomben wegtauchen mussten und deshalb in größere Tiefe gingen, fing der Stahl wegen des Wasserdrucks an zu knirschen – das war ein unangenehmes Geräusch.“ Als mein Vater dies berichtete, tobte schon der Zweite Weltkrieg.

Heute ist es für mich weder fassbar noch nachvollziehbar, sondern fast irre: Ein Junge (ich) zwischen dem 7. und 13. Lebensjahr träumte davon, er werde im Krieg „fallen“ (das Wort klang nicht so negativ wie „sterben“). War ein solcher Tagtraum damals gewöhnlich oder ungewöhnlich, verbreitet oder vereinzelt? War es nur eine Version pubertärer Todessehnsucht? Oder handelte es sich um ein Produkt der Propaganda, der Lektüre von Landserheften, die, weil sie nummeriert waren, vollständig angeschafft wurden, damit keine Lücke in der Reihe entstand, oder des Eindruckes der Titelbilder von Illustrierten oder der markigen Filme der „Deutschen Wochenschau“ oder der Fanfarenklänge vor der Verkündung der „Sondermeldungen“ im Rundfunk über militärische Erfolge? Hat das in jener Zeit gebräuchliche Wort „Heldentod“ vielleicht die Gefühlswelt der damaligen Jungengeneration beeinflusst, auch wenn dieser Ausdruck wohl nicht zum Sprachgebrauch des Kindes gehörte?

Ich weiß es nicht; aber ich erinnere mich genau: Das Faktum – ein früher Tod – stand fest (so schien es), nur das Wie und Wann und Wo waren unbestimmt. Falls man damals einen diesbezüglichen Wunsch hätte äußern können, war es dieser: Bitte nicht in einem U-Boot „absaufen“, sondern „wenn es passiert“, die Sonne oder den Himmel noch einmal sehen, vielleicht so, wie es viele Jahre später der russische Kultfilm „Wenn die Kraniche ziehen“ aus der Sicht eines sterbenden russischen Soldaten zeigte: Die Wipfel der Bäume drehen sich, alles wird unscharf, das Licht wird matt und verschwimmt – so ungefähr könnte die letzte Stunde aussehen, aber eben bitte im Freien, auf der Erde, nicht unter Wasser in einem stählernen Sarg.

Was wussten wir deutschen Schuljungen damals, also während des Krieges, von russischen U-Booten? Für mich selbst kann ich die Frage mit einem Wort beantworten: nichts. Russlands Marine? Viele von uns hatten Frank Thiess’ Roman „Tsushima“ gelesen, zu jener Zeit ein Bestseller, der den langen Marsch der zaristischen Flotte bis in das nasse Grab in der Seeschlacht mit den Japanern von 1905 schilderte; aber U-Boote kommen darin nach meiner Erinnerung nicht vor. Von der Versenkung des mit Flüchtlingen (vor allem aus Ostpreußen) vollbeladenen Schiffs „Wilhelm Gustloff“ durch ein russisches U-Boot in der Ostsee, wodurch Tausende den Tod fanden, erfuhren die meisten von uns erst nach dem 8. Mai 1945.

Jedenfalls ist der Untergang eines U-Bootes im Krieg nichts Ungewöhnliches, sondern fast – ein makabres Wort – etwas Normales. Von den im Zweiten Weltkrieg zum Einsatz gekommenen 859 U-Booten der deutschen Kriegsmarine gingen 648 Boote auf Feindfahrt verloren, davon 429 mit der gesamten Besatzung. Etwa 30 000 U-Boot-Fahrer kehrten nicht zurück, was einer Verlustrate von 60 Prozent entspricht (Angaben bei Werner Rahn, in: „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, Band 10/1, 2008, Seite 149). In Friedenszeiten ist dagegen der Untergang eines U-Bootes ein Unglücksfall besonderer Art. Dies dokumentierte schon der Verlust des zwischen den beiden Weltkriegen im Ärmelkanal vor Liverpool gesunkenen britischen U-Bootes „Thetis“ mit 99 Toten, noch mehr aber der Untergang des russischen U-Bootes „Kursk“ in der Barentssee am 12. August 2000.

Das Unglücks-U-Boot vom Jahr 2000 war nach der mittelgroßen russischen Stadt benannt, die als Ort der „Panzerschlacht von Kursk“ historische Bedeutung erlangt hat. Am 5. Juli 1943 begann die Schlacht, die 50 Tage dauern sollte, und an der zirka drei Millionen Soldaten mit mehr als 10 000 Panzern und Selbstfahrlafetten sowie 8000 Flugzeugen teilnahmen. Der „Völkische Beobachter“ berichtete damals von einer „Materialschlacht größten Ausmaßes“ und von einer „Bereitstellung der gewaltigsten Kampfmittel, welche die Ostfront jemals erlebt hat“. In der „schwersten Panzerschlacht der Geschichte“ und einer der „tödlichsten Schlachten des gesamten Krieges“, so die britische Historikerin Catherine Merridale in ihrem Buch „Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939–1945“, waren nach deutschen Angaben schon wenige Tage nach Beginn der deutschen Offensive 1227 sowjetische Panzer vernichtet worden, „während die Panzerverluste auf deutscher Seite gering sind“. Tatsächlich war aber der deutsche Angriffsschwung schon bald in einer tiefgestaffelten sowjetischen Verteidigungslinie zum Stehen gebracht worden; diese aufzubauen hatte die Rote Armee Zeit gefunden, weil „der größte Feldherr aller Zeiten“ gegen den Rat der Militärs den Beginn der unter dem Codewort „Zitadelle“ geplanten deutschen Offensive mehrmals verschoben hatte. Bald war nur noch von „schweren Abwehrkämpfen“, von „offensiver Defensive“ und von „Frontbegradigung“ auf deutscher Seite die Rede. Am 23. August räumten die deutschen Truppen Charkow. Damit war das Ereignis beendet, das Roman Töppel im Untertitel seines kürzlich erschienenen Buches „Kursk 1943“ als die „größte Schlacht des Zweiten Weltkrieges“ bezeichnet; im Vorwort findet sich das Zitat: wahrscheinlich sogar die „größte Schlacht der Geschichte.“



Wurde für 118 Menschen zum eisernen Sarg: Das russische Atom-U-Boot „Kursk“ Bild: pa

Mit dem Gebrauch von solchen Superlativen sollte man vorsichtig sein. Unzweifelhaft kann jedoch der Untergang der „Kursk“ als einer der größten Unglücksfälle in der Geschichte der U-Boote genannt werden. Dieses Urteil gründet nicht nur auf der hohen Zahl von 118 Toten, sondern auch auf dem Faktum, dass es sich bei der „Kursk“ um ein atomgetriebenes U-Boot handelte, an dessen Bord sich zwei Atomreaktoren befanden, die bis zu 1,5 Tonnen hoch angereichtes Uran enthielten – mit all dem daraus folgenden Gefährdungspotenzial. Die 1994 unter der Typenbezeichnung K-141 vom Stapel gelaufene „Kursk“ war mit ihrer Länge von 154 Metern und einer Breite von 18 Metern zum Zeitpunkt ihres Unterganges eines der größten und modernsten im Betrieb befindlichen U-Boote.

Als in Betracht kommende Ursachen des Unglückes nannte die mit der Aufklärung beauftragte russische Regierungskommission drei Möglichkeiten, nämlich eine Explosion an Bord der „Kursk“, ein Auffahren des Bootes auf eine Mine aus dem Zweiten Weltkrieg oder ein Zusammenstoß mit einem ausländischen U-Boot. Von offizieller russischer Seite wurde die letztgenannte Möglichkeit zunächst favorisiert, dies, obwohl das dafür notwendige fremde „Objekt“ fehlte. Zurückgewiesen wurde dagegen die von einigen Fachleuten geäußerte Vermutung, der in dem betreffenden Seegebiet operierende russische Kreuzer „Peter der Große“ habe durch einen Fehler in der Manöverplanung die „Kursk“ versehentlich getroffen. Am Ende der Spekulationen blieb als wahrscheinlichste Ursache eine Explosion in dem mit Torpedos und Raketen bestückten Schiff.

Dem Kapitän der „Kursk“ verlieh Präsident Wladimir Putin postum die Auszeichnung „Held Russlands“, die anderen 117 Opfer erhielten Tapferkeitsmedaillen. Diese Geste vermochte die Trauer und die Wut der Hinterbliebenen nicht zu mindern, denen sich Putin bei einem Treffen mit Angehörigen der Opfer im Marineklub der Garnison Widjajewo stellte. Fragen nach Schuld und Bestrafung der Verantwortlichen blieben unbeantwortet. Jedoch versprach Putin eine Bergung der toten Seeleute und eine Hebung des Wracks. Tatsächlich hatten Taucher einer von Russland beauftragten britisch-norwegischen Spezialfirma schon eine Woche nach dem Untergang die hintere Rettungsluke der in 108 Meter Tiefe liegenden „Kursk“ geöffnet und festgestellt, dass sich keine Überlebenden an Bord befanden. Ein Jahr später – im Oktober 2001 – wurde das Wrack mit westlicher Hilfe, weil der Kalte Krieg schon seit etlichen Jahren beendet war, in einer 19 Stunden währenden Aktion gehoben.

Ingo von Münch

Monarch, Aufklärer, Philanthrop und Reformer

Vor 200 Jahren starb Leopold Franz III. von Anhalt-Dessau

Zu den bekanntesten Generalen Friedrichs des Großen zählte der Alte Dessauer. In der preußischen Armee hatte er den Gleichschritt und den eisernen Ladestock eingeführt, was die Schlagkraft der Armee erheblich steigerte. Er war Herrscher des kleinen Fürstentums Anhalt-Dessau, aber dem ehrgeizigen Krieger war das Ländchen von nur 700 Quadratkilometern zu klein; Preußen war für ihn der richtige Ort, und Friedrich wusste, was er an diesem Draufgänger hatte. Umso verblüffter registrierte er, dass sich der Enkel, ab 1758 als Leopold Franz III. Herrscher in Dessau und zu gleicher militärischer Laufbahn vorbestimmt, dem Kriegsdienst verweigerte; mitten im Zweiten Schlesischen Krieg quittierte er 1757 den Dienst. Friedrich grollte ihm hinterher, das werde ihm bekommen „wie Hunde das Gras fressen“.

Leopold Franz (1740-1817) ist als „Väterchen Franz“ in die Geschichte eingegangen. Bis heute wird er gerühmt als einer der wenigen Herrscher in Deutschland, der aus seinem Land einen Musterstaat nach den Prinzipien der Aufklärung schuf. Er hat 59 Jahre regiert, und sein heute bekanntestes Werk, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, ist mittlerweise eine der größten Tourismusattraktionen im mitteldeutschen Raum. Im Jahr 2000 wurde es sogar in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen.

Als »Väterchen Franz« ein Platz in der Geschichte

Der früh verwaiste Leopold Franz war von hugenottischen Lehrern erzogen worden, die bereits von den Ideen der französischen Aufklärung beeinflusst waren. Kaum Herrscher geworden, unternahm er mit seinem „Herzensfreund“, dem sächsischen Edelmann Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff (1736–1800), mehrere Reisen nach Italien und Frankreich, vor allem aber nach England, wo er sich von der britischen Lebensart besonders angezogen fühlte, ja sogar mit seiner bürgerlichen Geliebten nach England emigrieren wollte, um dort als Landedelmann zu leben. Der große König in Berlin sprach aber ein Machtwort und zwang ihm eine preußische Prinzessin – Luise – auf. Wie so oft in solchen Fällen wurde es keine glückliche Ehe.

In Bildung, Wirtschaft und Landschaftsgestaltung hat Leopold Franz vielbeachtete Anstöße gegeben. Berühmt wurde vor allem seine Reform der Schulen. 1771 gründete er das Philanthropin, eine höhere Schule mit Internat, auf der neben Sprachen und Religion auch Naturwissenschaften und „Realien“, das war praktische Handwerkskunde, unterrichtet wurde. Leiter wurde der damals berühmte Pädagoge Johann Bernhard Basedow (1724-1790), dem sein aufbrausendes Wesen jedoch bald im Wege stand. Das Philanthropin wurde Vorbild für viele derartige Schulen.

Ferner wurden in Dessau eine Hauptschule für Kinder aller Schulen eingerichtet sowie eine feste Lehrerbesoldung eingeführt. Vor allem aber gab es Schulsport, Leichtathletik und Turnen. Das jährliche Drehbergfest wurde Vorbild für spätere Turn- und Sportfeste in Deutschland. In Dessau liefen dabei nicht nur Jungs, sondern auch Mädchen, die „hochgeschürzt“ die etwa 230 Meter lange Strecke in einer halben Minute schafften. Preise gab es für alle aus der Hand der Fürstin, danach begann ein Volksfest mit Freibier.

In der Landwirtschaft wurden die Bauern vom Frondienst befreit. Die Mustergüter des Fürsten sowie seine Rinder- und Pferdezucht warfen bald erklecklichen Gewinn ab. Die gestampften Straßen im Fürstentum wurden in ganz Deutschland gerühmt. Die ebenfalls vielgerühmte „Allgemeine Buchhandlung der Gelehrten und Künstler“ sicherte Autoren ein Fixum ihrer Bücher und versorgte Interessenten mit preiswerter Literatur.

Des Fürsten größte Leistung war aber wohl die Schaffung des Wörlitzer Gartenreiches. Ein großes an Elbe und Mulde angrenzendes Gebiet ließ er in drei Parklandschaften nach englischem Vorbild umwandeln. Erdmannsdorff, der sich zu einem Meisterarchitekten entwickelt hatte, setzte ihm in die Parks mehrere Schlösser, so mit dem Schloss Wörlitz das erste klassizistische Haus in Deutschland, das unzählige Male imitierte Schlösschen Luisium als Refugium für die Fürstin, das gotische Haus in typisch englischem Landhausstil als Sommersitz für den Fürsten, ferner Tempelchen und Statuen am Ende raffiniert angelegter Sichtachsen. Bürger und Besucher hatten freien Eintritt in die Gärten. Wie heute waren diese schon damals zeitweise überlaufen. An Bewunderern fehlte es nicht. Goethe schrieb im Mai 1778 nach einem Besuch in Wörlitz an Frau von Stein: „Hier ists iezt unendlich schön... Es ist, wenn man so durchzieht, wie ein Märchen. Das Ganze hat die reinste Lieblichkeit.“

Musterstaat nach den Prinzipien der Aufklärung

In diesem Jahr erinnert man sich in Dessau-Wörlitz des 200. Todestages des Fürsten am 9. August 1817. Zahlreiche Gedenkveranstaltungen, Konzerte und Freiluftaufführungen stehen dabei auf dem Programm, um an einen Herrscher zu erinnern, der es nach den Worten eines aus Berlin fast neidisch herüberblickenden Gelehrten verstanden habe, „die Erde in einen Schauplatz vernünftiger Menschen zu verwandeln“.

Dirk Klose

Ende einer Kolonialmacht

Vor 70 Jahren wurden Indien und Pakistan in die Unabhängigkeit entlassen – mit fatalen Folgen für die Weltpolitik bis heute

Die Entlassung Indiens und Pakistans in die Unabhängigkeit gehörte zu den Schlüsselereignissen des 20. Jahrhunderts, denn damit wurde das weltweite Ende der europäischen Kolonialherrschaft eingeläutet und Großbritannien auf den Status einer zweitrangigen Macht herabgedrückt. Gleichzeitig zeigen die Umstände der Teilung des Subkontinents, wie unfähig das Empire war, angemessene politische Lösungen für Probleme in seinem Verantwortungsbereich zu finden.



Letzte Amtshandlung: Lord Mountbatten empfängt den Führer der Muslimliga, Muhammad Ali Jinnah (Szene aus dem Film „Der Stern von Indien“, 2017) Bild: Tobis Film GmbH

Am 15. August 1947 um null Uhr schlug die Geburtsstunde zweier neuer souveräner Staaten, nämlich der Indischen Union und des Dominion of Pakistan. Hierdurch zerfiel die seit 1858 existierende britische Kronkolonie in einen hinduistisch dominierten Teil und ein islamisch geprägtes politisches Gebilde aus zwei Teilen im Osten und Westen, welche immerhin 1500 Kilometer voneinander entfernt lagen. Die Folge dieser Aufsplitterung war die wohl größte Flüchtlingskatastrophe aller Zeiten, weil die Anhänger der beiden indischen Hauptreligionen in den jeweils „ihrigen“ Staat zogen oder dorthin vertrieben beziehungsweise deportiert wurden. Historiker schätzen die Zahl der Menschen, die ihre Heimat freiwillig oder unter Zwang verließen, auf bis zu 20 Millionen. Dabei kam es zu wechselseitigen Massakern, denen zwischen 500000 und zwei Millionen Hindus, Moslems sowie auch Sikhs zum Opfer fielen.

Die Schuld an dem Blutbad trug eindeutig Großbritannien, zu dessen traditioneller Divide-et-Impera-Politik es ab Mitte des 19. Jahrhunderts gehört hatte, Keile zwischen die wichtigsten Religionsgruppen in Indien zu treiben. In diesem Zusammenhang hofierte die Kolonialmacht die 1906 gegründete Allindische Muslimliga des moderaten Politikers Muhammad Ali Jinnah, weil diese ein Gegengewicht zum hinduistisch kontrollierten Nationalkongress von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru bildete.

Trotzdem standen die Briten während des Zweiten Weltkriegs mit dem Rücken zur Wand. Angesichts der militärischen Niederlagen des Empire in Südostasien sowie eines drohenden Zangenangriffs der Deutschen und Japaner verlangte die Kongress-Partei nun in ultimativer Weise politische Unabhängigkeit, worauf London mit scharfen Repressionsmaßnahmen antwortete. So forderte die Niederschlagung von Gandhis „Quit-India (Verlasst-Indien)“-Kampagne von 1942 etwa 1000 Tote. Zudem wanderte die gesamte Führung der Kongress-Partei ins Gefängnis.

Verantwortlich für dieses kompromisslose Vorgehen war Winston Churchill, der gesagt hatte, er sei nicht Premierminister geworden, um das britische Weltreich zu liquidieren. Allerdings spielte es ab Juli 1945 keine Rolle mehr, was Churchill wollte, da er sein Amt infolge der überraschenden Niederlage bei den ersten Unterhauswahlen nach dem Krieg an Clement Attlee von der Labour Party verlor. Und der wiederum übte sich sofort in Zugeständnissen gegenüber Jinnah, Gandhi und Nehru. Inzwischen fehlte es der am Rande des Ruins dahintaumelnden Kolonialmacht sowohl an Militär als auch an Geld, um das „Juwel der Krone“ gegen den massiven Widerstand der Einheimischen zu behalten.

Deshalb entsandte Attlee Unterhändler nach Indien, welche Autonomieverhandlungen führen sollten. Die scheiterten allerdings im Sommer 1946, weil Jinnah nun einen eigenen muslimischen Staat verlangte und seine Glaubensbrüder zu permanenten blutigen „Protestaktionen“ gegen Hindus und Sikhs aufstachelte. Daraufhin fasste der britische Premier den Entschluss, die Macht – und somit letztlich auch die Verantwortung für sämtliche Religionskonflikte auf dem Subkontinent – baldmöglichst an die Inder zu übertragen. Dabei schwebte ihm der 30. Juni 1948 als Stichtag vor.

Die hierzu erforderlichen Gespräche oblagen dem neuen Vizekönig Lord Louis Mountbatten, Viscount of Burma. Der wiederum wollte seine mittlerweile komplett zerstrittenen indischen Verhandlungspartner unter Druck setzen und verlegte den Termin für den Rückzug der Briten deshalb am 3. Juni 1947 kurzerhand auf den August desselben Jahres vor. Gleichzeitig segnete der sogenannte „Mountbatten-Plan“, welcher kurz darauf vom Parlament in London in Gestalt des Indian Independence Act bestätigt wurde, die Bildung zweier getrennter Dominions (also souveräner Herrschaftsgebiete) auf indischem Boden ab. Diese nachgerade halsbrecherische Geschwindigkeit der Dekolonisation hatte natürlich vielfältige Konsequenzen. Deren wichtigste war die vollkommen überhastete Festlegung des genauen Grenzverlaufs zwischen Indien und Pakistan (ein Akronym aus Punjab, Afghanien, Kaschmir, Indus-Sind und Belutschistan).

Auf Drängen Jinnahs übertrug man die Ziehung der Demarkationslinie einer Kommission unter dem Vorsitz des britischen Rechtsanwalts Sir Cyril Radcliffe. Der wiederum agierte zwar weitgehend unparteiisch, war aber nie zuvor in seinem Leben in Britisch-Indien gewesen und entschied ausschließlich vom Grünen Tisch aus. Dabei stand er auch unter extremem Zeitdruck: letztendlich verblieben ihm nur die wenigen Wochen zwischen dem 8. Juli und dem 12. August 1947. Gemäß den Vorgaben der Inder und Mountbattens erfolgte die Aufteilung der Kolonie zudem ohne jedwede Konsultation der betroffenen Bevölkerungsgruppen entlang der Grenzen, welche die angenommene geografische Verteilung religiöser Mehrheiten widerspiegeln sollten.

Damit nicht genug: Weil Mountbatten lieber die reichlich nebensächlichen Details der Übergabezeremonie planen wollte, als sich mit dem zu erwartenden Flüchtlingsproblem auseinanderzusetzen, wurden detaillierte Informationen über die Lage der Grenze erst am Tag nach den Unabhängigkeitsfeiern bekannt gegeben, woraufhin der spontane Bevölkerungsaustausch einsetzte, der vielfach in vollkommenem Chaos und blutiger Gewalt endete. Deshalb trägt das Empire auch die moralische Verantwortung für die zahllosen Opfer der Pogrome in der Zeit unmittelbar nach der Machtübergabe.

Die Entlassung der Kronkolonie Indien in die formelle Unabhängigkeit war also durch eine ganze Kette von eklatanten britischen Fehlleistungen gekennzeichnet. Diese führten später außerdem noch zu fünf kriegerischen Konflikten zwischen Indien und Pakistan sowie einem atomaren Wettrüsten auf dem Subkontinent. Des Weiteren hatte die Kolonialmacht dem Islamismus zum Aufschwung verholfen und am Ende sogar eine erste eigene staatliche Machtbasis verschafft. So reichen die Auswirkungen der Ereignisse von vor 70 Jahren bis in die unmittelbare Gegenwart. *Wolfgang Kaufmann*

Die Teilung Indiens im Kino

Am 27. August 1979 kam vor der irischen Küste der letzte Vizekönig von Indien bei einem Sprengstoffattentat der IRA auf einer Motorjacht ums Leben. Es war vor allem eine symbolische Tat: Lord Mountbatten, ein Nachfolger der hessischen Battenberg-Dynastie, dessen Name mit der Teilung Indiens verbunden ist, wurde Opfer von Extremisten, welche die Teilung eines anderes Landes, also Irland, überwinden wollten.

Diesem Lord Mountbatten und seinem „Mountbatten-Plan“ zur Teilung Indiens ist nun ein ganzer Kinofilm gewidmet, der vom 10. August an pünktlich zu den Unabhängigkeitstagen von Indien und Pakistan zu sehen sein wird. In **Der Stern von Indien** der indischstämmigen britischen Regisseurin Gurinder Chadha („Kick it Like Beckham“) steht der gigantische Palast des Vizekönigs von Delhi mit seinem 500 Dienern und Lakaien im Mittelpunkt.

„Viceroy's House“ heißt der Film präziser im englischen Original. In bis ins Kostümdetail genauen Bildern wird die Pracht des dem Untergang geweihten britischen Kolonialreichs inklusive einer Bollywood-Liebesromanze zweier Palastangestellter präsentiert, ehe das durch die Teilung verursachte Flüchtlingselend auch die Palastmauern erreicht.

Unumstrittener Sympathieträger aber ist der von Hugh Bonneville gespielte Lord Mountbatten, der mit seiner selbstbewussten Frau Lady Edwina (Gillian Anderson) in seiner kurzen halbjährigen Amtszeit im Jahr 1947 die verfehlte britische Kolonialpolitik mit einem überstürzten Teilungsplan ausbaden muss.



Englands letzter „Stern von Indien“: Lord Mountbatten (Hugh Bonneville, Mitte) und sein Hofstaat Bild: Tobis Film GmbH

Im Film sind daher auch einige kritische Töne zu hören: „England war vom Zweiten Weltkrieg ausgezehrt, es konnte sich Indien nicht mehr leisten“, heißt es an einer Stelle. Und weil Churchill die Sowjets von den arabischen Erdölfeldern fernhalten wollte und sie nicht in Karachi Fuß fassen sollten, fasste er schon 1945 einen geheimen Teilungsplan. Der davon im Film überraschte Mountbatten sollte dann nur noch die Massaker und die Massenflucht den Indern und Pakistanis selbst in die Schuhe schieben, weil sie die Teilung angeblich von Anfang an wollten.

Der Plan ging auf, wie dieser Film eindrucksvoll zeigt. Er ist eine würdige Antwort auf Richard Attenboroughs Film „Gandhi“ von 1982. Nur dass hier die Rollen – auch ein im Bettlaken gehüllter Gandhi mit Zahnlücken, Nehru und der moslemische Gegenspieler Jinnah treten als Nebenfiguren auf – vertauscht sind: Eine Inderin hebt einen Briten auf den Schild, um den fatalen Triumph der Unabhängigkeit mit Millionen von Toten und Vertriebenen zu zeigen. *Harald Tews*

Kampf an unsichtbarer Front

Vor zehn Jahren fiel der Startschuss für den Aufbau des NATO-Zentrums zur Abwehr von Cyber-Attacken

Hinter der harmlos anmutenden Adresse Filtri tee 12 in Tallinn, der Hauptstadt Estlands, verbirgt sich ein für das westliche Bündnis sehr wichtiger Gebäudekomplex, der zunehmend an Bedeutung gewinnt: Das NATO Cooperative Cyber Defense Centre of Excellence. Der Vorschlag für ein Zentrum zum Schutz von Informationssystemen kam 2003 von Estland. Im April 2007 legte Russland mit massiven Cyber-Attacken Tallinn für eine Woche völlig lahm. Die gleichzeitigen Angriffe auf Informations- und Kommunikationssysteme der dort stationierten NATO-Streitkräfte zeigten erstmals sehr deutlich deren Verwundbarkeit. Um das Bündnis zukünftig vor derartigen Angriffen zu schützen, fiel vor zehn Jahren der Startschuss für den Aufbau des Zentrums.

Es stellt den Mittelpunkt von Experten für die Abwehr eines Cyber-Angriffes auf die NATO-Staaten dar. Den eigentlichen Kern bilden 60 Spitzen-Experten, zu denen Ermittler, Analytiker Übungsleiter und Dozenten gehören. Der Direktor, Sven Sakkow, ist Este, sein Stellvertreter ein Oberstleutnant der Bundeswehr. Mitglieder sind mit Ausnahme Luxemburgs sämtliche NATO-Staaten. Ebenso können „mitwirkende Teilnehmer“ beitreten, womit auch Universitäten und Forschungsinstitute sowie Nicht-NATO-Länder gemeint sind. Zu Letzteren zählen Österreich, Finnland und besonders Schweden, welches eng mit der NATO verbunden ist, aber eine echte Mitgliedschaft im Bündnis noch scheut. Die Schweiz, die ebenfalls Cyber-Attacken ausgesetzt ist, ist hingegen nicht vertreten.

Offiziell heißt es zur Tätigkeit des Zentrums: „Unser Auftrag ist, die Fähigkeit der Zusammenarbeit und den Informationsanteil unter den NATO-Staaten und ihren Partnern in der Cyber-Abwehr zu verstärken. Unsere Vision ist, die Hauptquelle der Fachkenntnisse auf dem Gebiet der kooperativen Cyber-Verteidigung zu sein.“ Die verschiedenartigen Forschungen sowie andererseits die Vorlesungen vor IT-Vertretern aus den einzelnen Staaten haben das Ziel, die Cyber-Verteidigung innerhalb des NATO-Netzwerkes zu verbessern, die Kenntnis von der Informations-Sicherheit zu steigern und die Entwicklung der verschiedenen Abwehrmaßnahmen zu fördern.

Einen Höhepunkt stellt das jährliche Manöver „Locked Shields“ dar, das weltgrößte im Rahmen der Cyber-Abwehr, welches während dieses Sommers in Zusammenarbeit unter anderem mit der Verteidigungs-Universität Schwedens und den Streitkräften Finnland durchgeführt wurde. Annähernd 900 Personen aus 25 Nationen nahmen daran teil. Größe und Anwendungsbereiche der Technologien im Rahmen der Cyber-Abwehr „nahmen beachtlich zu“, wie der Abschlussbericht vermerkt.

Wichtigstes Ereignis ist die jährliche Konferenz über Cyber-Konflikte, die in diesem Jahr vom 30. Mai bis zum 2. Juni stattfand. Über 500 Entscheidungsträger und Experten von Regierungen, Akademien und aus der Industrie der westlichen Welt erörterten Schlüssel-Themen sowie technologische und strategische Perspektiven. Einmütig wurde festgestellt, dass die Digitalisierung neue Sicherheits-Risiken bringe. Die wichtigsten Fragen dabei waren: Wie kann die kritische Informations-Infrastruktur gegen Cyber-Angriffe geschützt werden, welche Technologie gegen Cyber-Bedrohungen helfen? Wie können effektive Strategien der Cyber-Sicherheit entwickelt und vollendet werben?

Aufgabe dieses NATO-Zentrums ist nicht zuletzt die Fortschreibung des sogenannten Tallinn Manuals, ein einmaliges Handbuch über Cyber-Krieg, das alle vier Jahre von Rechtsexperten aus verschiedenen NATO-Staaten und IT-Experten des Zentrums erarbeitet wird und Regeln enthält, an denen sich NATO-Staaten im Falle eines Cyber-Krieges orientieren können. Es sind die alten Fragen, wann etwa ein totaler Cyber-Angriff auf ein Land als bewaffneter Konflikt im Sinne eines Krieges gewertet werden sollte. Man ist dabei sehr zurückhaltend, zumal die Herkunft einer solchen Cyber-Attacke nur selten einwandfrei ermittelt werden kann. Einig sind sich die Herausgeber, dass „Hacktivists“ (gemeint sind zivile „Hakker“) keinerlei Schutz genießen. Das gilt auch dann, wenn sie mithilfe von informations-technischen Mitteln Angaben über feindliche Operationen sammeln und diese eigenen Streitkräften übermitteln.

Das unlängst erschiene neue Tallinn Manual beinhaltet wichtige Fragen, wie und ob internationale Gesetze offensive Cyber-Aktivitäten von Staaten beschränken und wie Vereinbarungen die internationale Stabilität im Cyberspace gewährleisten könnten.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Der Moment der Woche



Mit einer Premiere der „Meistersinger von Nürnberg“ (Foto) starteten in diesem Jahr die Bayreuther Festspiele. Regisseur Barry Kosky, ein australischer Jude und Intendant der Komischen Oper Berlin, hatte vorher – wie großzügig! – versprochen die Zuschauer nicht belehren zu wollen: „Sie werden keine Hakenkreuze sehen.“ Das Premierenpublikum – darunter Angela Merkel – sah dann ein „schwer verrätseltes“ („Die Zeit“) Stück über die „Riten und Reflexe der Reeducation“ („Die Welt“). Es ging um Judenprogrome und die Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse. Fazit des politisch oberkorrekten Spektakels: „Kosky tut niemandem weh. Das ist ziemlich langweilig“ („Münchener Abendzeitung“). *FH*

Heimatlose Fromme

Evangelische Würdenträger bejubelten die „Ehe für Alle“ – Nun brodelt es in ihrer Kirche

Wolf Biermann sang in seinem 1967, noch in der DDR, verfassten Hölderlin-Lied: „In diesem Land leben wir wie Fremdlinge im eigenen Haus.“ Heute borgen sich fromme Protestanten diese Zeile – und ersetzen „Land“ durch „Kirche“.

Wer sich strikt an die kirchlichen Bekenntnisschriften hält, hat es derzeit schwer, sich gegenüber den Führungsspitzen evangelischer Landeskirchen durchzusetzen. Diese wollen das Verständnis von Ehe „fortentwickeln“ und den Bund fürs Leben für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Nach der Parlamentsabstimmung vom 30. Juni berufen sie sich mit voller Lautstärke auf die Politik. Dabei kann es gar keinen Automatismus geben. Das staatliche Eherecht regelt allein die bürgerliche Ehe. Verpflichtende Auswirkungen auf die Kirche hat das Bundestagsvotum nicht. In Deutschland sind Staat und Kirche seit 1919 getrennt, das bestimmt auch der Artikel 140 des Grundgesetzes, der auf entsprechenden Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung fußt. Seit fast 100 Jahren sind die Zeiten vorbei, in denen der Staat den Kirchenbehörden eine Weisung erteilen könnte.

Den meisten Amtsträgern sei zudem gar nicht klar, welche Konsequenzen die Bundestagsentscheidung habe, sagt der evangelikale Theologieprofessor Stephan Holthaus aus Gießen. Wer die „Ehe für alle“ wolle, werde in Kürze mit Anträgen auf Anerkennung weiterer Ehekonstellationen konfrontiert werden, auch für die Anerkennung polygamer Ehen, beispielsweise von Muslimen: „Wer wollte dem etwas entgegensetzen. Eine Ablehnung wäre doch Diskriminierung“. Selbst die liberale „Süddeutsche Zeitung“ sah Fragen auf die Kirche zukommen wie „Warum soll nicht das Brüderpaar heiraten und sich um adoptierte Kinder kümmern? Warum nicht die beiden lesbischen Frauen und der Mann, der biologischer Vater ihres Kindes ist – und wenn ja, warum nicht der Muslim und seine beiden Frauen?“ Alles so abwegig?

> Die Folgen sind den meisten Amtsträgern völlig unklar

Hart ging der Hamburger Pastor Ulrich Rueß mit seiner Kirche ins Gericht: In ihr herrsche die „Diktatur des Zeitgeistes, nicht die Leitung durch den Heiligen Geist“. Desaströs sei es für den Protestantismus, dass sich die EKD-Spitze ausdrücklich hinter die „Ehe für alle“ stelle, schreibt auch Alexander Garth im evangelischen Magazin „idea-spektrum“. Garth ist Pfarrer an der Stadtkirche Wittenberg, wo der Reformator Martin Luther einst predigte. Garth sieht viele Fromme heimatlos werden. Eine bittere Klage: „Wer von den kirchlichen Spitzenkräften versteht überhaupt noch, was in frommen christlichen Gemütern vorgeht? Die frommen, die Kirche weithin tragenden Kräfte können überhaupt nicht nachvollziehen, wie eine Kirche, die Luther im Namen trägt und sich auf ihn beruft, derartig vor dem Säkularismus und der postmodernen Beliebigkeit einknicken kann.“ Die Kirchenspitze führe sich auf wie eine Obrigkeit, die die Bürger „vereinnahmt und entmündigt“. Muss man sich da noch wundern, dass die Landeskirchen schrumpfen – nicht nur aus den bekannten demografischen Gründen, sondern auch wegen der theologischen wie ethischen Beliebigkeit in großen Teilen des Protestantismus?

Wenn ein Berliner Superintendent (Berthold Höcker) in einem schwarzen Kollar-Hemd und um den Hals eine pinke Federboa in einem Kirchenwagen beim 39. Christopher Street Day durch die Berliner Innenstadt fährt, dann ist das für viele, durchaus tolerante, Protestanten auch heute noch eine Zumutung. Zumal, wenn auf besagtem Wagen, wie ein Reporter von „idea“ beobachtet hat, ein nahezu nackter Mann mitfuhr. Er hatte sich einen Kopfschild gebastelt mit Heiligenschein und der Aufschrift „Ehe mit allem“. Auf der Rückseite stand: „Dein Wille geschehe“.

Die EKD wird an solchen Fehlentwicklungen (noch) nicht zerbrechen, aber sie muss sich auf neue interne Kämpfe einstellen, und an deren Ende könnte eine weitere Marginalisierung des landeskirchlichen Protestantismus stehen. Vor allem wenn sich herausstellen sollte, dass auf Geistliche, die sich einer Trauung oder Segnung von „Homo-Ehen“ widersetzen, disziplinarisch Druck ausgeübt wird.

Eine weitere Folge des innerprotestantischen Konflikts: Es formieren sich schon heute neue, bislang für unmöglich gehaltene Allianzen – zwischen katholischen Bischöfen und Teilen der evangelischen beziehungsweise evangelikalen Freikirchen. In vielen dogmatischen Fragen bleiben die Unterschiede bestehen, aber in Sachen Ehe und Familie zeigt sich weitgehende Übereinstimmung. Und beide Seiten hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein klärendes Wort sprechen wird. Wer es noch nicht wahrgenommen hat, der erfährt es jetzt: Seit der von prominenten EKD-Vertretern bejubelten Bundestagsentscheidung vom 30. Juni, unter die der (evangelische) Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach kurzer Prüfung seine Unterschrift gesetzt hat, gehen in Deutschland die ökumenischen Uhren anders. *Gernot Facius*

Ibsen ohne links-grüne Schmuddelschicht

Der Mainstream hat die Klassiker gekapert und zwangsgedeutet – Günter Scholdt hat sie für uns neu gelesen – ein Interview

Heinrichs Manns „Untertan“? Nun, der lässt sich auch heute noch ausmachen: Speichelleckend, intrigierend und liebdienernd fühlt sich Romanheld Diederich Heßling im Mainstream sauwohl. Er lacht viel zu laut über die platten Erika-Steinbach-Sketche in der „ZDF-Heuteshow“. Er denunziert den Facebook-Freund, wenn dessen gepostete Witze ein bisschen zu entlarvend über Moslems, Feministinnen oder irgendeine andere geheiligte Gruppe ulken. Er liebt die Kanzlerin, weil es doch beinahe alle machen, und einem Wirt, der sein Lokal der AfD zur Verfügung stellt, sollte man umgehend die Schankerlaubnis entziehen.

Der Saarbrücker Germanist und Historiker Günter Scholdt (71) hat Heinrich Manns Roman und 30 andere Klassiker von der Schmuddelschicht links-grüner Deutungsmuster befreit und neu interpretiert. Sein Buch „Literarische Musterung“ holt Diederich Heßling, Michael Kohlhaas oder den Grafen von Monte Christo in die Gegenwart und zeigt, dass sie auch zu Massenimmigration, Tugendterror, Lügenpresse und Schuldkult einiges mitzuteilen haben. Ein bemerkenswertes Buch hat Scholdt verfasst. *PAZ*-Redakteur Frank Horns sprach mit dem Autoren.

PAZ: V*on wegen, der Geist steht links. Viele der großen Schriftsteller, die Sie in ihrem Buch aufführen, scheinen wunderbar konservative Denker gewesen zu sein. Oder sind ihre Überlegungen so universell, dass man sie in kein Links-Rechts-Schema einordnen kann?*

Günter Scholdt: „Links“ und „rechts“ sind heute vielfach zu eher unspezifischen Kampfbegriffen pervertiert. Man denke zum Beispiel an die albernen SPD-Abwehrreflexe in der von den Hamburger Krawallen provozierten Diskussion. Da wird dann von einem notorischen Flachdenker wie Ralf Stegner Gewalt kurioserweise als schlechthin „rechts“ definiert. Doch viel grundsätzlicher: Jede Epoche hat ihre eigenen Herausforderungen, wie man Gefahren, dem Verfall und einer ständig lauernden staatlichen Unterdrückung begegnet. Und der Feind wechselt. Klassiker schrieben keine heutigen Parteiprogramme. Aber sie bieten allgemeine Handlungsanleitungen und formulieren ein entsprechendes Ethos, das uns als geistiges Rüstzeug hilft.

> »SPD-Abwehrreflexe und ein Flachdenker wie Ralf Stegner«

PAZ: *War das ihr Antrieb, eine „Literarische Musterung“ vorzunehmen?*

Scholdt: Irgendwann wurde mir bewusst, dass sich in vielen klassischen Erzähl- oder Dramentexten aktuelle politische Verhaltensmodelle verdeutlichen lassen. Kleists „Michael Kohlhaas“ etwa veranschaulicht die Zwickmühle, in die auch heute gerät, wer sich mit der schleichenden Erosion unseres Rechtsstaates nicht abfindet. Brechts „Galilei“ zeigt exemplarisch die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Orwells „1984“ antizipiert im „Wahrheitsministerium“ Maas‘ „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“. Platons Höhlengleichnis illustriert die gegenwärtige Abschottung vor unerwünschten Nachrichten. Bei der Fülle solcher Bezüge lag es nahe, diese gemeinsam in einem Buch zu erörtern.

PAZ: *Scherzhaft könnte man sagen, dass Sie als Ein-Mann-Befreiungskommando unterwegs waren und gekaperte literarische Meisterwerke befreit haben. Welches Werk war am schwierigsten aus der Vereinnahmung des links-grünen Mainstreams zu lösen?*

Scholdt: Gewiss Heinrichs Manns „Untertan“, der seit 100 Jahren als Karikatur „rechter Mentalität“ gelesen wird, während der Typ längst im Gegenlager sein denunziatorisches Unwesen treibt. Auch „Antigone“ schien spätestens mit Hochhuths Verlagerung in die Nazizeit links okkupiert zu sein. Doch Protest gegen angemaßte Staatsmoral beschränkt sich keineswegs auf Widerstand gegen den schon hunderttausendmal publizistisch besiegten Standardfeind im braunen Gewand. Und gänzlich absurd erscheinen Zeitgeist-Inszenierungen von Sartres „Fliegen“ oder Frischs „Biedermann und die Brandstifter“. Denn im ersten Fall wird die zentral thematisierte Kollektivschuld schlechterdings wegspektakelt, im zweiten der Bezug zur Immigration derart verstellt, dass man an linksaffirmative Auftragsarbeit denken könnte.

PAZ: *Die Gegenwart scheint eine perfide Mischung aus Orwells „1984“ und Huxleys „Schöne neue Welt“. Welchen Helden aus einem der vorgestellten Klassiker würden Sie denn dem aufrechten, klar denkenden Menschen von heute zum Vorbild empfehlen? Oder sollte es eine Mischung aus mehreren sein?*

Scholdt: Meine Sympathie besitzen Romanfiguren wie Don Quijote, seines noblen Ethos wegen, und García Márquez‘ Oberst, dem ich bewusst das Schlusskapitel reserviert habe als Appell für Mut und Standhaftigkeit. Doch der Erste verwechselt sein Gesellschaftsideal mit der traurigen Realität, was auf politischer Ebene fatal ist. Und der Zweite zeigt eine Opferbereitschaft, die als heutige Handlungsanweisung manchem als Schreibtischheroismus erscheinen mag. Den Einsichtigen, aber nicht ganz so Couragierten sei die Minimalform eines – gar nicht so unwirksamen – Widerstands empfohlen: die unverbildete Ungeniertheit des Kindes in Andersens „Des Kaisers neue Kleider“. Denn dessen Ausspruch „Er hat ja gar nichts an“ gilt in nationalen Schicksalsfragen ganz gewiss für unsere politmediale „Elite“.

PAZ: *Dass Deutschlands „Kaiserin“ – zumindest unter ihren bonbonfarbenen Blazern – ziemlich nackt dasteht, scheint derzeit den wenigsten aufzufallen. Sie thront auf einem Umfragehoch. Nichts, was sie dem Land antut, scheint langfristig auf sie zurückzufallen. Welcher Klassiker kommt Ihnen angesichts dieser Person, dieses Phänomens, in den Sinn?*

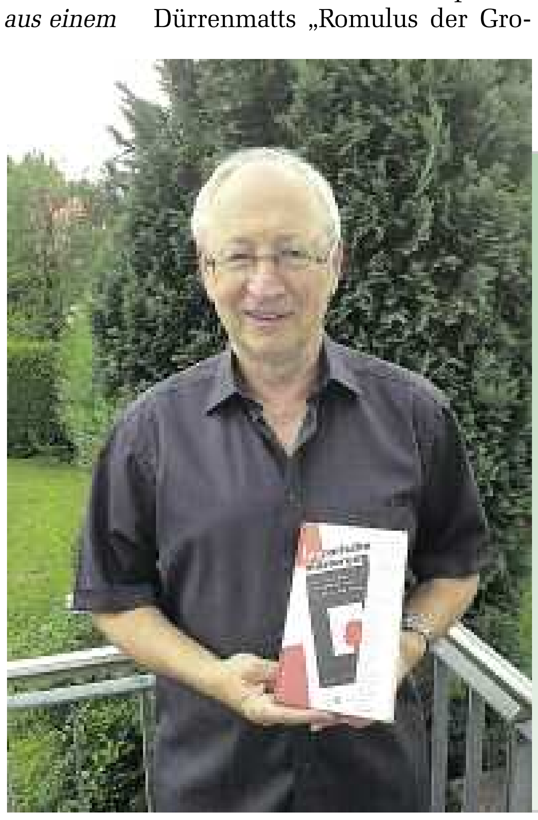
Scholdt: Hinsichtlich der desaströsen Willkommenspolitik Dürrenmatts „Romulus der Große“. Auch dieser amüsante, gegenüber seinen Landsleuten jedoch pflichtvergessene Hühnermonarch folgt einem pseudomoralischen Menschheitskonzept, dessen Scheitern schon im wirklichkeitsfremden Ansatz begründet liegt. Wie gnadenlos klingt bei ihm: „Der Kaiser zog die Hand von seinem Volke zurück“ oder „Der Kaiser ließ seine Untertanen fallen“ – Formulierungen, die unter ganz anderen Bedingungen an die Abgehobenheit heutiger „Volksvertreter“ erinnern. Man denke an das Kanzlerin-Wort: „Dann ist das nicht mein Land“. Doch vielleicht hieße das Merkel über Gebühr dämonisieren und ihre ethnokratische Vision überschätzen. Vielleicht ist sie nur ein – infolge ihrer politischen Sozialisation – besonders schwungvoll flatterndes Fähnchen im Zeitgeist.

> Angela Merkel spiegelt sich in Dürrenmatts »Romulus der Große«

PAZ: *Wohin der Zeitgeist wohl die Herren Weltliteraten geweht hätte? Für welche Partei würden Ibsen, Frisch oder Dürrenmatt heute eintreten?*

Scholdt: Das weiß ich nicht, wenn ich ehrlich bin. Denn es hängt weniger von ihrer Einsicht als von ihrem Charakter ab. Man darf wünschen, dass sie nicht nur am Schreibtisch Persönlichkeiten waren. Doch hält auch das jeweilige kulturelle Establishment aller Zeiten zahlreiche Verführungen und Drohungen bereit, von öffentlich-einträglichen Pfründen ausgeschlossen zu werden. Und nur eine Minderheit wirkt demgegenüber souverän. So viel lässt sich allerdings sagen: Wenn die „Ritter des Geistes“ ihrem Anspruch gerecht würden, verweigerten sie zumindest den Kartellparteien, die angeblich als einzige wählbar sind, ihre Stimme.

***Günter Scholdt: „Literarische Musterung – warum wir Kohlhaas, Don Quijote und andere Klassiker neu lesen müssen“**, Antaios-Verlag, Schnellroda 2017, gebunden, 398 Seiten, 22 Euro.*



Zur Person

Alles, was man in dieser Zeit für seinen Charakter tun kann, ist, zu dokumentieren, dass man nicht zur Zeit gehört." – Dieses Zitat von Johann Gottfried Seume (1763–1810) schmückt Günter Scholdts Internetseite. Dass der emeritierte Germanistik-Professor und ehemalige Leiter des Saarbrücker Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsass sich keineswegs dem links-grünen Zeitgeist zugehörig fühlt, hat er nicht nur mit der „Literarischen Musterung“ dokumentiert. Als Autor ist Scholdt für die *PAZ* und andere konservative Medien tätig. In Vorträgen beklagt er einen beängstigenden Verlust von Meinungsfreiheit und empfiehlt „klassische konservative Tugenden“. Sein 1993 erschienenes Buch „Autoren über Hitler, eine Studie zum Hitler-Bild deutschsprachiger Schriftsteller zwischen 1919 und 1945“ gilt als Standardwerk und erhielt bei Erscheinen herausragende Kritiken. Scholdts Studie „Die große Autorenschlacht“, sein vorletztes Buch, behandelt die durch Hunderte von Literaten der Weimarer Republik leidenschaftlich geführte Debatte über den gerade beendeten Krieg.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 31 – 4. August 2017

MELDUNGEN

13 Prozent mehr Touristen

Allenstein – Im vergangenen Jahr besuchten laut dem Allensteiner Statistikamt 1,3 Millionen Touristen das südliche Ostpreußen, 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Leider bleiben sie im Schnitt nur 2,5 Tage in der Region. Die Übernachtungsmöglichkeiten sind im Sommer zu 50 Prozent ausgelastet, im Winter nur zu 20 Prozent. Die Vorjahreszahlen geben der Tourismusbranche Anlass zur Hoffnung, dass der Aufwärtstrend anhält. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Zanderborken [Borki Sedrowskie] – Wusslack [Wozławki], Baustelle. Straße Nr. 58: Alt Keykuth [Stare Kiejkuty], Baustelle; Rudczanny [Ruciane] – Johannisburg [Pisz], Baustelle. Straße Nr. 59: Sensburg [Mragowo] – Peitschendorf [Piecki], Baustelle. *E.G.*

Königsberger zu Schuldnern erklärt

»Kaliningradteploset« verschickt Mahnbescheide an Kunden – Politik reagiert nicht auf Beschwerden

Dieser Tage wundern sich immer mehr Königsberger über Post vom Gericht in ihren Briefkästen. Der Grund: Das städtische Energieunternehmen „Kaliningradteploset“, der Wärmelieferant, verlangt Zahlungen für überhöhte Rechnungen.



Erst Wasser-, jetzt Heizungszähler: Verbraucher fühlen sich von Versorgungsbetrieben über den Tisch gezogen. Protestveranstaltung in Königsberg, Mahnung über 19979 Rubel (r.) Bilder: J.T.

Wunder gibt es immer wieder, heißt es. So staunten die Mieter von zahlreichen Wohnhäusern in allen Stadtteilen Königsbergs über gerichtliche Mahnbescheide, deren Versand ihr Wärmelieferant veranlasst hatte. Zuvor waren in allen Mehrfamilienhäusern Verbrauchszähler für die Heizung installiert worden mit dem Argument, dass die Mieter damit nur für die tatsächlich verbrauchte Wärme zahlen müssten und nicht mehr wie bisher nach teils unfairen Verteilungsschlüsseln.

Nun gibt es zwar in fast allen Mehrfamilienhäusern gemeinsame Zähler für Wasser und Heizung, aber die Höhe der Rechnungen hat sich in beiden Fällen trotzdem erhöht. Und das in drastischem Maße. Zu Beginn des Jahres schossen die Heizkosten regelrecht in die Höhe. Für die Heizung einer Zweizimmerwohnung mit einer Fläche von 40 bis 50 Quadratmetern beispielsweise waren auf einmal 10000 Rubel (zirka 142 Euro) fällig gegenüber etwa 2500 (knapp 36 Euro) vor der Anbringung der Zähler.

Die aufgebrachten Mieter stürmten das Büro des Wärmelieferanten, um zu klären, was das soll. Dort erzählte man den erstaunten Kunden, dass man die Daten von Verwaltungsgesellschaften erhalte, die monatlich den Stand der Zähler erfassten und meldeten. Aufgrund dieser Daten würden die Rechnungen erstellt. Bei den Verwaltungsgesellschaften sagte man den Verbrauchern, dass man exakt die Daten übermittele, welche die Zähler aufzeichneten. Niemand konnte jedoch erklären, warum die Rechnungen für Januar und Februar doppelt so hoch waren wie die im Dezember.

Sollte es möglicherweise zu Wärmeverlusten durch marode Rohre gekommen sein, hätten die bauftragten Verwaltungsgesellschaften dem eigentlich nachgehen müssen. Der städtische Energieversorger „Kaliningradteploset“ ließ offenbar keine Untersuchung des Netzes durchführen. Durch diese massiven Beschwerden unter Druck geraten, versuchte das Unternehmen, die Menschen mit hochwissenschaftlichen Erklärungen zu beruhigen. In vielen Gebäuden seien die Pumpen veraltet und mechanische Einheiten installiert, während es in neuen Häusern automatische Ausrüstungen gebe, die besser mit den Übergabepunkten harmonierten als die alte Technik. Darum müssten sich allerdings Fachleute kümmern.

Mit fadenscheinigen Erklärungen beruhigt

„Kaliningradteploset“ empfahl, die Heizungsanlagen überprüfen und neu einstellen zu lassen. Die Kosten dafür müssten die Mieter tragen. Dabei ist nicht einmal klar, ob dies der eigentliche Grund für den gestiegenen Verbrauch ist. Denn merkwürdig bleibt, dass dieses Phänomen gleichzeitig in einer großen Zahl von Häusern in verschiedenen Stadtteilen aufgetreten ist. Wärmezähler gibt es in vielen Häusern nicht erst seit diesem Jahr. Die Fassaden der Häuser sind dieselben geblieben, es gab keine defekten Fenster und keine undichten Rohre. Dennoch soll laut Zählerablesungen der Verbrauch im Januar 2017 im Vergleich zum Dezember 2016 um 90 Prozent gestiegen sein. Dabei waren die Temperaturen in etwa gleich, und es gab keinen Frost.

In Folge des horrenden Preissprungs für Wärme haben die Mieter Tausende Rubel Schulden angehäuft, weil sie die zweifelhaften Forderungen nicht gleich bezahlt haben.

Ab Mitte Juni verschickt das Unternehmen Kopien von Klageschriften an die säumigen Verbraucher, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Viele Verbraucher erfuhren überhaupt erst durch diese Briefe von angeblich ausstehenden Beiträgen. Vor dem Gebäude des Unternehmens versammeln sich seit Juli jeden Tag eine Schlange von Menschen, die ungeahnt zu Schuldnern wurden.

„Kaliningradteploset“ nennt sein Vorgehen zynisch „die Zahlungsmoral der Bürger“ fördern. Das Unternehmen schickt monatlich 6000 Anträge ans Gericht, um Forderungen gerichtlich geltend zu machen. Doch im Juni und Juli wurden nur Fälschungen von Klagen an die Bürger geschikkt, die in Wirklichkeit gar nicht eingereicht wurden. Sie dienten lediglich dazu, die Verbraucher zu erschrecken. Dabei bleiben selbst diejenigen nicht verschont, die pünktlich gezahlt hatten.

Vor allem ältere Menschen trifft das harsche Vorgehen des städtischen Betriebs. Unter ihnen gibt es nicht wenige, die Tausende Rubel Schulden angesammelt haben sollen. Woher diese Summen kommen, können sich die Menschen nicht vorstellen. „Kaliningradteploset“ verweist sie an die Verwaltungsgesellschaften, die für die Häuser zuständig sind. Dort schickt man sie zurück zum Energieversorger. Die Stadtregierung sieht keine Eile geboten, den vielen betroffenen Bürgern zu helfen, deren monatliche Rechnung für Heizkosten die ihrer Renten um eine beträchtliche Summe überschreitet. *Jurij Tschernyschew*

Fröhliches Sommerfest

In Rauschen feierten Russen »70 Jahre Swetlogorsk«

Mit dem Fest „Rauschener Sommer 2017“ hat das Ostseebad in diesem Jahr an den 70. Jahrestag von „Swetlogorsk“ erinnert. Der Festumzug war dieses Mal besonders bunt. Sowohl Radfahrer als auch Mitglieder der Stadtverwaltung und des Stadtrats sowie eine mysteriöse „Universität für die Weiterbildung von Senioren“ nahmen daran teil. Unter ihnen waren auch Vertreter des Militärsanatoriums und anderer Gesundheitseinrichtungen, Studenten der Kunstschule für Kinder, Schlagzeuger des Orchesters der Schule Nr. 1 sowie Mitglieder von Sportvereinen. Kostümierte Figuren stellten die Helden russischer Volksmärchen und beliebter Cartoons dar.

Im Gegensatz zu früheren Festen dieser Art trugen Frauen in großen Lettern den Stadtnamen „Swetlogorsk“ und die Zahl 70 als Symbol für den Jahrestag der Umbenennung der Stadt vor sich her. Wie üblich traten die Vertreter der Behörden mit einer Begrüßungsansprache auf und wünschten den Teilnehmern gutes Wetter und gute Laune. Sie ehrten anschließend die Veteranen und Ehrenbürger der Stadt, unter denen sich tatsächlich von allen geachtete Menschen befanden. Insbesondere der in Russland berühmte Bildhauer Nikolaj Frolow, der die berühmte Sonne auf der Promenade und andere Kunstwerke und Mosaiken in Rauschen gestaltet hat. Er erhielt den Ehrenbürgertitel.



Beim Stadtfest kamen alle auf ihre Kosten Bild: J.T.

Vor der „Bernsteinhalle“ hatten viele Stände mit kulinarischen Köstlichkeiten geöffnet. Auch Gäste aus Litauen waren anwesend. Es handelte sich um Teilnehmer einer kulinarischen Messe sowie Vertreter der Stadtverwaltung von Palangen.

Am Ostseeufer fand ein historisches Fest der baltischen Völker unter Beteiligung des Ritters „Wikinger Gast“ statt, und im neuen Konzertsaal des „Bernsteinsaals“ wurde eine Ausstellung zeitgenössischen Kunsthandwerks gezeigt. Am Abend gab es in Rauschen ein Konzert, bei dem ein Kosakenchor aus Moskau auftrat, die Musikgruppe „Gromtsche“ (lauter) und die britische Band „Londonbeat“. Zum Schluss gab es ein buntes Feuerwerk.

Es ist erwähnenswert, dass in den vergangenen Jahren die Hauptbühne des Stadtfests an einem anderen Ort aufgebaut war. Jetzt ist sie an ihren ursprünglichen Ort zurückgekehrt, nämlich in der Nähe des Stadions, dort, wo jetzt die „Bernsteinhalle“ steht. Viele Jahre wurde hier der Tag der Stadt gefeiert. *J. T.*

Grabungen in Pr. Holland

Archäologen hoffen, mittelalterliche Artefakte zu finden

Vor Kurzem begannen Archäologen mit Untersuchungen der Geheimnisse des Schlosses in Pr. Holland. Sie suchen nach einem unterirdischen Gang, der das Ordensschloss mit der nahen Bartholomäus-Kirche verbindet.

Ende Juni hatten die Stadtverordneten für die Grabungen mehr als 60 Millionen Zloty aus dem städtischen Haushalt bewilligt. Die Stadt rechnet damit, dass mittelalterliche Gegenstände gefunden werden, die eine Touristen-Attraktion zum 720. Stadtjubiläum werden könnten.

Die Suche nach dem unterirdischen Gang beim Schloss soll bis Mitte August dauern. Eine komplexe Ermittlung der Grundstücksstruktur ist bereits erfolgt. Als erstes wird der Bereich erkundet, der mit Hilfe moderner geophysischer Methoden untersucht werden kann. Ergänzt wurden die Untersuchungen durch geologische Bohrungen. Die Archäologen haben jetzt schon das Vorhandensein verschiedener „architektonischer Strukturen“ bestätigt. Wie der Ausgrabungsleiter Jacek Wysocki sagte, ist man schon auf den verschütteten Tunnel getroffen.

„Während der Bohrungen in einer Tiefe von mehr als vier Metern zeigten sich Teile der Tunnelkonstruktion. Informationen über einen solchen Tunnel ergeben sich aus vielen historischen Arbeiten, aber bis heute gab es keinen Beweis, ob er wirklich existierte.“

Bernsteinzimmer in Tunnel unter dem Schloss vermutet

Das Pr. Holländische Schloss wurde durch die Rote Armee 1945 abgebrannt, so dass nach dem Krieg der Zugang zu dem größten Teil des Unterirdischen nicht möglich war. Wiederaufgebaut wurde das Schloss in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, aber nicht völlig im vorherigen Zustand.

An den Ausgrabungen bis Mitte August nehmen auch Wissenschaftler und Studenten der Warschauer Universität teil.

Einige Schatzsucher vermuten seit Jahren, dass das Schloss in Pr. Holland eine der Stellen ist, wo das Bernsteinzimmer versteckt sein könnte. Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurden beim Rückzug der Deutschen aus Königsberg wertvolle Museums-Kollektionen und Dokumente evakuiert. Ein Teil der Gegenstände wurde in ostpreußischen Gutshäusern versteckt, so auch in der Umgebung von Pr. Holland.

Der größte Teil der zurückgebliebenen deutschen Sammlungen wurde 1945 geraubt und in die Sowjetunion verbracht beziehungsweise von sowjetischen Soldaten vernichtet. Der polnischen Verwaltung gelang es nach dem Krieg unter anderem 20 Handschriften und alte Drukke aus Königsberg zu retten, die sich in der Nähe von Pr. Holland befanden, nämlich in Karwinden und Schlobitten. Besonders die wertvolle Büchersammlung, die sogenannte Silberne Bibliothek Herzog Albrechts aus dem 16. Jahrhundert, gilt als Unikat und Welterbe der Goldenen Renaissance. *PAZ*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

manchmal wird es einem doch schmerzhaft bewusst, dass wir Mitläufer der Zeit sind und vieles auf unserem langen Weg durch die Jahrzehnte auf der Strecke blieb, was nun unwiederbringlich verloren ist. Das betrifft nicht nur Materielles, man kann es auch auf die Menschen übertragen, die nun nicht mehr unter uns sind, und die uns fehlen, sehr fehlen – und das betrifft über den eigenen Familienkreis hinaus auch andere Vertraute, deren Rat man gerne einholen möchte. Das bekomme ich auch immer wieder zu spüren, wenn ich bei einer Leserfrage gezwungen bin, mögliche Informanten anzusprechen, von denen ich annehme, dass sie über die benötigten Kenntnisse verfügen. Dann greift man zum Hörer – und legt ihn bald wieder auf, denn die sonst immer verlässliche Quelle ist versiegt, man hatte es nur vergessen oder nicht gewusst. So sind auch manche Leserinnen und Leser nicht mehr unter uns, die mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung immer anspruchsbereit waren und deren Kenntnisse der Ostpreußischen Familie zu Gute kamen, vor allem wenn es sich um Fragen handelte, die ihre Erinnerungen an die verlassene Heimat betrafen. Das wurde mir mal wieder bewusst, als ich die Suchfrage von Mr. **Owen M. Mc Cafferty** bekam, der von seinem Wohnsitz im Staate Ohio aus ostpreußische Ahnenforschung betreibt. Er stammt von der Salzburger Einwandererfamilie Salecker ab, und die Suche nach seinem Ururgroßvater, von der wir in Folge 18 berichteten, wurde bereits mit Erfolg gekrönt. Aber es tauchten auch viele Ungereimtheiten auf, die vor allem den Herkunftsort der Familie am Ufer des Wistyter Sees betrafen. Mal wird er Wischtiten, mal Wistytis genannt, wobei der litauische Name in mehreren Varianten in den alten Gemeindelisten verzeichnet ist. Die hat nämlich unser eifriger Mithelfer **Bernd Dauskardt** durchforstet, denn ihn interessiert die Historie dieses Ortes mit seiner wechselhaften Geschichte sehr und stellt nun seinerseits Fragen. Wie waren zur Zeit der Salzburger Einwanderung die Grenzverhältnisse am Wystiter See? Es ist schon interessant, gerade diese östlichsten Zipfel Ostpreußens in seiner wechselhaften Geschichte zu durchleuchten, wie es sich Herr Dauskardt vorgenommen hat, der dem jungen Ahnenforscher in Amerika bereits einige wichtige Angaben über die „Sippe Salecker“ machen konnte. Wieder eine Verbindung, die durch unser „Netzwerk Ostpreußische Familie“ geknüpft wird, worüber wir uns natürlich sehr freuen.

Auch ich bekam einen ganzen Packen Info-Material von Herrn Dauskardt, in der Hauptsache Auszüge aus alten Ortsregistern, in denen der Name Salecker verzeichnet ist. Und mit Kartenmaterial, das auch nicht gerade aufschlussreich ist, weil der Grenzverlauf wechselt: Mal gehört der Wystiter See zu Preußen, mal geht die Grenze durch das Gewässer. In diesem Zusammenhang weist Herr Dauskardt darauf hin, dass die offizielle Wandkarte „Ostpreußen“ der LO den See als zu Deutschland gehörend aufzeigt. Was mich aber besonders an dem Info-Material interessierte war die Tatsache, dass Herr Dauskardt eine bisher noch nicht genannte Ortsbezeichnung ins Spiel brachte: Kornberg. Mein Jagdinstinkt war geweckt. Ich zapfte die von ihm benannte Quelle an, die auch für mich eine vielseitige und verlässliche ist – „Langes Geographisches Ortsregister Ostpreußen“, ein fast 1000 Seiten starker Wälzer im Großformat –, in dessen Register ich den Ortsnamen Wystiten nicht gefunden hatte. Aber siehe da: Kornberg war verzeichnet als 350 Seelen-Dorf westlich des Wystiter Sees, das bereits anno 1540 gegründet wurde – na, unter welchem Namen? Wystiten. Es hat ihn im Laufe der Geschichte mehrfach gewechselt, bis 1938 hieß der Ort Kallweitschen, dann wurde er in Kornberg unbenannt. Er gehörte zum Kirchspiel Wehrkirchen, früher Schittkehmen. Diese Spur gilt es nun weiter zu verfolgen, und das werden wir auch tun. Vielleicht werden wir die Nuss bald knacken, wie Bernd Dauskardt hofft.

Diese Ausführungen gelten nicht nur dem Thema selber, sondern schlagen auch einen Bogen zu meinen Eingangsworten in dieser Kolumne. Denn gerade zum Wystiter See gab es gute Informanten in meiner eigenen Familie, und ich hätte eben nur zum Telefonhörer greifen müssen, um etwas zu erfahren, was uns in dieser Sache weitergebracht hätte. Aber sie leben nicht mehr, sind hochbetagt vor einiger Zeit verstorben, meine Cousine Lene und ihr Bruder Fritz, die einen Teil ihrer Kindheit in Bredauen verbracht haben, auf dem elterlichen Gut ihrer Mutter. Und dieses Bredauen liegt am Nordufer des Sees, meine Cousine hat mir oft von den herrlichen Tagen in ihrem Kinderparadies, der Halbinsel Salis, erzählt. Sie hätten mir mit Sicherheit über den Grenzort Wystiten berichten können, vielleicht auch über die Familie Salecker, die gerade in diesem Raum um Bredauen eine „Hochburg“ hatte, wie Herr Dauskardt entdeckte. Sie wären gute Informanten gewesen, aber die Zeit spulte immer schneller ab. Deshalb bitte ich immer wieder unsere älteren Landsleute, wenn sie als Zeitzeugen gefordert werden, nicht abzuwehren mit einem resignierten „Was soll das noch!“, sondern mit ihren Erinnerungen dazu beitragen, das Bild unserer verlassenen Heimat zu bewahren.



Abiturklasse des Hufengymnasiums Königsberg 1932/33 Bild: Skopnik

Es ist nicht immer nur der Nachlass eines Verstorbenen, in dem man etwas entdeckt, das einer Veröffentlichung wert wäre, weil es auch das Schicksal anderer Menschen betreffen könnte – man findet selbst im eigenen Umfeld Dinge wieder, die vergessen schienen und die noch heute Bedeutung haben könnten. So erging es Herrn **Hans-Egon von Skopnik**, als er nach längerer örtlicher Abwesenheit bei Aufräumarbeiten ein altes Foto entdeckte, das nicht nur für ihn einen gewissen Aussagewert haben dürfte. Es zeigt die Abschlussklasse des Königsberger Hufengymnasiums in den Jahren vor dem Abitur 1932/33. Unter den Abiturienten befindet sich auch sein Vetter und Patenonkel **Wolf-Dietrich Max-Ferdinand** von Skopnik, Erbe des Rittergutes Glittehnen im Kreis Rastenburg. Sein Jahrgang 1917 wurde gemustert und so kam auch er zur Wehrmacht. Bei der Kapitulation von Königsberg am 9. April 1945 geriet er als Oberleutnant der „Schweren Flakabteilung 213“ in sowjetische Gefangenschaft. Wegen des Wortes „von“ in seinem Namen kam er in ein NKWD-Speziallager nach Kasachstan, wo er in einem Kriegsgefangenenlazarett am 3. Februar 1947 verstarb. Dort liegt auch seine Grabstelle. Lange hatte Hans-Egon von Skopnik versucht, das Schicksal seines Verwandten zu klären. Erst als nach der sogenannten Wende ein Büro in Moskau eröffnet wurde, das Auskunft über das Schicksal deutscher Kriegsgefangener in russischen Lagern gab, erhielt er auf Anfrage hervorragende Informationen über die letzte Lebenszeit seines Vetters und dessen Grabstelle in Kasachstan. Wir haben damals in unserer Ostpreußischen Familie seine Erfahrungen und Erkenntnisse weitergegeben in der Hoffnung, dass sie sie auch für ähnliche, bis dahin vergebliche Suchaktionen richtungweisend sein könnten, was dann auch der Fall war. Durch die gemeinsame Teilnahme an LO-Seminaren vertieften sich noch diese Verbindungen, die nun durch das Schreiben von Hans-Egon von Skopnik wieder reaktiviert werden. Und durch das Foto der Abiturienten vom Hufengymnasium, von denen vielleicht auch andere ein vergleichbares Schicksal gehabt haben wie sein Vetter, meint Hans-Egon von Skopnik. Auf dem Foto ist dieser in der mittleren Reihe als Vierter von rechts zu sehen.

Nur kurz hatte ich in Folge 29 erwähnt, dass Frau **Irmtraut Sigrid Bließner** aus Neuss gerade dabei ist, alte Fotos aus Neidenburg in ein Internet-Archiv einzuscannen. Das erweckte das Interesse von Frau **Marianne Pielka** aus Berlin, denn ihre Eltern stammen beide aus Neidenburg. Ihr Vater, der Fleischermeister **Otto Tonski**, ist bereits verstorben, aber ihre Mutter **Christel** lebt noch, ist heute 92 Jahre alt. Die Familie konnte Fotos aus Neidenburg retten und bis heute bewahren. Nun will Frau Pielka sie Frau Bließner zukommen lassen, denn dann bleibt ihr Erinnerungswert erhalten.

„Wir suchen die Nadel im Heuhaufen“, schreibt Frau **Ute Eichler**, und es wäre wirklich ein kleines Wunder, wenn sich diese „Nadel“ finden würde. In unserer Leserschaft, und da können wir den „Heuhaufen“ schon etwas abladen, indem wir den Kreis der möglichen Informanten eingrenzen, denn es dürfte sich in erster Linie um frühere Bewohner von Lötzen handeln. Da wurde nämlich der Ehering gefunden, um den es in dieser Suchfrage geht. Herr **Bernd Sawatzki** hatte diesen „Fund“ Frau Eichler mitgeteilt, und sie gab nun den Suchwunsch weiter an uns. Es geht also um einen alten Ehering, der am Stadtrand von Lötzen (heute Gizycko) auf einem Grundstück gefunden wurde, das an der früheren Feldstraße (heute ul.Wiejska) liegt. Er trägt die Datumsgravur 6.3.32 und das Monogramm T.P. Wer war dieser T.P?, ist nun die Frage. „Vielleicht gibt die Vergangenheit frei, wann und unter welchen Umständen dieser Ehering verloren wurde? Welche Ehegeschichte könnte sich daraus ergeben?“, fragt Frau Eichler. Soweit wollen wir noch gar nicht denken sondern wären froh, wenn der Ehering der Familie zugeordnet werden könnte, aus der dieser Ringbesitzer stammte. Natürlich sollte man sich nicht auf die Lötzener Bürger, speziell auf die ehemaligen Bewohner der Feldstraße, beschränken. Er könnte auch einem Angehörigen der Wehrmacht oder einem Flüchtling aus einer anderen Ortschaft gehört haben. Da die Heirat 1932 stattfand, dürfte das Ehepaar P. zur Zeit der Vertreibung, in der wahrscheinlich der Ring verloren ging, schon mehrere Kinder gehabt haben. Aus diesem Kreis erhoffen wir uns Hinweise.

Wir haben in unserer Familiengeschichte bereits einen ähnlichen Fall zu verzeichnen, der allerdings fast ein Vierteljahrhundert zurückliegt. Damals ging es auch um einen Ring, der in Ostpreußen gefunden wurde und zwar auf einem ehemaligen Gasthofgelände in Kreuzburg. Ein russischer Offizier hatte ihn gefunden und ihn bewahrt, bis er einen ehemaligen Kreuzburger fand, dem er den Ring übergab mit der Bitte, den ehemaligen Besitzer aufzuspüren. Dieser übergab der Ostpreußischen Familie den Suchwunsch. Es gelang, die Tochter des ehemaligen – leider vermissten – Besitzers zu finden, die sehr glücklich über dieses unerwartete „Erbe“ war.

Eure



Ruth Geede

Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Einstige europäische Paradestrecke vor Renaissance?

Die Berliner SPD kämpft gegen das Drama der Zugverbindungen nach Schlesien

Am 15. Juli rollte bereits zum dritten Mal der nach dem aus Breslau stammenden Begründer der SPD benannte Sonderzug „Ferdinand-Lassalle-Express“ von Berlin nach Schlesien. Erstmals hatte er den Oppelner Hauptbahnhof als Zielstation. Die Berliner SPD wirbt mit den Sonderfahrten unter dem Namen Lassalles für eine schnelle Direktverbindung Berlin-Oppeln. Die „Begrüßungsfahrt“ mit der neuen Zugverbindung EC 249 „Ferdinand-Lassalle-Express“ sollte ein Vorborte der zukünftig drei regelmäßigen Zugverbindungspaare nach Schlesien sein. Neu ist diese: abends Berlin-Oppeln, morgens zurück „Eurocity Ferdinand Lassalle“ mit E-Lok über den Flughafen BER, Hoyerswerda und Horka (gegebenenfalls als Verlängerung des IC Emden-Bremen-Cottbus), Fahrzeit 3:35 Stunden.

In Oppeln stehen die Berliner in Kontakt mit der Demokratischen Linken (SLD). „Unser Wunsch wäre, eine Schnellzugverbindung Berlin-Breslau-Oppeln vielleicht schon im Jahr 2019 einzuführen. So eine grenzüberschreitende direkte Schnellzugverbindung wäre nämlich auch im positiven Sinne konkurrenzfähig gegenüber dem normalen Straßenverkehr auf dieser Strecke”, sagt Paweł Kampa, Sekretär des Oppelner Wojwodschaftsrates der SLD gegenüber der regionalen Tageszeitung NTO.

Wie schnell es tatsächlich geht, davon überzeugten sich die Organisatoren der Aktion. Vier Stunden und zwanzig Minuten dauerte die Fahrt mit Stopps unter anderem in Berlin-Ostkreuz, Cottbus und Breslau. Dabei erreichte der Sonderzug eine Geschwindigkeit von bis 160 Kilometern pro Stunde. Es hätte auch schneller gehen können, doch die Strecke ist noch nicht überall auf dem neuesten Stand. Zwischen Kohlfurth und Horka bei Görlitz ist sie noch nicht elektrifiziert.

Mehr als 161 Jahre lang waren Fernzüge von Berlin nach Schlesien gefahren, bis es mit dem Fahrplanwechsel zum 13. Dezember 2014 erstmals seit dem Bau der Eisenbahn keine Fernverbindung mehr aus Schlesien in die deutsche Hauptstadt gab. Reisende müssen seit Abschaffung des Eurocitys „Wawel“ auf Fernbusse oder Pkw umsteigen. Mit der Ernennung Breslaus zur Europäischen Kulturhauptstadt wurde für ein Jahr der nur am Wochenende verkehrende „Kulturzug“ Dresden-Breslau eingerichtet, der immerhin über Elbflorenz eine Anreise aus Spreeathen in Schlesien möglich macht. Auch die Verbindung Dresden-Breslau hatte sich zuvor zum Fiasko entwickelt. Da die Nachfrage nun aber die Erwartungen übertraf, wurde das Angebot bis Ende 2018 verlängert. Diese Initiative wird in Polen vom „Polnisch-Deutschen Schienenpersonenverkehr“ unterstützt. Diese machte sich bereits für die dauerhafte Reaktivierung der Direktverbindung Dresden-Breslau stark. Reisende aus Oberschlesien müssen hierbei jedoch weiterhin noch in Breslau umsteigen. Marek Dyduch (SLD), Abgeordneter des Niederschlesischen Sejmiks, möchte erreichen, dass man bald von Oppeln auch nach Wien oder Ostrau fahren kann. Für die Berliner hat Schlesien ersteinmal Priorität. „Das Schienennetz wird immer mehr zu einem Flickenteppich und die Lücken sind exakt da, wo die Grenzen sind“, sagte Michael Cramer, der grüne Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Europaparlament bei Einstellung des EC „Wawel“ 2014 gegenüber dem Wochenblatt.pl. Vor allem erbost ihn, dass für eine Fahrzeitreduzierung von zwei Stunden bis Breslau nur 100 Millionen Euro gestemmt werden müssten: „Ich kenne kein weiteres Projekt in Europa, wo man mit 100 Millionen so viel Fahrzeit einsparen könnte. Aber ich kenne Milliardenprojekte wie Lyon-Turin (26. Milliarden) oder Stuttgart 21 (10 Milliarden), während wir mit einem Prozent davon diese Verbindung hier in Schuss bringen könnten.“

Die Fahrzeit von vier Stunden und zwanzig Minuten, die der „Ferdinand-Lassalle-Express“ jüngst erreichte, hatte der „Fliegende Schlesier“ vor dem Krieg jedoch in zwei Stunden und vierzig Minuten geschafft und schrieb damals europäische Hochgeschwindigkeitsgeschichte. „Jeder zweite Berliner ist ein Schlesier“, hatte Roswitha Schieb mit einem Buchtitel 2012 unterstrichen. Man hat den Eindruck, in der Berliner SPD ist der Anteil der Schlesier höher, als 2014 der letzte EC „Wawel“ (Krakau-Berlin) mit einer großen Trauerbegleitung verabschiedet wurde, übrigens ebenfalls eine Initiative der Berliner SPD. Bei den SPD-Begleitern hatte man gar den Eindruck, eine Vertriebenengruppe habe sich der Abschiedsfahrt angeschlossen. Geburtsorte wie Gräfenort, Breslau oder Goldberg und zahlreiche Familienerinnerungen machten damals die Runde. Nun scheint die Trauerphase überwunden zu sein und Oberschlesier können wieder auf eine Direktverbindung nach Berlin hoffen, während die Deutsche Bahn weiterhin ihren IC-Bus bewirbt und damit davon ablenkt, dass sie innerlich Abschied von einer über 160 Jahre währenden Schienentradition genommen hat. *Chris W. Wagner*



ZUM 98. GEBURTSTAG

Curioni, Edith, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August

Hungerecker, Rudi, aus Dammfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Flemming, Helmut, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 9. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gehrau, Alfred, aus Elchtal, Kreis Labiau, am 6. August

Goetzke, Werner, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 6. August

Hartmann, Elli, geb. **Rudat**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. August

Kadelka, Marie, geb. **Niklas**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 9. August

Nerreter, Waltraut, geb. **Gallin**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 7. August

Vogel, Hilde, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 7. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Buch, Emilie, geb. **Broska**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Pehrs, Hildegard, geb. **Guddusch**, aus Tilsit, am 10. August

Ramuschat, Elfriede, geb. **Wrobel**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 8. August

Voss, Else, geb. **Matheuszik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 8. August

Zornig, Edith, geb. **Fuhrmann**, aus Wehlau, am 8. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Esing, Elfriede, geb. **Bembennek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 7. August

Klimaschewski, Ursula, geb. **Zielinski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August

Pech, Charlotte, geb. **Kuhn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. August

Siepe, Herta, geb. **Haffke**, aus Wehlau, am 4. August

von Treuenfels, Ruth, aus Schönfeld, Kreis Preußisch Holland, am 10. August

Zywietz, Hildegard, geb. **Amenda**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bieber, Kurt, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 6. August

Döge, Elisabeth, geb. **Kühnemann**, aus Königsberg, Vogelweide 5, am 8. August

Dombrowski, Helmut, aus Bobern, Kreis Lyck, am 8. August

Galla, Ruth, geb. **Schwarz**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. August

Grunewald, Kläre, geb. **Gutzeit**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 7. August

Hoffmeister, Edith, geb. **Naguschewski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. August

Soboll, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. August

Sommerfeld, Hanna, geb. **Langer**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. August

Stullich, Susanne, geb. **Zans**, aus Andreken, Kreis Lyck, am 7. August

Wönkhaus, Irene, geb. **Kurrat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. August

Zwaschka, Friedel, geb. **Thomas**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brünjes, Ruth, geb. **Wisbar**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 7. August

Kleinau, Elfriede, geb. **Schaar**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 6. August

Rosenfeld, Werner, aus Kurwensee, Kreis Elchniederung, am 5. August

Waida, Ida, aus Sentken, Kreis Lyck, am August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahlbrecht, Hildegard, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 4. August

Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August

Neumann, Fritz, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. August

Scheffler, Dorothea, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 4. August

Waldner, Otto, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 10. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barth, Herta, geb. **Gollack**, aus Wehlau, am 7. August

Foerster, Ottomar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 6. August

Liebenow, Erika, geb. **Lumma**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 7. August

Mertsch, Elli, geb. **Hahnke**, aus Heiligenbeil, am 10. August

Papajewski, Karl-Friedrich, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 5. August

Pautsch, Rosa, geb. **Dietrich**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August

Sadlowski, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Schrader, Erwin, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 10. August

Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

Wagner, Hildegard, geb. **Mäding**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 10. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behrens, Gerhard, aus Bützow, am 8. August

Bendig, Wilhelm, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen, am 9. August

Bergert, Margarete, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. August

Christochowitz, Heinz, aus Lyck, Falkstraße 3, am 8. August

Christochowitz, Helmut, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. August

Harder, Philomena, geb. **Eisenbarth**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. August

Ott, Günther, aus Wehlau, am 4. August

Kanigowski, Irmgard, geb. **Wilke**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 5. August

Karrasch, Erika, geb. **Maletzki**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 4. August

Kloß, Edelgard, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 8. August

Kossmann, Gisela, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 9. August

Landt, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. August

Langhans, Rita, geb. **Hanske**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 10. August

Marquardt, Erich, aus Dankfelde und Rotwalde, Kreis Lötzen, am 7. August

Merkeliunas, Vincas (Willi), geb. **Batschkus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. August

Poppe, Ursel, geb. **Noga**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 10. August

Quass, Werner, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, und aus Tannau, Kreis Treuburg, am 8. August

Rettig, Gerda, geb. **Vollert**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. August

Scholz, Edeltraut, geb. **Rutkowski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 4. August

Schröder, Hannelore, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 7. August

Speicher, Gerhard, aus Lyck, am 6. August

Sporbert, Lieselotte, geb. **Galensa**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. August

Tarrach, Artur, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 7. August

Upadek, Irmgard, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

Wolff, Gerhard, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 4. August

Zocher, Ursel-Giesela, geb. **Quass**, früher **Sypitzki**, aus Lyck, Danziger Straße 10, am 9. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albers, Peter, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 4. August

Dargel, Hannelore, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 8. August

Ehlert, Horst, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 1. August

Eloesser, Dr. Wolfgang, aus Wehlau, am 4. August

Goetzie, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. August

Grahs, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 8. August

Herold, Agnes, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 9. August

Herold, Egnes, geb. **Schwarz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 9. August

Jakubzik, Isolde, geb. **Faltin**, aus Treuburg, am 5. August

Kaminski, Käthe, geb. **Andrioff**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 5. August

Klein, Ruth, geb. **Granitza**, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 8. August

Klötzke, Brunhilde, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 9. August

Korte, Johanna, geb. **Lask**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 5. August

Kruska, Gerhard, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 10. August

Krygier, Hildegard, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 7. August

Lach, Horst, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 9. August

Lambrecht, Anneliese, geb. **Matzeit**, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 10. August

Rasch, Siegward, aus Lötzen, am 8. August

Schwarz, Lothar, aus Kreis Angerburg, am 5. August

Tittel, Ingeborg, geb. **Lewandrowski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. August

Treanor, Irmgard, geb. **Podlasly**, aus Treuburg, am 9. August

Willamowski, Walter, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. August

Wohlgemuth, Gerhard, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 5. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Atelzer, Gertrud, geb. **Doliwa**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 7. August

Bohn, Renate, geb. **Urbick**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. August

Hartung, Peter, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 9. August

Heydasch, Edeltraud, geb. **Schulz**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 10. August

Orlowski, Siegfried, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 7. August

Packhäuser, Karsten, aus Königsberg, am 7. August

TERMINE DER LO

2017

22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatbrief

Der Angerburger Heimatbrief Nummer 159 vom Juni 2017 dürfte inzwischen alle registrierten Bezieher erreicht haben. Wer den Heimatbrief künftig erhalten möchte oder wieder beziehen möchte, wende sich bitte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft in Rotenburg (Wümme).

Auf den Seiten 16/17 des Heimatbriefes ist die Einladung mit Tagesordnung zu unserer ersten Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) am Sonnabend, dem 9. September um 9.30 Uhr nach der ab 1. Oktober 2016 gültigen Satzung veröffentlicht. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Wahlen und der Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2016.

Die Einladung mit Programm für die 63. Angerburger Tage am 9. und 10. September 2017 in der Theodor-Heuss-Schule in Rotenburg (Wümme) ist auf den Seiten 46 bis 48 des Angerburger Heimatbriefes Nummer 159 mit der Bitte um Beachtung abgedruckt.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage wird dabei die Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Landkreis Rotenburg in der Theodor-Heuss-Schule am Sonnabend, um 20 Uhr sein.

Alle Heimatfreunde sind herzlich zu den 63. Angerburger Tagen eingeladen. Durch Ihren Besuch werden es wieder unterhaltsame Tage in angenehmer Atmosphäre in der grünen Wümmestadt Rotenburg.

Kurt-Werner Sadowski

BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Erinnerung

Nach dem erfolgreichen kleinen Treffen in Bartenstein/Württemberg am 20. Mai wollen wir wieder – wie gewohnt – unser Haupttreffen in Nienburg/Weser durchführen: Am Sonnabend, 26. August, wollen wir den Tag mit Begegnungen, Gesprächen, Vorträgen und Informationen füllen. Über „Neuzugänge“ sind wir immer wieder überrascht und erfreut. Der Ablauf:

9.30 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen der berufsbildenden Schulen (Berliner Ring).

10 bis12 Uhr: Die Heimatstube (Verdener Straße 24) ist geöffnet

10 Uhr: Saalöffnung im „Hotel zur Krone“, Verdener Landstraße 245, 31582 Nienburg, Telefon (05021) 64333

12 Uhr: Mittagessen (Buffet)

13.30 Uhr: Berichte der Vorstandschaft

15 Uhr: Kaffee- und Kuchenbuffet, Grußworte der örtlichen Repräsentanten und Freunde

16 bis 17 Uhr: „Nur der Himmel blieb derselbe“ – Vortrag von Dr. Christopher Spatz über die ostpreußischen Wolfskinder

Anschließend Ausklang mit Open End.

ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Freitag, 1. September bis Sonntag, 3. September, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung. Es wird folgendes Programm angeboten:

Freitag, 1. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer

14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich

16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern (UG)

Sonnabend, 2. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10 bis 12 Uhr: Lesungen im Raum Luzern (UG)

12 Uhr: Mittagessen

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte. Im Anschluss Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern

16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern

ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung

Sonntag, 3. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Manfred Romeike,
Kreisvertreter

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Hauptkreistreffen

Zum diesjährigen Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, am 9. und 10. September nach Bad Nenndorf ein. Unser Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen. Folgendes Programm hat unser Festausschuss zusammengestellt:

Sonnabend, 9. September

10 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan, Öffnungszeiten werden vor Ort festgelegt)

9 bis 11 Uhr: Kreistagssitzung

11 Uhr: Begrüßung, im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit den Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung)

14 bis 16 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach dem Jahr 1945

16.30 bis 18 Uhr: „Ich war doch erst neun – Meine unfreiwillige Kindheit in Lettland“ – Lesung von Benita Junge aus den Erinnerungen ihres Vaters Bernhard Kattoll, Jessen (früher Rosenthal bei Mulden)

18.30 Uhr: Begrüßung und gemeinsames Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen). Musikalische Begleitung: Klaus-Dieter Dust

Sonntag, 10. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade (Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan; Öffnungszeiten werden vor Ort festgelegt)

11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels mit der Begrüßung durch den Kreisvertreter, einem ostpreußischen Festvortrag, einem geistlichen Wort und dem Totengedenken. Schlusswort durch den Kreisvertreters. Gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes. Für den musikalischen Rahmen sorgt Klaus-Dieter Dust;

14 bis 16 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945. (Änderungen vorbehalten)

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 62 Euro beziehungsweise 84 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen. Bitte geben Sie bei der Buchung an: Sonderpreis für Hauptkreistreffen Gerdauen.

GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimatgruppe Berlin

Donnerstag, 10. August, 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde West). Auskunft: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

64. Bundestreffen

Am **Sonnabend, dem 2. September,** um 10 Uhr, beginnt das Gumbinner Bundestreffen in Bielefeld im Brenner Hotel mit der Kreisversammlung, in der vom Vorstand turnusgemäß Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte abgeben werden, ebenso Berichte von der „Stiftung Gumbinnen“.

Es bleibt nach dem Mittagessen noch genügend Zeit zum Beisammensein, Kaffeetrinken und Plachandern. Eine Ausstellung mit Exponaten aus Archivunterlagen und Filmen von früher und heute werden von Gerhard Thies vorbereitet. In der umfangreichen Adress- und Namensdatei von Klaus Stephan kann mancher seine Familiendaten finden oder vervollständigen.

Auch in diesem Jahr gibt der Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen gemeinsam mit dem Männergesangverein Sieker um 18 Uhr in der Lutherkirche ein Konzert, ganz in der Nähe vom Tagungsort; dazu sind auch Bielefelder Gäste herzlich eingeladen. Der Abend im Brenner Hotel bietet anschließend Zeit für ein gemütliches Beisammensein.

Am **Sonntag, dem 3. September,** beginnt um 10 Uhr im Brenner Hotel eine „Öffentliche Gemeinschaftsstunde“, zu der auch Vertreter der Stadt Bielefeld und Freunde der alten Heimatstadt Gumbinnen eingeladen sind. Traditionsgemäß wird nach einer Andacht das Totengedenken gesprochen. Neben den Grußworten der Ehrengäste und dem Bericht der Vorsitzenden über die Arbeit der Kreisgemeinschaft werden die beiden Gestalter der Website ostpreussen.net über ihre sehr erfolgreiche Internetarbeit berichten. Beide sind der Kreisgemeinschaft Gumbinnen in besonderer Weise verbunden.

Die Bewahrung des kulturellen Erbes steht neben der Mitgliederpflege im Mittelpunkt der Arbeit der Kreisgemeinschaft Gumbinnen. Dazu gehört neben der Pflege des Archivgutes in Bielefeld, ein guter Kontakt zur ehemaligen Heimatstadt, dem heutigen Gusev, zu den Menschen, die dort ihre Heimat gefunden haben, zur Verwaltung und zum Museum, das in drei Räumen Gumbinner Kulturgut präsentiert. Seit zehn Jahren werden junge Menschen an die Geschichte ihrer Stadt herangeführt. Der Schulwettbewerb „Meine Heimat Gusev – Deine Heimat Gumbinnen“ motiviert junge Menschen, sich mit der Vergangenheit ihrer Heimatstadt zu beschäftigen. Die besten Ergebnisse werden durch die Kreisgemeinschaft Gumbinnen prämiert und veröffentlicht. Karin Banse, Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Gumbinnen

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 26. August, 11,30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Beisammensein. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Köln – Mittwoch, 23. August: Gemeinsames Beisammensein. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Heimatkreistreffen

Die Kreisgemeinschaft veranstaltet am Sonntag, 3. September, im Dortmunder Kongresszentrum Westfalenhalle ihr 62. Heimatkreistreffen. Erwartet werden Teilnehmer aus vielen Teilen der Bundesrepublik. Auch heimatverbliebene Landsleute aus Johannisburg (Pisz) haben sich angekündigt.

Das Treffen steht unter dem Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Es findet im Saal 9/10 statt. Die offizielle Feierstunde beginnt um 11 Uhr und endet zirka 12.30 Uhr. Musikalisch umrahmt wird das Festprogramm unter anderem vom Chor „Heimatmelodie“ der Russland-Deutschen (Den ausführlichen Programmablauf lesen Sie in einer der nächsten Ausgaben der PAZ).

»Rosch« feierte Jubiläum

Am Samstag, dem 24. Juni, feierte der Deutsche Freundeskreis „Rosch“ in Johannisburg sein 25-jähriges Bestehen. Dazu lud er Freunde und Partner aus Polen und Deutschland zunächst ins Kulturhaus der Stadt Johannisburg (Pisz) und danach ins Hotel „Nad Pis “ ein.

Im Mittelpunkt der Feier stand die mit 90 Jahren älteste Person im Saal, die Gründerin und langjährige Vorsitzende von „Rosch“ Mira Kreska. Beinahe wäre sie damals ausgereist, entschied sich aber dafür, zu bleiben und sich in ihrer Heimat zu engagieren. Ein wichtiger Punkt des Einsatzes war die Hilfe für sozial Schwache, Alte und Kranke, die alle Menschen in Johannisburg ohne Ansehen der Nationalität erreichen sollte. Dank Mira Kreska und „Rosch“ wurde die Sozialstation der Johanniter eröffnet. Pastor Marcin Pysz von der evangelischen Gemeinde lobte das Engagement und ergänzte: „Ich bin stolz darauf, dass wir als Gemeinde dieses wunderbare Werk der Station jetzt fortführen können.“ Die Anerkennung, die der Deutsche Freundeskreis „Rosch“ im Kreis Johannisburg genießt, führt auch der heutige Vorsitzende Dietmar Leymanczyk auf die gesellschaftlichen Aktivitäten des Vereins zurück: „Durch unser Wirken haben wir zum friedlichen Zusammenleben der polnischen und deutschen Bürger beigetragen.“

Doch das Handeln von „Rosch“ zeigte auch Fernwirkung. Über die Kreisgemeinschaft Johannisburg kam es zum Kontakt mit dem Landkreis Schleswig-Flensburg. Daraus entwickelte sich die Kreispartnerschaft zwischen diesem und dem heutigen Kreis Pisz. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Johannisburg Manfred Solenski beschrieb das als Quadrat der Kooperation der zwei Vereine und zwei Landkreise, und betonte: „Die Schlüsselrolle dabei nahm „Rosch“ ein.“ Der Landrat des Kreises Pisz Andrzej Nowicki und der Präsident des Kreises Schleswig-Flensburg Ulrich Brüggemann sind sich daher einig: „Es ist schön, sich dort wie hier unter Freunden wohl zu fühlen. Das, was Ihr von „Rosch“ getan habt, ist kaum zu übertreffen.“ Und sogar die musikalische Umrahmung der Feier war ganz im Sinne der Verständigung deutsch mit dem Chor „Masurenklang“ aus Peitschendorf (Piecki) und polnisch mit dem Kammerchor Pisz.

Uwe Hahnkamp

(Der Texte wurde mit freundlicher Genehmigung vom „Wochenblatt – Zeitung der Deutschen in Polen“ übernommen.)

LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungs-Eröffnung

Sonnabend, 19. August, 15.30 Uhr, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster,** Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Eröffnung der Ausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“. Die Werke dieser Ausstellung sind bis einschließlich 18. November zu sehen. Zur Eröffnung wird Axel Jezewski anwesend sein. Er wurde 1931 im pommerschen Stolp geboren. Im Januar 1945 erlebte er mit Mutter und Schwester die Flucht bis nach Mecklenburg. Schulabschluß (mittlere Reife) in Parchim, Ausbildung zum Bankkaufmann. 1952 die zweite Flucht – aus der Sowjetzone nach Westfalen. 1954 Umzug nach Hamburg, Anstellung bei der Commerzbank. Dort 38 Berufsjahre, zuletzt als Direktor der Abteilung Wertpapiere. 1956 Eheschließung mit Marianne, geborene Jäger. Drei gemeinsame Kinder. Reisen bevorzugt nach Skandinavien oder an die Ostseeküste. Frühzeitig Interesse an Fotografie. Motiviert durch den Kunsterzieher und Maler Wolfgang Muchow vor über drei Jahrzehnten Beginn der Malversuche. Das Festhalten von auf Wanderungen und Reisen entdeckten Motiven hat Axel Jezewski kontinuierlich fortgesetzt und entwickelt. Er bevorzugt das Aquarell und das Pastell. Das Motto seines Schulfreundes Muchow (nach Li-Tai-Po) gilt auch für sein Schaffen: „Die Welt ist voll der kleinen Freuden – die Kunst besteht nur darin, sie zu sehen.“

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Tagesordnung der Kreistagssitzung

Das Heimatmuseum ist bereits Sonnabend, den 19. August, bereits ab 10 Uhr geöffnet.

Am 26. August findet die Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft in Hagen statt. Die Tagesordnung:

1) Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers (Wiesensee)

2) Totengedenken (Czudnochowski)

3) Ehrungen (Wiesensee)

4) Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 27. August 2016 (Wiesensee)

5) Bericht aus dem Kreisausschuss (Wiesensee)

6) Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten:

a) Kreisvertreterin (Wiesensee)

b) Karteiwart (Czerwinski)

c) Senioren- und Glückwunschkartei (Czudnochowski)

d) Archivbetreuerin (Liebenberger)

e) Redaktion Hagen-Lycker Brief und Internetseite (Marc Mader)

f) Bücherversand (Michael Mader)

g) AK Mittlere Generation (Heidi Mader)

7) Kassenbericht 2016

a) allgemein (H. Mader)

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Johannisburg: Der Chor Masurenklang aus Peitschendorf sang bei der Jubiläumsfeier des deutschen Freundeskreises „Rosch“

Bild: Hahnkamp

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

b) Rowlin (G. Bandilla)

8) Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses (A. Bellmann)

9) Haushaltsplan 2017 (H. Mader)

10) Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung zur Satzung der KG Lyck (Wiesensee)

11) Lyck-Reise 2018 (Wiesensee)

12) Wahl eines neuen Kreistages 2018 (Wiesensee

13) Diesjähriges Kreistreffen (Wiesensee)

14) Kreistreffen 2018 (Wiesensee)

Bitte bringen Sie zu Tagesordnungspunkt 10 die Satzung der Kreisgemeinschaft mit. Die Satzung ist im Hageb-Lycker-Brief 2010 ab Seite 22 abgedruckt. Eine Aufnahme weiterer Themen in die Tagesordnung ist nach Paragraph 16 der Satzung, bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.

SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Bruderhilfe – eine hilfreiche Zuwendung

Es ist stets ein erfreulicher Tag, wenn den im Kreis Sensburg verbliebenen Deutschstämmigen ein Brief aus Remscheid ins Haus flattert. Er kommt von der Kreisgemeinschaft Sensburg und kündigt an, dass in den nächsten Tagen Helfer eintreffen, die für die in der Heimat lebenden bedürftigen Landsleute eine kleine Unterstützung mit im Gepäck haben. Eine



Sensburg: Auszahlung der Bruderhilfe. Drei Mitglieder des Kreisausschusses reisten dafür in die Heimat Bild: privat

Frau berichtete während der Auszahlung: „Als in diesen Tagen ein Brief aus Remscheid im Briefkasten lag, öffnete ich ihn voller Spannung und zugleich mit großer Freude. Ich wusste, da denkt jemand an mich.“ Inzwischen wissen die dort verbliebenen Menschen deutscher Abstammung, dass die Bruderhilfe von der Landmannschaft Ostpreußen fließt. In ihr sind Menschen vereint, deren Zuhause in den Kinder- und Jugendjahren Ostpreußen gewesen ist. Sie gedenken ihrer Landsleute in der Heimat und lassen sie wissen: Ihr seid nicht vergessen!

Für das diesjährige Vorhaben „Bruderhilfe“ sind im Juni drei Mitglieder des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Sensburg in die Heimat gereist. Gerhard Zielinski, Region Weißenfels/Eichmedien, Klaus Schütz, Region Peitschendorf und Manfred Buchholz, Region Sorquitten, machten sich ehrenamtlich, jeder mit dem eigenen Fahrzeug auf den Weg zur Auszahlung. Die Termine und die Überlassung der Räume waren bereits lange zuvor mit den dort Verantwortlichen vereinbart worden. Die Pfarrämter Sensburg, Nikolaiken und Sorquitten sowie das Kulturzentrum in Peitschendorf waren die Anlaufstellen, in denen nicht nur das Portmonee der Bedürftigen für die nächsten Ausgaben in der Apotheke ein wenig aufgefüllt wurde, sondern auch ein Ort für Ratsuchende, die ihre Probleme mitbrachten.

Ein Sozialsystem, wie es uns in Deutschland bekannt ist, gibt es dort nicht. „Wir müssen uns drehen und wenden, damit wir über die Runden kommen“, berichteten uns die überwiegend älteren Frauen. „Große Sprünge können wir uns mit unseren monatlichen Einkommen nicht leisten.“ Und problematisch wird es für die oft alleinstehenden Menschen vor Beginn des Winters, wenn es gilt, sich Brennmaterial zu beschaffen, um die Stuben in der kalten Jahreszeit warm zu bekommen. Es gab von Seiten der Beschenkten viel zu erzählen. Häufig mussten sie sich einfach vom Gespräch losreißen, weil mittlerweile eine kleine Warteschlange entstanden war.

Es ist verständlich, dass einige ältere Personen ihre „Bruderhilfe“ nicht persönlich in Empfang nehmen konnten. Die körperliche Verfassung lässt das nicht mehr zu. Ihre Angehörigen, die mit einer Vollmacht versehen waren, konnten den Auftrag reibungslos erledigen. Einzelne schwerkranke Landsleute erfreuten wir mit unserem Besuch in ihrer Wohnung, um ihnen die Zuwendung zu überreichen.

Dass die Bruderhilfe eine hilfreiche Zuwendung ist, erfuhren wir später aus einem uns übersandten Brief, in dem es heißt: „Ich und die anderen deutschen Kirchenangehörigen in Sorquitten bedanken uns sehr herzlich für die erhaltenen Spenden in Form des Bruder- und Krankengeldes. Dies war und ist uns eine große Hilfe. Wir sind sehr gerührt und dankbar, dass an uns gedacht wird und dass wir dieses Zeichen der großen Liebe und Verbundenheit erhalten durften. Wir können es selbst nicht entgelten, aber der liebe Gott wird dies für uns tun.“

Das eingespielte Team, das in die Vorgehensweise gut eingeübt ist, die Landsleute schon ein wenig kennt und sie somit auch einzuschätzen weiß, wird seine Arbeit gerne weiter tun. Jetzt gilt es für das nächste Jahr abzuwägen, bei wem eine Bedürftigkeit vorliegt und ob die weiteren Voraussetzungen für den Empfang der „Bruderhilfe“ gegeben sind. Aber unsere Hilfe bleibt nicht aus. Dem Aufruf des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen in der *PAZ*: „Deutsche helfen Deutschen. Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen“, wird die Kreisgemeinschaft Sensburg sich entsprechend verpflichtet wissen. *Manfred Buchholz*

WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internet: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

Sonnabend, 9. September

Das diesjährige, zweitägige Hauptkreistreffen beginnt am Sonnabend, dem 9. September um 15.30 Uhr im Kreismuseum Syke mit der Eröffnung der Sonderausstellung „Evangelische Kirchenbauten im Landkreis Wehlau und im nördlichen Ostpreußen. Von der Reformation bis heute“. Die Ausstellung der Kreisgemeinschaft Wehlau ist im Foyer des Kreismuseums Syke zu sehen. Um 16 Uhr findet eine Kaffeetafel auf der Diele statt. Danach kommt der Förderverein Allenburger Kirche zur Wort. Ab 16:30 Uhr berichtet er über seine Erfahrungen die Allenburger Kirche vor dem Verfall zu retten.

Um 19 Uhr beginnt das gemütliche Beisammensein im Tagungslokal „Wessels Hotel“, Hauptstraße 33, 28845 Syke. Für die musikalische Begleitung sorgt der Alleinunterhalter „Robert Thorn“. Ingrid Eigenbrod bietet Bücher und Soevernirs zum Kauf an. Das Ende wird gegen 23 Uhr eingeläutet.

Sonntag, 10. September

9.30 Uhr: Gedenken am Wehlauer Stein auf dem Innenhof des Kreishauses in Syke..

11 Uhr: Mitgliederversammlung in „Wessels Hotel“. Die Einladung mit Tagesordnung liegt aus und wurde im Ostpreußenblatt und im Wehlauer Heimatbrief Nr. 97 veröffentlicht. Die Tagesordnung

1) Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden,

2) Feststellen der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

3) Totenehrung, Jahresberichte des a) Vorstandes, b) Stellvertretenden Vorsitzenden, der Heimatbriefredaktion, Internetauftritt, c) Schatzmeisterin, d) Beisitzer, e) Archivarbeit

4) Bericht der Kassenprüfer

5) Entlastung des Vorstandes

6) Berichte über Heimattreffen, Schüleraustausch, Reisen, Bruderhilfe

7) Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2018

8) Beratungen und Beschlüsse über eingegangene Anträge

9) Beratung und Beschluss über die Terminplanung 2017 / 2018

10) Beratungen zur Werbung für ehrenamtliche Mitarbeit im Vorstand

11) Anfragen und Anregungen der Mitglieder

12) Schlusswort

13) Ostpreußenlied

12.30 Uhr: Die Kreisgemeinschaft lädt zum Erbsensuppenessen ein, gegebenenfalls wird die Mitgliederversammlung unterbrochen.

14 Uhr: Sofern erforderlich, Fortsetzung der Mitgliederversammlung und Übergang zum unterhaltsamen Kaffeenachmittag mit Robert Thorn

16 Uhr: Führung durch das Wehlauer Heimatmuseum und die Sonderausstellung. Kaffee und Kuchen werden angeboten.

Im Tagungslokal bietet Heinrich Lohmann von den Bremer ostpreußen köstliche Ostpreußische Liköre und Königsberger Marzipan an. Im Interesse unserer Gemeinschaft und aus Liebe und zum Andenken an unsere verlorene Heimat, bitte ich für alle Veranstaltungen im Freundes- und Bekanntenkreis zu werben. Der Veranstaltungsort kann zur Mitgliederversammlung aus den Großräumen Hannover, Hamburg, Bremen, Osnabrück, Oldenburg und Emden bequem und kostengünstig mit Nahverkehrszügen (Niedersachsenticket für N- / NE Züge) erreicht werden.

Gerd Gohlke, Kreisvertreter

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 5. August, 11 Uhr, Schlossplatz Stuttgart: Feierstunde am Jahrestag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen an der Gedenktafel vor dem Neuen Schloss. Festredner ist der Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten. Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen war zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung ihrer Zeit weit voraus und eine große moralische Leistung der Vertriebenen, die damals nicht wussten, wie es weiterging.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 15. August, 14. Uhr, gasthaus Zur Insel: Gemeinsames Treffen.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

Gumbinnen – Donnerstag, 10. August, 13 Uhr, Restaurant Mazedonia, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am Bahnhof Lichterfelde West gelegen): Gemeinsames Treffen. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681

Königsberg – Freitag, 18. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin. Nachdem alle, die im Vorjahr die Drei-Tagesfahrt nach Greifswald und zum Treffen in Neubrandenburg mitmachten, von dem Programm mit Chören und Kulturgruppen junger Teilnehmer aus dem polnischen, russischen und litauischem Teil Ostpreußens sowie dem Treffen aller 40 Heimatkreise begeistert waren, haben wir beschlossen, auch das diesjährige Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als Ziel einer Gruppenreise anzubieten. Wir starten am 23. September um 7.30 Uhr ab ZOB Bremen (Cinemaxx) und werden um zirka 10.15 Uhr in Schwerin ankommen. Die Rückfahrt ist um 17.15 Uhr vorgesehen, sodass wir um zirka 20 Uhr wieder in Bremen sein werden.

Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, spätestens bis zum 1. August, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

Bremen – Donnerstag, 17. August, 15 Uhr, Großer Salon, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11: Im Rahmen einer Kaffeetafel wird unter dem Motto „Eine Bilder-Reise nach Kiew und Galizien“ eine Auswahl der schönsten Bilder der Fahrt in die Ukraine im Juni dieses Jahres gezeigt. Der Termin bedeutet zugleich das Monatstreffen der Frauengruppe und das „Bildertreffen der Reiseteilnehmer“

– Bericht –

Die diesjährige Exkursion führte 16 Mitglieder und Freunde der Gruppe nach Kiew und nach Galizien in die westliche Ukraine. Sie lernte einen Kulturraum mit überwältigenden Zeugnissen 900-jähriger Siedlungs- und Eroberungsgeschichte kennen. Kiew, die Keimzelle des russischen Reiches, polnisch-/litauische Einflussnahmen, kriegerische Begegnungen mit Tataren und Osmanen ließen bis 1900 ein Bevölkerungsmosaik entstehen, an dem schließlich auch Rumänen, Juden und Deutsche ihren Anteil hatten. Dieser Geschichte nachzuspüren, hatte sich die Gruppe vorgenommen und unternahm eine Rundfahrt von Kiew durch Podolien, die Bukowina bis nach Galizien. Zeugnisse der Abwanderung der Deutschen und der millionenfachen Vernichtung der Juden während

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

des Zweiten Weltkrieges vermittelten bedrückende Momente. Das multikulturelle Milieu dieses Kulturraums mit Czernowitz als Zentrum wurde bis 1945 durch die Machthaber des NS-Reichs und durch die mit ihm verbündeten Rumänen zerstört. Doch die heutige ukrainische Bevölkerung erinnert sich ebenso an den von Stalin verantworteten Hunger-Genozid der 1930er Jahre und die ukrainisch/polnischen Guerillakämpfe Ende der 1940er Jahre.

Trotz dieser tragischen Ereignisse und ihrer gegenwärtigen Fortsetzung durch den Krieg gegen die „Freischärler“ in der Ost-Ukraine, schaut die Mehrzahl der Ukrainer mit Zuversicht in die europäische Zukunft. Allerorten werden Denkmäler für Künstler und historische Führer aufgestellt und die Kirchen errichten für die tiefgläubige aber in mindestens drei Glaubensrichtungen gespaltene überwiegend orthodoxe Bevölkerung kirchliche Prachtbauten und Kapellen.

Auch die deutsche Kultur wurde von hier sehr stark beeinflusst. Zu nennen sind beispielsweise die Schriftsteller Joseph Roth, Rose Ausländer und Paul Celan. Ihre Wirkungsstätten wurden ebenso besucht, wie die noch vorhandenen Gebäude der „Zöcklerschen Anstalten“ in Iwano Frankiwsk, dem früheren Stanislau. Der gebürtige Pommer Theodor Zöckler hatte dort bis 1914 ein „Bethel des Ostens“ für die vielfach notleidende Bevölkerung errichtet.

Den großartigen Abschluss der Rundreise bildete die Metropole Lemberg, deren im Krieg kaum zerstörte Bauten ahnen lassen, dass es hier in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts eine pulsierende Metropole mit einem Kulturleben europäischen Formats gegeben hat. Die Stadt unternimmt heute große Anstrengungen, daran wieder anzukrnüpfen. *Heinrich Lohmann*



Bremen: 16 Mitglieder und Freunde der Gruppe fuhren nach Kiew und Galizien Bild: privat

– Der Vorverkauf läuft –

Sonntag, 3. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Sommerausklang mit Beetenbarsch und Schmandschinken. Im Vorprogramm wird der „Männerchor Eintracht Weyhe“ unter der Leitung von Anita Balode-Butt auftreten. Sie wird auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Schmandschinken 17 Euro, für Eintritt und Beetenbartsch 10 Euro.

Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht mehr möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel“ enthalten. Eine Anmeldung in der Geschäftsstelle (eventuell auch telefonisch) ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen! Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen. IBAN: DE92290501010001080514.



Hamburg: Gelungenes Sommerfest am neuen Ort Bild: privat

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonntag, 1. Oktober, Dittchenbühne, Elmshorn: Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken mit einem Gläschen Bärenfang steht das Volksstück „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ von Bertolt Brecht auf dem Programm. Die Regie führt Maria von Bismarck. Der Preis für den Busausflug beträgt insgesamt 30 Euro pro Person. Im Preis enthalten sind die Fahrt mit einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen, 1 Glas Bärenfang sowie die Theateraufführung. Die Abfahrten:

13 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle.

13.15 Uhr, Bahnhof Harburg

14 Uhr, Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof)

Die Rückfahrt ist für 18:30 Uhr geplant. Gehalten wird in der Kirchenallee, in Harburg und in Meckelfeld. Anmeldungen bei: Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151 E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de

– Nach Schwerin –

Sonnabend, 23. September, Schwerin: Noch sind ein paar Plätze im Bus frei, wenn es zum Ostpreußentreffen nach Schwerin geht. Der Fahrpreis beträgt nur 20 Euro. Der Eintrittspreis von sieben Euro ist an der Tageskasse zu zahlen. Es werden annähernd 2000 Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Sie werden auch in diesem Jahr ein hervorragendes Kulturprogramm erleben. Tragen Sie mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können, um Verwandte, Freunde und Bekannte wiederzusehen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir noch da sind. Die Abfahrten:

7 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle.

7,10 Uhr, Bahnhof Harburg

7.30 Uhr Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof)

Die Rückfahrt von Schwerin ist um 17.45 Uhr. Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

– Sommerfest –

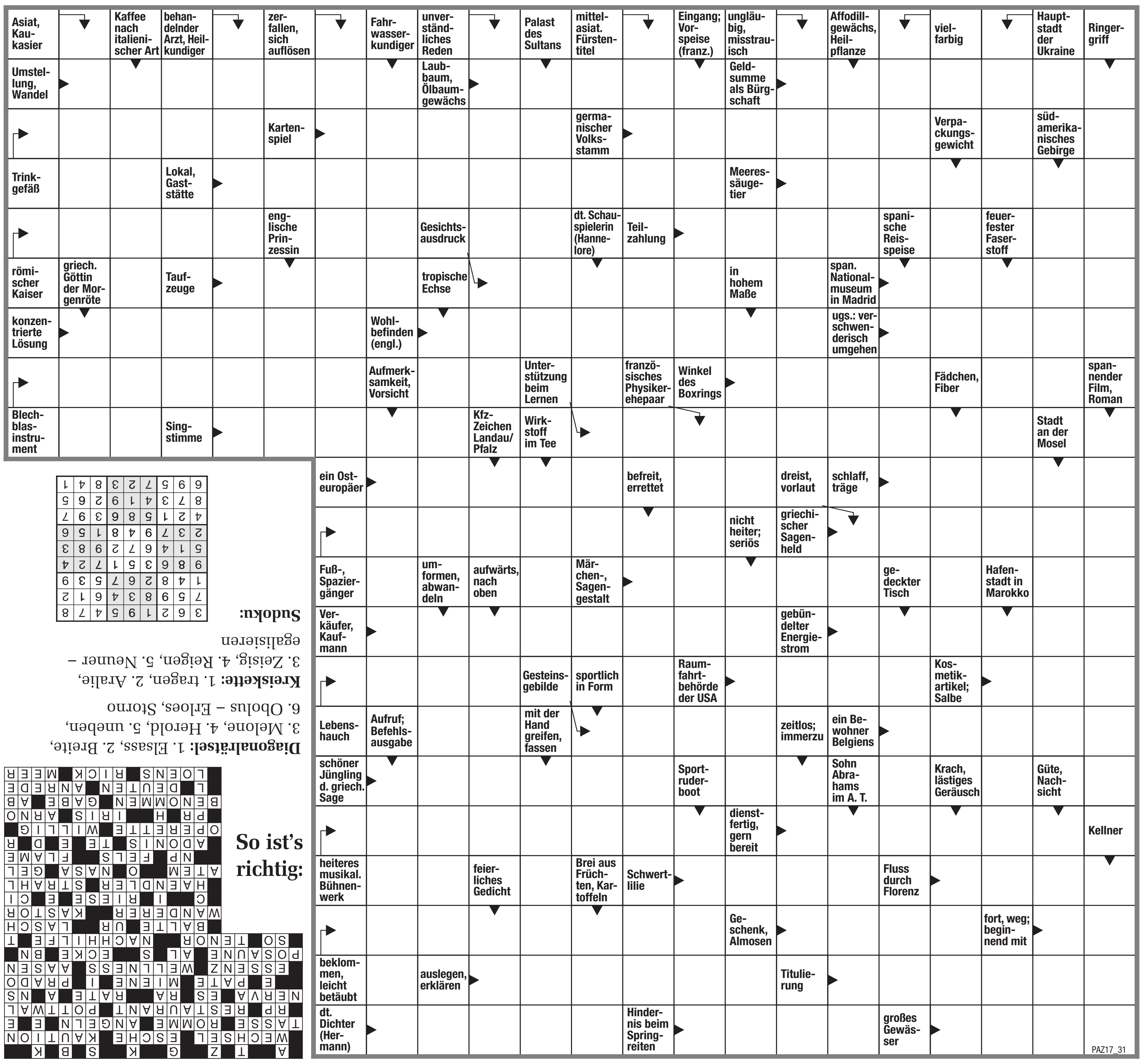
Am 15. Juli lud die Landesgruppe Hamburg zu ihrem Sommerfest ein. Die um 14 Uhr beginnende Veranstaltung fand erstmals im Hotel „NewLiving-Home“ in einem sehr schönen Salon statt. Das Hotel in Hamburg-Lokstedt, etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark gelegen, war durch kurze und ebene Wege gut zu erreichen.

Um 14 Uhr beginnend begrüßte Reinhard Malleé in Vertretung des Vorsitzenden der Gumbinner Heimatkreisgruppe, Siegfried Grawitter, die Besucher des Festes. Danach erfolgte die Ansprache des Landesgruppenvorsitzenden Hartmut Klingbeutel, an dessen Ende er das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen an das Vereinsmitglied Brigitte Reimer verlieh.

Die Ausgezeichnete gehört seit 1996 der Stadtgemeinschaft Königsberg an und leitet die Königsberger Gruppe in Hamburg seit drei Jahren erfolgreich. Nicht nur durch ihre Tätigkeit als Schatzmeisterin der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg und ihre langjährige Hilfsbereitschaft auf den vom Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) durchgeführten Heimatmärkten hat Brigitte Reimer viel Wertschätzung erfahren.

Auch in dem Anfang der 90er Jahre gegründeten Verein „Gedenkstätten Königsberg“ hatte sie

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. Elsass, 2. Breite, 3. Melone, 4. Herold, 5. uneben, 6. Obolus – Erloes, Storno

Kreiskette: 1. tragen, 2. Aralie, 3. Zeisig, 4. Reigen, 5. Neuner – egalisieren

Sudoku:

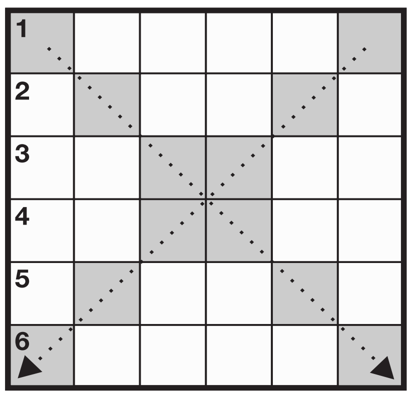
3	6	2	1	9	5	4	7	8
7	5	9	8	3	4	6	1	2
1	4	8	2	6	7	5	3	9
9	8	6	3	5	1	7	2	4
5	1	4	6	7	2	9	8	3
2	3	7	9	4	8	1	5	6
4	2	1	5	8	6	3	9	7
8	7	3	4	1	9	2	6	5
6	9	5	7	2	3	8	4	1

Sudoku

				9				
	5	9					1	
	4		2		7	5	3	
	8		3	5	1	7		4
2		7	9	4	8		5	
	2	1	5		6		9	
	7					2	6	
				2				

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



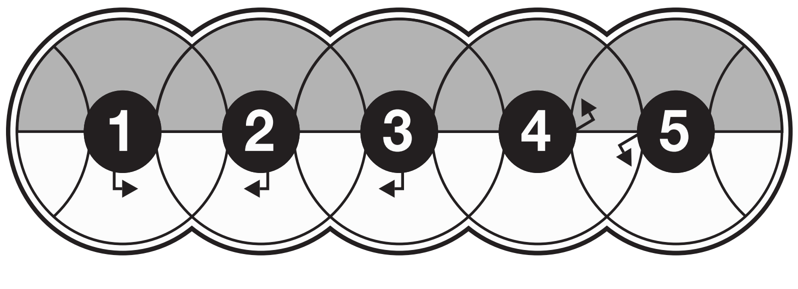
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Finanzbegriffe.

1 ostfranzösisches Grenzland
2 Ausdehnungsbegriff
3 Kürbisgewächs
4 Bote, Ausrufer im Mittelalter
5 hügelig, holprig
6 kleine Geldspende

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für gleichmachen, ausgleichen.

1 Lasten bewegen, **2** tropisches Gewächs, **3** Finkenvogel, **4** Rundtanz, **5** deutsche Biathletin (Magdalena)



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

sich sehr engagiert. Als er nach fast zwei Jahrzehnten seines Bestehens aufgelöst wurde, half sie bei der umfangreichen Aufarbeitung des Nachlasses. Desweiteren unterstützt sie organisatorisch die Zusammenkünfte des Vereins „Ostseebrücke“ und nimmt an den Treffen der Kontaktgruppe der Nordelbischen Kirche für die evangelischen Gemeinden im Königsberger Gebiet regelmäßig teil, um hier die durch viele Reisen in das Königsberger Gebiet entstandenen langjährigen Kontakte zu pflegen. 2014 erhielt sie das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft.

Mit der Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens an Brigitte Reimer bedankt sich die Landsmannschaft Ostpreußen für ihren kontinuierlichen Einsatz für die Anliegen der mit Ostpreußen verbundenen Menschen und würdigt ihre Arbeit in verschiedenen Bereichen innerhalb und außerhalb der Landsmannschaft.

Sichtlich überrascht war die Ausgezeichnete – im Anschluss aber auch das Kulturreferatsmitglied Walter Bridszuhn, dem Manfred Samel, Vorsitzender der Heimatkreisgruppe Insterburg / Sensburg eine Anerkennung in Form eines Dankschreibens und einer Krawatte der Heimatkreisgruppe Insterburg für die gute Durchführung zahlreicher Fahrten zur Dittchenbühne in Elmshorn und zu den Ostpreußentreffen in Mecklenburg-Vorpommern überreichte. Ein Krawatten-Geschenk gab es dann auch für Hartmut Klingbeutel, als kleine Anerkennung für seiner unermüdlichen Arbeit als Landesgruppenvorsitzender. Die Bedachten bedankten sich herzlich.

Nach diesem feierlichen Akt sangen alle gemeinsam das Ostpreußenlied und gedachten der Toten. Auf den besinnlichen Teil erfolgte vor dem Publikum der sangesfreudige Einzug des L.A.B.- Chores unter Leitung von Dieter Dziobaka, dem es mit einer Reihe fröhlich, lieblich und zärtlich gesungenen Schlagern der Vor- und Nachkriegszeit besonders gut gelang, die Herzen der Besucher zu erfreuen. Und erneut verstanden es Christel Neumann von der Königsberger Gruppe und Manfred Samel mit heiteren, teils mundartlichen Vorträgen an diesem Tage zum Gelingen des Sommerfestes beizutragen.

KREISGRUPPEN

Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



Wiesbaden: Dieter Schetat gab Auskunft über die Aktivitäten des vergangenen Jahres Bild: xprivat

Wiesbaden – Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder und der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat bei der einmal jährlich einzuberufenden Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) über die Tätigkeit des Vorstandes und die stattgefundenen Veranstaltungen der Landsmannschaft. Zudem gab es Informationen über das Geschehen in den Heimatgebieten.

Bei den monatlichen Zusammenkünften mit überwiegend heimatbezogenen Themen kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz wie Sommer-Gartenfest, Närrischer Kreppelkaffee und die Feiern zum Erntedankfest und zur Weihnachtszeit. Gerne traf man sich auch in der Frauengruppe bei Gesang, Dia-Vorträgen und Ausflügen unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Helga Kukwa. Zu den traditionellen monatlichen Stammtischen mit meist heimatlichen Gerichten kamen durchschnittlich dreißig Gäste. Leider mussten die Aktivitäten des Frauenchors altersbedingt zurückgenommen werden. Dennoch singt der Chor mit jetzt weniger Sängerinnen noch bei unseren Veranstaltungen zum Erntedankfest und zu den Weihnachtsfeiern.

Höhepunkt der monatlichen Treffen war die Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft, die unter der Schirmherrschaft von Staatssekretär Ingmar Jung vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst stand. Die Festansprache hielt Wolfgang Nickel, Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher a.D.. Ehrengäste aus Politik, von befreundeten Landsmannschaften und vom Bund der Vertriebenen (BdV) waren der Einladung zur Jubiläumsfeier gefolgt.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Besondere Anerkennung der Rechnungsprüfer Irmgard Gethöffer und Margot Schittko erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kassenführung und Rechnungslegung.

Anerkennung bekam auch Dieter Schetat, der bereits 25 Jahre die Landsmannschaft führt. „Seit dem Jahr 1992 sind Sie Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Sie haben diese mit viel Arbeit und Energie verbundene Aufgabe übernommen, obwohl Sie zu der Zeit noch Ihrer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit nachgegangen sind. Ihre Landsleute und der Vorstand stehen hinter Ihnen und wünschen, dass Sie noch lange unser Vorsitzender bleiben“, sagte Vorstandmitglied Irmgard Steffen im Namen aller Mitglieder bei der Überreichung einer Urkunde.

Schetat, inzwischen 78, appellierte an die Versammlungsteilnehmer: „Ich rufe jüngere Landsleute und Freunde der Landsmannschaft auf, sich für die Arbeit im Vorstand zur Verfügung zu stellen, damit unsere Landsmannschaft auch zukünftig nicht aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit entschwindet und unsere Heimat nicht in Vergessenheit gerät“.

Nach dem offiziellen Teil sahen die Besucher Lichtbilder aus dem Vereinsleben, die herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit im vergangenen Jahr in Erinnerung brachten.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 18. August, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 10. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen mit Vortrag von Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen: „Vor 600 Jahren: Der Bauernaufstand im Ermland“. Wegen Verhinderung des Referenten wird der von ihm ausgearbeitete Vortrag verlesen. Neben den Mitgliedern sowie Angehörigen, Freunden und Bekannten sind auch interessierte Gäste aus nah und fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte gibt es beim Vorsitzenden der landsmannschaftlichen Gruppe, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de - Wegen des Jahresausflugs findet im September keine Veranstaltung im Hotel Stadt Kassel statt, nächstes Monatstreffen dann am 12. Oktober.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 21. August, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Witten – Montag, 21. August, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Reiseberichte von nah und fern.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Königsbrück – Donnerstag, 10. August, 19 Uhr, Informationszentrum Via Regia, Am Schlosspark 19: Der Heimatverein Königsbrück lädt ein zum Vortrag „Auf den Spuren der Salzburger Exulanten in der Oberlausitz im Jahre 1732“ von Dr. Gabriele Lang

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonnabend, 19. August, 14 Uhr: Schiffstour und Kaffeetafel auf der Flensburger Förde. Ab Schiffsanleger an der Schiffbrücke bei MS Alexandra oder MS Viking.

Uetersen – Freitag, 18. August, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Treffen. Unser weitgereister Königsberger Landmann und Entertainer Harry Lasch wird uns mit schönen Wiener Melodien auf seiner Violine erfreuen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Kirchen-Eigentor

Zum Leserbrief: Die EKD-Partei (Nr. 28)

Weht daher (nach einer Äußerung von Margot Käßmann, d. Red.) auch von mir wie von jedem Deutschen mit zwei deutschen Eltern und vier deutschen Großeltern ein „brauner Wind“, also praktisch von allen, die schon länger hier leben?

Schier unerträglich ist es, wie die christlichen Kirchen sich in die aktuelle Politik einmischen, wie sie zum Beispiel mit der Gewährung von „Kirchenasyl“ den Begriff Asyl entwerten und Regierungsmaßnahmen konterkarieren. Sie sollten sich lieber auf ihren Auftrag der Glaubens-Verkündigung beschränken und nicht feige vor dem Besuch von anderen religiösen Heiligtümern das christliche Heilszeugnis, den Gekreuzigten, von ihrer Brust abnehmen. Ein solches Verhalten wird bestimmt nicht die Mitgliedschaft in den kirchlichen Religionsgemeinschaften erhöhen, sondern eher die unbedachten Konvertierungen zum Islam fördern.

Walter Köhler, Feldkirchen-Westerham



Rechtsfreier Raum in Hamburg während des G 20-Gipfels: Im Schanzenviertel eskalierte die Gewalt, weil die Polizei stundenlang tatenlos zusah, wie sich die Chaoten austobten und dabei schon für die nächste Schlacht „trainierten“ Bild: Imago

Ein Denkmalsturz

Zu: Fähigkeit zum Trauern (Nr. 28)

Der Artikel über Margarete Mitscherlich ließ mich zunächst zweifeln, ob ich wirklich „meine Wochenzeitung“ in Händen halte. Wird hier doch eine führende Vertreterin der „Frankfurter Schule“, der wir die 68er mit all ihren heutigen fatalen Auswüchsen mit zu verdanken haben, geradezu verklärt als Kämpferin für alles Gute von Vergangenheitsbewältigung bis Frauenrechte im besten Sinne.

Ich denke, dass man ihr – und auch der historischen Wahrheit – damit nicht gerecht wird. Vielmehr hat sie sich stets als „Frontfrau“ einer linken, antideutschen Geisteshaltung offenbart: Ob es um die angebliche „Unfähigkeit zu trauern“ ging – welches Land hat seine Vergangenheit nach dem Kriege gründlicher (und einseitiger zu eigenen Lasten) erforscht und wiedergutzumachen versucht als Deutschland – oder ihr 1986 im ZDF geäußertes fehlendes Bedauern über die deutsche Kinderarmut, die durch Multikulti ersetzt werden könne.

In den 90er Jahren wirkte Mitscherlich als Beirätin des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“ von Jan Philipp Reemtsma mitverantwortlich für die (Anti-)„Wehrmachtsausstellung“, die wegen ihrer offensichtlichen Fälschungen nach Jahren der Desinformation schließlich unter peinlichen Begleitumständen dichtgemacht wurde. Die damaligen Lügen scheinen aber bis heute gerade in der Bundeswehr und ihrer konformistischen Führung fatal nachzuwirken.

Wenn dieser Dame also ein Denkmal gebührt, dann sollte es in einer sonst mutigen Zeitung wie der *PAZ* ein sehr kritisches sein, welches ihre „Verdienste“ von allen Seiten beleuchtet!

Dr. A. Schiedewitz, Bad Zwischenahn

Erst retten, dann retour

Zu: Ende des Shuttle-Dienstes (Nr. 29)

Österreichs und Deutschlands Innenminister Wolfgang Sobotka und Thomas de Maizière kritisieren die Seenot-Retter der Flüchtlinge im Mittelmeer, die in nicht seetüchtigen Schlauchbooten von Afrika auf dem Weg nach Italien in die EU unterwegs sind.

Das kann ich nicht nachvollziehen. Warum? Seenotrettung ist die Hilfe für in Seenot geratene Menschen. Zu den Tätigkeiten gehören die Rettung von Schiffbrüchigen, die Brandbekämpfung auf See, die Suche nach Vermissten, die Bergung von Toten sowie die Bergung von Schiffen, Booten oder anderen Gegenständen auf See. Durch internationale Abkommen ist geregelt, dass die Seenotrettung von allen Küstenstaaten in ihren Hoheitsgewässern durchzuführen ist.

Jedoch kann und darf Seenotrettung kein Freifahrtschein für Asyl in der EU sein. Deshalb ist es richtig und wichtig, wenn die geretteten Flüchtlinge gleich nach erfolgter Seenotrettung und der Ankunft in Italien wieder per Schiff zu ihrem ursprünglichen Abfahrtshafen zurückgefahren werden. Wenn das konsequent geschieht, dann werden die abenteuerlichen Schlauchbootfahrten mit viel zu vielen Toten übers Mittelmeer früher oder später endlich aufhören, weil sie aussichtslos geworden sind.

Trotzdem muss natürlich Flüchtlingen aus Afrika unbedingt geholfen werden – und zwar in ihren Heimatländern. Ein Marshallplan für Afrika und die radikale Umsetzung des Weltklimaabkommens sind dabei vonnöten, damit die Fluchtursachen wirklich bekämpft werden können. Dafür muss die Entwicklungshilfe für Afrika drastisch aufgestockt werden. Die EU sollte daher dringend darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, anstatt 40 Prozent des EU-Etats für Landwirtschaft und Agrarsubventionen für reiche Bauern auszugeben, die Afrikahilfe zur Selbsthilfe ohne imperialistische und koloniale Hintergedanken deutlich zu erhöhen. Ansonsten wird Europa eines Tages total übervölkert sein, weil halb Afrika aus Not auf dem Weg nach Europa unterwegs ist.

Roland Klose, Bad Fredeburg

Truppenübungsplatz für Chaoten

Zu: Gipfel-Zumutung (Nr. 28)

Schon vor Jahren konnte ich in der *PAZ* lesen, dass in einer Universität Schmierereien an den Wänden hafteten wie „Zerschlagt Deutschland“, „Ein Recht auf Faulheit“ und Ähnliches in dieselbe Richtung.

„Zerschlagt Deutschland“ ist staatsgefährdend und leider nicht nur eine ernst zu nehmende Aussage. Der linke Pöbel handelt auch danach. Wenn Jahr für Jahr das Schanzenviertel in Hamburg und zum 1. Mai Berlin zu Truppenübungsplätzen für die Chaoten zum Training für Gipfeltreffen freigegeben werden, darf sich niemand wundern, wenn es zur Eskalation kommt.

In solchen Fällen wünsche ich mir eine Staatsgewalt wie in der ehemaligen DDR oder in Russland. Deutschland hätte Ruhe und würde nicht in seinem Toleranzwahn ersticken. Wenn einer der Linksextremen verletzt wird, fängt ihn der Sozialstaat mit seinem Gesundheitssystem wohlwollend auf. Eine gesundheitliche Versorgung nehmen die Chaoten schamlos für sich in Anspruch. Hätten sie Charakter, müssten sie lieber sterben, als sich von dem „widerlichen“ Deutschland umsorgen zu lassen.

Wer mein Land zerschlagen will, muss selbst stillgelegt werden. Niemand muss sich wundern, wenn die Wählerstimmen weiter in die demokratische Mitte wandern.

In einer Talkshow-Sendung von Markus Lanz war zu sehen und zu hören, wie Linkschaoten durch linke Parteien unterstützt werden. Zum Beispiel werden Busse für Fahrten zu ihren Treffen zur Verfügung gestellt. Bei den Treffen lassen sie die Handys und Smartphones zu Hause, um nicht geortet werden zu können.

Verantwortungslose Menschen wie Wowereit, Kipping, Beuth, Scholz und andere Wegschauer sollten in die Pflicht genommen werden. Wer Schaltzentralen der Linksextremen in Hamburg, Berlin und Leipzig duldet, ist selbst kriminell.

Rechtsextreme hätten in unserem Land nie die Planung, geschweige die Durchführung eines solchen Angriffs auf die Demokratie durchziehen können. Die Politik hätte schon im Vorfeld geeignete Maßnahmen ergriffen. Es gibt genug Menschen, die die Linksblindheit unserer meisten Politiker nicht erkennen wollen.

Die Linke-Politikerin Katja Kipping vergleiche ich mit dem Bischof Tebartz van Elst. Was nützt ein hoher IQ-Tunnel, wenn die Röhre den Blick auf das restliche Umfeld verhindert? Ein ehemaliger Segelschüler von mir war in Lübeck, Frankfurt und jetzt in Hamburg in vorderster Front dabei und hat seine Einsätze bisher unverletzt überstanden. Seine anfänglich soziale Einstellung ist umgeprägt worden.

Da hilft nach 54 Stunden Einsatz auch kein persönlicher Händedruck von Scholz und dem Innenminister. Vielleicht sollte Frau Kipping in einem Gespräch mit Bundespolizisten einmal ihren Horizont erweitern.

Unser traumhaftes Land mit seinen Küsten, Wäldern, Bergen, Flüssen und Seen, mit unserem guten Trinkwasser, unserer hervorragenden Infrastruktur, Versorgung und unserer Großzügigkeit macht es lebenswert. Chaoten, egal welcher Couleur, sollten hier keinen Platz haben.

Peter Karstens, Eckernförde

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Ganz Bad Ischl ist Kaiser

Österreichischer Kurort schmückt sich für die Kaiserfesttage im August – Franz Joseph verlobte sich hier mit seiner Sisi

Das Salzkammergut feiert alljährlich groß den Geburtstag von Kaiser Franz Joseph. Mit den Kaiserfesttagen von Bad Ischl gibt es vom 11. bis 18. August ein kostümbuntes und nostalgisches Veranstaltungs-Potpourri.

Nicht, dass die Österreicher die Monarchie wiederbeleben möchten. Aber an den royalen Glanz erinnert man sich doch nur allzu gern. Und dass dieser immer noch verzaubert, haben nicht zuletzt Kate und William bewiesen, als sie im Juli auf Deutschlandtour waren.

Warum also sollte Bad Ischl darauf verzichten, an die Aufenthalte von Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Sisi in der Stadt zu erinnern? Zumal man hier nicht einmal in Geschichtsbüchern nachlesen muss, um der vergangenen Noblesse nachzuspüren. Sie begegnet einem in der Kaiserstadt überall: vom Kaiserdessert über die Kaiservilla bis zum Kaiserfest, das diesmal unter dem Motto „Alles Kaiser! Oder??“ steht. Selbst Franz Joseph und Sisi würden sich in Ischl noch problemlos zurechtfinden.

Für eine besondere Aura der Exklusivität und hohe Qualität sorgen dazu die ehemaligen k.u.k. Hoflieferanten, wie die 1832 gegründete Konditorei Zauner mit ihrem Stammhaus in der Pfarrgasse und dem Grand Café an der Esplanade. Ein „Muss“, wo schon Sisi zu Gast war und bis heute die Plätze rar sind.

Oder die k.u.k Kur-Apotheke von 1807 am Kreuzplatz. Eine der wenigen Apotheken, die immer noch sehr viele Produkte selbst im Hause herstellt und ein breites Sortiment an Hausspezialitäten anbietet. Wenn das Kaiserpaar in Ischl war, mussten jeden dritten Tag fünf Liter „Aqua dest.“ zur Kaiservilla gebracht werden. Sisi pflegte sich mit dem destillierten Wasser sowie mit Eiern die Haare zu waschen.

Einer der berühmtesten Kunden war auch Operettenkomponist Franz Lehár, für den die Apotheke physiologische Kochsalzlösung zubereitete. Wofür, bleibt ihr Geheimnis. Später gehörten auch Heinz Rühmann oder Theo Lingen, der nach dem Krieg sogar eine Zeit lang Bürgermeister von Strobl am Wolfgangsee war, zu den Kunden der Apotheke.

Alles, was Rang und Namen hatte, zog es zur Sommerfrische nach Ischl. Johann Strauß, Johannes Brahms, Giacomo Meyerbeer und der Tenor Richard Tauber besaßen Villen in der Stadt. Die Namen fast aller damaligen Schriftsteller standen auf der Gästeliste. Maler wie Waldmüller, Schwind, Alt und Makart verewigten Land und Leute, berühmte Schauspieler traten im Stadttheater auf. Nicht jeder war jedem genehm. Der Autor Karl Kraus beklagte sich einmal: „All den Leuten, denen ich in Wien aus dem Weg gehe, begegne ich hier.“



Ankunft von „Franz Joseph“ mit seinem „Hofstaat“: Der Kaiserzug in Bad Ischl Bild: Tourismusverband Bad Ischl/Hörmandinger

Lehár hatte mit der 1905 uraufgeführten „Lustigen Witwe“ so viel Geld verdient, dass auch er sich ein Haus kaufen konnte. In der Lehár-Villa am Lehárkai in bester Lage an der Traun verbrachte er von 1912 bis 1948 fast jeden Sommer. Er gestand, in Ischl habe er immer die besten Ideen gehabt. 24 seiner 30 Operetten entstanden im Arbeitszimmer der Villa.

Das Haus ist heute Museum, die Operette jedoch lebt beim sommerlichen Lehár-Festival im ehemaligen Kurhaus, das hinter der historischen Fassade inzwischen zum modernen Kongress und Theaterhaus mutierte, weiter. Dieses Jahr stehen noch bis zum 3. September abwechselnd „Die lustige Witwe“ und Fred Raymonds „In Salzburg“ auf dem Spielplan.

Unter Ischls Prominenz mischte sich auch der preußische König Wilhelm, später Kaiser Wilhelm I., Graf Otto von Bismarck begleitete ihn. Bei dieser Gelegenheit ließ sich der spätere Reichskanzler dazu hinreißen, dass man ihn zusammen mit dem damals gefeierten Gesangsstar Pauline Lucca fotografierte. Das Bild ging um die Welt und verursachte in der prüden Epoche einen Skandal.

Über Promi-Mangel muss sich Ischl bis heute nicht beklagen. Zeitgemäß dominieren jetzt Wirtschaft und Sport. Mit Marc Girardelli, Stephan Eberharter, Franz Klammer, Michael Walchhofer oder Hubert Neuper geben sich – wen wundert’s in der Alpenrepublik – besonders gerne ehemalige Skistars ein Stelldichein in dem Nobelkurort.

Eine Konstante ist geblieben: des Kaisers Familie. Die Kaiservilla, seit jeher Privatbesitz der Habsburger, wird von Magister Markus Salvator Habsburg-Lothringen (71), Urenkel des Kaisers, zusammen mit seinem Sohn, Valentin Habsburg-Lothringen, bewohnt. Obwohl die österreichischen Sozialdemokraten 1919 die Abschaffung der Adelstitel durchsetzten, wird Markus Salvator in Bad Ischl konsequent mit „Erzherzog“ tituliert.

Vor drei Jahren heiratete seine Tochter Magdalena Habsburg-Lothringen, also die Ururenkelin von Kaiser Franz Joseph, Sebastian Bergmann in Bad Ischl. Beide sind Juristen. Die Trauung fand in der Stadtpfarrkirche St. Nikolaus statt. Das letzte Mal, dass hier eine Habsburger-Hochzeit zelebriert wurde, war 1890: Erzherzogin Marie Valerie, Tochter von Kaiser Franz Joseph und Elisabeth, heiratete ihren Cousin zweiten Grades, Erzherzog Franz Salvator aus der Toskana-Linie der Habsburger. An der Orgel saß der Komponist Anton Bruckner. Nach dem Ersten Weltkrieg verzichtete das Paar auf alle Thronansprüche, wodurch die Villa bis heute in Familienbesitz blieb. Ihr öffentlicher Teil ist zu besichtigen.

Am 18. August, dem Geburtstag von Kaiser Franz Joseph, erhält die Villa für einige Momente ihren ganzen imperialen Glanz zurück. Im Anschluss an die traditionelle Kaisermesse in der Stadtpfarrkirche, an der alljährlich rund 500 Personen aus verschiedenen Regimentern und Traditionsvereinen teilnehmen, marschieren die historisch gewandeten Abordnungen, angeführt von der Bürgerkapelle Bad Ischl, zum Kaiserpark, um dort seiner kaiserlichen Hoheit, Erzherzog Markus Salvator von Habsburg-Lothringen, die Referenz zu erweisen.

Doch zuvor wird die versammelte Gemeinde zum herrlichen Klang der Bruckner-Orgel in der Kirche das „Gott erhalte“ der Kaiserhymne nicht weniger inbrünstig singen als im Jahr 1853, als Franz Joseph durch den gemeinsamen Kirchgang mit Sisi in Ischl seine Verlobung bekannt gab. Bleibt den Kaisertagen nur noch ein Kaiserwetter zu wünschen.

Helga Schnehagen

Infos zu den Kaiserfesttagen „Alles Kaiser! Oder??“ im Internet unter: www.badischl.at/Veranstaltungen

»Peking« kommt nach Hause

New Yorker Museumsschiff kehrt in Hamburger Heimathafen zurück

Eine schwimmende „Peking“ ist zurück in Deutschland. Die Viermastbark dieses Namens ist Huckepack auf einem Dockschiff von New York aus über den Atlantik transportiert worden, wo sie später einmal die Attraktion des neuen Hamburger Hafenmuseums sein soll.

Fast wäre die „Peking“ den Schneidbrennern zum Opfer gefallen. Aufgrund ihres maroden Zustandes war das Schicksal der Viermastbark, die vor dem New Yorker „South Street Seaport Museum“ lag, lange ungeklärt. Nachdem der Deutsche Bundestag 120 Millionen Euro für die Errichtung eines Hafenmuseums und zur Restaurierung des Schiffes bewilligt hat, kehrt die „Peking“ in ihren Heimathafen Hamburg zurück.

Das Schiff wurde 1911 bei der Hamburger Werft Blohm & Voss für die Reederei F. Laeisz gebaut. Laeisz war mit seinen schnellen Segelschiffen führend auf der Salpeterfahrt nach Chile. Die „Peking“ hatte keinen Hilfsmotor, aber erreichte unter günstigen Winden eine Geschwindigkeit von bis zu 17 Knoten, das entspricht 31 Kilometern pro Stunde.

Während des Ersten Weltkrieges wurde die „Peking“ in Chile interniert und in den 20er Jahren wieder auf der Salpeterroute von Laeisz in Fahrt gebracht. Zusätzlich diente sie dabei als Segelschulschiff für Seeoffiziersanwärter. Im Jahr 1932 wurde sie an eine gemeinnützige Stiftung nach Großbritannien verkauft und dort als stationäres Segelschulschiff genutzt.

Aus finanziellen Gründen wurde das Schiff 1974 versteigert und fand seine neue Heimat in New York. Schon damals hatten auch Hamburger Bürger und Unternehmen ihr Interesse und ihre Spendenbereitschaft bekundet,



Bild: Mauritius

Stolzes Schiff: Die „Peking“

aber der Senat unternahm keine weiteren Schritte. Seit 1976 lag die „Peking“ dort als schwimmfähiges, aber nicht seefähiges Ausstellungsstück vor Anker. Es wurden jedoch nur die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten ausgeführt, und durch die Witterung und Salzluft waren viele außenliegende Teile angegriffen.

Nachdem auch die Versicherungssumme nicht mehr aufgebracht werden konnte, drohte der „Peking“ die Verschrottung. Das Museum war zwar bereit, das Schiff zu verschenken, aber allein für die Überführung in einen anderen Hafen fielen Kosten in Millionenhöhe an. Erst als der Bundestag im Jahr 2016 beschlossen hatte, die Überführung und Sanierung der Viermastbark als zukünftiges Museumsschiff zu fördern, konnten Schritte zu deren Rettung eingeleitet werden.

Anfang September 2016 wurde sie von ihrem Liegeplatz in Manhattan zu einer Werft auf Staten Island bugsiert, um sie dort für die Atlantiküberquerung vorzubereiten. Die „Combi Dock III“ nahm im Juli die 115 Meter lange und 14,40 Meter breite „Peking“ an Bord. Dazu wird das Ladungsdeck unter die Wasseroberfläche abgesenkt, das Schiff schwimmend hineinbugsiert und das Deck danach wieder zum „Huckepack-Transport“ angehoben.

Nach der Überfahrt wurde die „Peking“ vor Brunsbüttel ausgedockt und dann elbaufwärts durch das Stör-Sperrwerk bis zur Peters Werft in Wewelsfleth geschleppt, wo sie intensiv restauriert werden wird. Ab 2020 wird sie dann als Blickfang ein wichtiger Bestandteil im noch zu bauenden Hafenmuseum sein, wobei dessen Standort an den Elb-Lagerschuppen noch immer nicht gefunden ist. *Britta Heitmann*

Kalter Gartenkrieg

Wie die innerdeutsche Grenze ganze Parklandschaften verwüstet hat

Kleinkriege im Garten haben schon viele Nachbarn entzweit. Die Minifehden fanden aber ihre Entsprechung auch in der Weltpolitik. Denn was im Kalten Krieg im Menschlichen geschehen sei, das habe sich genauso im Garten abgespielt, behauptet Harri Günther, der ehemalige Gartendirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci in der DDR, und fügt hinzu: „Es handelte sich um die Vernichtung eines großen europäischen Kunstwerkes.“ Gärtner, so betont er, kämpften um die Erhaltung der Kunstwerke, denn Gärtner führten keine Kriege, das machten die Politiker.

So lautet auch der Titel der multimedialen Schau im Schloss Sacrow bei Potsdam über die Zeit der Grenzziehung zwischen beiden deutschen Staaten. Die preußischen Schlösser und Gärten entlang der Havel wurden durch die deutsche Teilung zum Schauplatz des Kalten Krieges. Was als elysische Landschaft von paradiesischer Schönheit konzipiert wurde, entwickelte sich zu Mauerzeiten in eine trostlose Einöde. Grenzzäune und Todesstreifen zerstörten mehr als 30 Hektar der Kulturlandschaft zwischen Potsdam und West-Berlin. Märchenhafte Wegführungen mutierten zu Patrouillenwegen der DDR-Grenztruppen. Es wurde planiert und Erdmaterial beiseitegeschoben. Und man streute Herbizide aus, damit ja kein Grashalm wachsen konnte.

Kurze Zeit nach der Thronbesteigung erwarb König Friedrich Wilhelm IV. 1840 das Gut Sacrow zur Erweiterung der Potsdamer Gartenlandschaft. Ebenso ließ der König die Heilandskirche im italienischen Stil mit frei stehendem Campanile errichten. Peter Joseph Lenné nahm sich der Parkgestaltung an und schuf ein wahres Paradies, das durch die weiten Sichten auf Gebäude der Schlösserlandschaft bestach und sich über beide Uferseiten hinzog. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Schloss Sacrow zum Erholungsheim für NS-Verfolgte und DDR-Schriftsteller.

Ab 1961 konnte kein Normalbürger das Gebiet mehr betreten. Umfangreiche Zolleinbauten wurden errichtet zur Ausbildung von Hundestaffeln, die hier den „Ernstfall“ üben sollten.



Bild: Friedrich

Wüst und leer: Die Grenze vor der Heilandskirche

Ganz besonders ergreifend sind die in der Ausstellung gezeigten Interviews mit den Gärtnern der damaligen Schlösserparks. Sie liebten ihre Gärten und kämpften um den Erhalt, was sehr oft aussichtslos war. Die von Lenné geplanten weiten Sichten waren durch die Grenzziehung vernichtet, Blicke in Richtung Westen zugewachsen. Die Gärten und Schlösser auf der Westseite sollten in Vergessenheit geraten. Dennoch gelang es den Mitarbeitern bei angeordneten Baumfällarbeiten unmittelbar am Grenzzaun Sichten frei zu schneiden und so die Grenzer zu narren.

Bereits 2016 wurde die Ausstellung im Schloss gezeigt und ist nun zur Wiederaufnahme um völlig neues Bild- und Textmaterial für die Jahre 1945 bis 1961 ergänzt worden. Die Schau hat nichts an Aktualität verloren. Im Gegenteil, sie lädt dazu ein, die Zeit hinter Stacheldraht und Mauern niemals zu vergessen. *Silvia Friedrich*

Die Ausstellung läuft bis zum 10. September im Schloss Sacrow, Krampnitzer Straße 33, 14469 Potsdam, geöffnet Freitag bis Montag 11 bis 18 Uhr, Eintritt 8 Euro, Infos im Internet: www.gaertner-fuehren-keine-kriege.de



Gefahr für den Frieden

Wie linke Ideologen Deutschland zerstören

Obwohl Deutschland weltweit das beliebteste Land ist, sind die Deutschen „wohl weltweit das einzige Volk, das seine Identität so anhaltend, tiefschürfend und mit „deutscher Gründlichkeit“ infrage stellt. Wir könnten „stolz“ auf Deutschland sein, doch wir dürfen es nicht, weil es eine „linke Elite“ nicht will. Ziemlich zeitgleich sind zwei „linke 68er“ nun ausgeschert und haben ihre Irrungen und Wirrungen im reifen Alter offen gelegt. Mit seinem Buch „Finis Germania“ wurde Rolf Peter Sieferle schon verbal in die „rechtsradikale Ecke“ verbannt, und auch Christoph Nöhles droht dasselbe Schicksal.

Nöhles hat ein beachtenswertes Buch aus der Sicht eines Psychologen geschrieben. Er stellt sich auf die Seite von Friedrich Nietzsche, der schon 1886 sagte: „Es kennzeichnet die Deutschen, dass bei ihnen die Frage ‚was ist deutsch?‘ niemals ausstirbt.“ Der Autor widerlegt sich selbst! Nicht „Deutschland macht uns krank“, nicht das eigene Volk, sondern eine „Elite“, die sich „als Schuldiger, als Abkömmling einer unwerten Kultur“ fühle und der Devise von Thilo Sarrazin folge, „Deutschland schafft sich ab“. Während das „Volk“ mit Deutschland emotional positiv verbunden sei, arbeite die „Elite“ systematisch an einer „aggressiven Demontage von allem, was positiv mit „deutsch“ verknüpft sei.

Der Autor zeichnet nach, wie die „Kleinstaaterei“ zu einer Vielfalt an Kulturen geführt hat, und dass die moderne Forderung nach „Multikulti“ ein „Etikettenschwindel“ sei und exakt das Gegenteil bewirken solle. „Patriotismus steht für Vielfalt, für Respekt vor der Andersartigkeit, für die Pflege reichen Brauchtums, für das friedliche und gedeihliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Traditionen.“

Volk und Elite sehen ihr Land verschieden

Im Kapitel „Typisch deutsch: nur ein schlechter Deutscher ist ein Guter“ wird geschildert, wie systematisch das „Misstrauen gegenüber dem eigenen Volk gepflegt“, wie subtil die „Psychiatrisierung Andersdenkender“ vorangetrieben, die „Rassismus-Keule“ geschwungen, die „Ignoranz und Intoleranz der Migrationsforscher“ gefördert, der „Sühnekomplex installiert und instrumentalisiert“ wird. „Der staatliche Suizid erfolgt nicht grundlos und sicher nicht ohne Zweck und ohne eine starke Macht, die genau diesen Zweck verfolgt.“ Die Grünen-Vorsitzende Katrin Göring-Eckardt frohlockte 2015: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Wie gut ginge es doch der Welt, „wenn es nur nicht das hässliche deutsche Volk gäbe“. Aber, so die Grünen-Chefin: „Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt“, mit deren Hilfe Deutschland „religiöser, bunter, vielfältiger und jünger“ werde.

Ein Augenöffner sind die Kapitel „Patriotismus und Psyche“ und „Patriotismus verbindet“, in denen bewiesen wird, wie die „Macht der Epigenetik“ alle Theorien der Sozialwissenschaftler über den Haufen wirft. „Unsere Psyche entsteht nicht erst mit der Geburt des einzelnen Menschen. Sie entsteht im Schoß der evolutionären Erfahrung der Menschheit (in toto), die mit Hilfe der unterschiedlichsten Mechanismen weitergegeben wird.“

Neben dem individuellen Unbewussten gibt es ein kollektives Unbewusstes. Letzteres existiert unabhängig von unserem Willen. Es gibt auf der ganzen Welt keine Sozialisation „ohne ein Volk, ohne eine Sprache, Kultur, Geschichte“. Eine gesunde Psyche setze ein positives Verhältnis zu sich selbst voraus. Wenn Wahrheit frei macht, dann gelte es zuerst, die Wahrheit zu ertragen und nicht zu leugnen. Der Patriotismus oder schlichter, die Vaterlandsliebe, sei ein Grundbedürfnis eines jeden Individuums, jedes Volkes als gleichberechtigter Partner aller Völker. Die linke „Dekonstruktion“ der deutschen Nation schaffe weder Freiheit noch Frieden. Das fiktive Modell der Menschheit als Summe gleicher materieller Partikel, die willkürlich verschiebbar auf der Erde seien, sodass Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt überflüssig würden, führe zu einem brutalen Machtkampf, wo nur noch das „Recht des Stärkeren“ gelte, das Faustrecht, das wie auf einem Basar „täglich neu ausgehandelt“ werden muss.

Mit dem Kapitel „Das neurotische Deutschland“ schließt das Buch. Es endet mit Heinrich Heine und seinen Nachtgedanken 1844 „Denk ich an Deutschland in der Nacht ...“ Jede Nacht endet! Sie wird kürzer, je mehr Patrioten den Mut haben, dieses Buch zu lesen, zu beherzigen und das Erkannte im politischen Alltag umzusetzen. *Wolfgang Thüne*

***Christoph Nöhles: „Deutschland macht uns krank. Wie viel Patriotismus braucht das Land?“**, Edition Counterstream, Books on Demand, Norderstedt 2016, broschiert, 193 Seiten, 14,80 Euro*



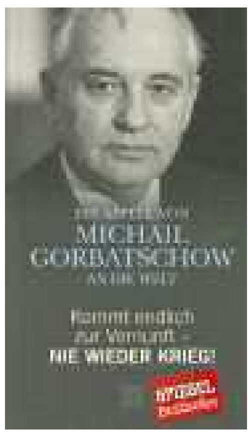
Viele Detailfragen

Über Adel in Ostpreußen

Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und die Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens geben seit 2010 das gemeinsame Jahrbuch „Preußenland“ heraus, welches Beiträge zur Vergangenheit der ehemals deutschen Gebiete im Osten sowie Besprechungen einschlägiger Literatur enthält. Der nunmehr erschienene siebente Band befasst sich unter anderem mit dem städtischen und höfischen Leben in Königsberg zwischen 1255 und zirka 1800 sowie den Kanzleien des Deutschen Ordens in Preußen. Außerdem wird über den Stand der Arbeiten am „Handbuch der ostpreußischen Güter“ von Wulf D. Wagner informiert. Dieses ist parallel auch als Nachschlagewerk über den Adel in Ostpreußen gedacht und soll – wenn man den Ankündigungen glauben darf – offensichtlich äußerst detailliert ausfallen. Gleichermaßen der Gütergeschichte widmet sich ein weiterer Artikel, in dem es um das westpreußische Schloss Kirschau geht.

Ansonsten findet der Leser noch den Beitrag von Eberhard Neumann-Redlin von Meding über die Anfänge der ostpreußischen Hausfrauenbünde sowie Ausführungen zu den Beständen des Staatsarchivs Königsberg, die zwischen August und Dezember 1944 in das Salzbergwerk Grasleben bei Helmstedt überführt wurden. Und zum Schluss präsentiert Udo Arnold eine sehr kritische Analyse von Schulbüchern, in denen auch die Frühgeschichte des Preußenlandes Erwähnung findet. Leider sind manche der Aufsätze recht trocken geraten oder behandeln sehr spezielle Detailfragen, die kaum von allgemeinem Interesse sein dürften. *Wolfgang Kaufmann*

***Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung & Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens (Hrsg.): „Preußenland, Band 7 (2016)“**, fibre Verlag, Osnabrück 2017, broschiert, 216 Seiten, 29,80 Euro*



Gorbis Appell

Sorge über die Kriegsgefahr

Er wirkt wie ein Rufer in der Wüste: Michail Gorbatschow, der letzte Staatschef der Sowjetunion, blickt mit Sorge auf die derzeitige Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, aber auch auf die zahlreichen Kriege weltweit.

Gorbatschows viel gepriesene Politik der „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestrojka“ (Umbau) scheinen im heutigen Russland fast vergessen zu sein. Doch „Gorbi“, wie er hierzulande liebevoll wegen seines Einsatzes für die deutsche Wiedervereinigung genannt wird, hält an den Prinzipien seiner Politik fest und glaubt, dass die Perestrojka immer noch eine Chance hat in Russland.

Wie sehr ihn sein Sturz bis heute schmerzt, wird in Gorbatschows Büchern deutlich. So auch im vorliegenden Büchlein, das ein langes Interview mit dem Fernsehjournalisten und Bestsellerautor Franz Alt ist, das beide im Herbst vergangenen Jahres führten. Darin appelliert Gorbatschow an die Staatslenker der Welt, sich für Frieden einzusetzen. Seine Warnungen sind vor allem an die USA und die Nato gerichtet, in Bezug auf Putins Politik hält er sich zurück. An keiner Stelle wird er konkret. *MRK*

***Michail Gorbatschow: „Kommt endlich zur Vernunft – Nie wieder Krieg“**, Benevento Verlag, Wals 2017, gebunden, 60 Seiten, 7 Euro*



Siebenarmige Göttinnen

Anna Kaminsky gewährt tiefe Einblicke in das Alltagsleben von DDR-Frauen

„Selbstbewusst, klug und umsichtig vollbringen Frauen hervorragende Leistungen im Beruf, bei der Erziehung ihrer Kinder und der Lenkung und Leitung unseres Staates“, hieß es in der DDR-Parteipropaganda 1961 bei der Beschreibung der gesellschaftlichen Rolle der Frau in der DDR. Bis Ende der 1980er Jahre waren 90 Prozent der DDR-Frauen im Beruf. Das Regime wurde nicht müde zu verkünden, dass nirgendwo Familie und Beruf so gut zu vereinbaren waren wie im ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden.

Doch wie war es nun wirklich als Frau im Sozialismus? Die in Gera geborene Autorin Anna Kaminsky geht in ihrem Buch „Frauen in der DDR“ dieser Frage nach. Offiziell sorgte der SED-Staat vorbildlich für den weiblichen Teil der Gesellschaft. Jedoch wird schnell deutlich, dass Frauen in ihren vielfältigen Rollen oftmals zerrissen waren. Kaminsky, seit 2001 Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, stellt den propagandistischen Leitbildern eine Realität gegenüber, die so gar nicht zu den Verlautbarungen der SED-Führung passte.

„Die Mehrzahl der Frauen, die nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone lebten, waren in der Weimarer Republik und Nazideutschland sozialisiert worden“, heißt es im Kapitel „Arbeite mit – plane mit – regiere mit“. Frauen, die von alten Rollenbildern geprägt waren, sie hatten erfahren, dass sich Systeme und Weltanschauungen änderten, aber von ihnen immer verlangt wurde, die neuen Gegebenheiten bedingungslos zu unterstützen. Auch jetzt wurde von ihnen erwartet, die ihnen zugedachten Rollen ohne Widerspruch zu übernehmen. Taten sie dieses, gehörten sie zu den fortschrittlichen Kräften des Staates. Verweigerten sie die Annahme, konnte es Repressionen und politische Verfolgung nach sich ziehen. Der Abschnitt „Wir müssen schreien, damit man uns hört“ gibt weitreichend Aufschluss über ein dunkles Kapitel der Nachkriegs- und DDR-Geschichte.

Kaminsky wirft einen Gesamtblick auf die Bedingungen, in denen die DDR-Frauen lebten, was sowohl das Berufsleben als auch das Leben im Privaten einschließt. Frauen kommen zu Wort, berichten über ihre Lebensläufe und geben tiefe Einblicke in ihre Lebenssituationen. Nicht vergessen wird, die für Frauen besonders schwierige Lage nach der Wende zu beleuchten, da Frauen weit mehr von den veränderten Lebensumständen betroffen waren.

Das Buch ist ein ausgezeichneter historischer Abriss, der eine Wahrheit jenseits der Verklärung zeigt. *Silvia Friedrich*

***Anna Kaminsky: „Frauen in der DDR“**, Ch. Links Verlag, Berlin 2016, gebunden, 320 Seiten,25 Euro*



Ungesühnte Massenmorde

Robert Winter deckt die Mär von einer »friedliebenden Sowjetunion« auf

Von der Errichtung des Sowjetsystems 1917/18 – und 1953, dem Tode Stalins – sind unter Lenin und Stalin mindestens 20 Millionen Sowjetbürger und Angehörige religiöser und ethnischer Minoritäten ohne Gerichtsurteile ermordet und anonym in Massengräbern verscharrt worden. Nach 1953 ging das Morden in „Arbeitslagern“ weiter. Besonders betroffen waren Ukrainer, die rund sechs Millionen Tote zu beklagen haben. Aber auch zahlreiche Deutsche waren unter den Toten.

In seinem Buch „Massenmord unter dem Sowjetstern – 1917 – 1953 – Tatorte Tatgeschehen“ liefert Robert Winter eine grauenhafte Dokumentation. Noch heute werden bei Bauarbeiten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion Massengräber entdeckt, deren Leichen nur schwer anhand von Bekleidungsstücken, Schuhwerk und Uniformteilen zu identifizieren sind. Feststellen kann man jedoch die überwiegende Todesursache: Tod durch Genickschuss – auch bei Frauen und Kindern.

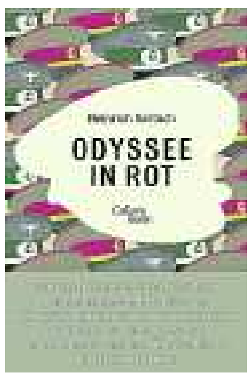
Die Massenmorde werden von offiziellen Stellen in Russland juristisch nicht verfolgt, obwohl es in jeder Familie Opfer und Täter gegeben hat. Jahrelang war es Russland gelungen, die Ermordung von tausenden polnischen Offizieren in Katyn im Jahre 1939 der deutschen Wehrmacht in die Schuhe zu schieben. Eine besonders grausame Entdeckung: „In einem Wald bei Kuropaty, nahe Minsk (Weißrussland) hatten Bürgerrechtler 1988 auf einem zehn bis 15 Hektar großen Terrain ein Gräberfeld aufgefunden. Die insgesamt 510 Massengräber bargen die Überreste von etwa 100 000 Menschen (weißrussische Quellen sprechen von einer Viertelmillion Opfer) – Weißrussen, Litauer, Esten, Letten und Juden.“ Kuropaty wird als die „Größte Grabstelle der Welt“ bezeichnet.

Zu einem Auftritt des Ex-Bundespräsidenten Joachim Gauck schreibt Winter: „Bezeichnend für die einseitige und verklärte Geschichtsschreibung ist die Ehrung der gefallenen Sowjetsoldaten anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung durch Bundespräsident Gauck. Der ehemalige DDR-Pfarrer und Bürgerrechtler ehrte die ‚ruhmreichen Sowjetsoldaten‘“, ohne die von der Sowjetunion begangenen Massenverbrechen in der Sowjetunion, in Polen, in Karelien, in den Baltenstaaten und anderswo auch nur zu erwähnen.

Der Vorteil des Buches von Winter sind neue Informationen über Tatorte und Tatgeschehen, die die „friedliebende Sowjetunion“ zu verantworten hat. Allerdings fehlt jeder Ansatz einer Vergangenheitsbewältigung in der ehemaligen Sowjetunion und im heutigen Russland. Anders wäre die Wiedererstarkung des Ansehens von Josef Stalin nicht möglich geworden.

Das Buch ist ein Muss für die Menschen, die sich mit diesem dunklen Kapitel der sowjetisch-russischen Geschichte befassen wollen. *Dieter Farwick*

***Robert Winter: „Massenmord unter dem Sowjetstern“**, Osning Verlag, Bielefeld 2017, broschiert, 152 Seiten, 16,79 Euro*



Mustergültige Edition

Odyssee eines Ostpreußen

2016 erregte ein Buchfund in russischen Archiven Aufsehen. Der Kriegsroman „Durchbruch bei Stalingrad 1944“ des Königsberger Autors Heinrich Gerlach konnte daraufhin 70 Jahre nach seiner Entstehung veröffentlicht werden. Gerlach hatte den Roman in seiner Zeit als sowjetischer Gefangener geschrieben. Das Manuskript wurde konfisziert und galt als verschollen

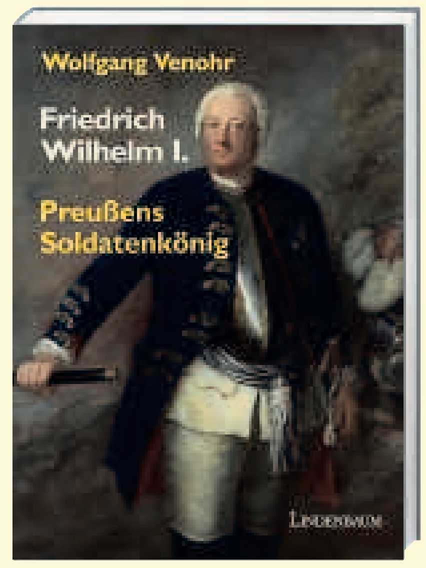
Da der 1991 verstorbene Ostpreuße seitdem in aller Munde ist, hat der Entdecker des Stalingrad-Romans, der Germanist Carsten Gansel, Gerlachs bereits 1966 erschienenen Roman „Odyssee in Rot“ neu herausgegeben. In seinem zweiten autobiografisch gefärbten Roman – 1957 erschien der von ihm aus der Erinnerung rekonstruierte Stalingrad-Roman unter „Die verratene Armee“ – dokumentiert Gerlach seine Zeit als Kriegsgefangener, als er sich für den „Bund Deutscher Offiziere“ zu Propagandazwecken gegen die Wehrmacht einspannen ließ. Das bemerkenswerte ist jetzt, dass Gansel dem 690 Seiten langen, aber knackig geschriebenen Erfahrungsbericht ein über 200 Seiten langes Nachwort angehängt hat, das anhand von Archivdokumenten und Bildmaterial Gerlachs Zeit in Kriegsgefangenschaft sowie die Entstehung des Romans akribisch und mustergültig nachzeichnet. *H. Tews*

***Heinrich Gerlach: „Odyssee in Rot. Bericht einer Irrfahrt“**, Galiani Verlag, Berlin 2017, gebunden, 928 Seiten, 36 Euro*



E.T.A. Hoffmann
Lebensansichten des Katers Murr
Gebunden.
512 Seiten
Nr. P A1063 **7,95 €**

Hoffmanns „Kater Murr“ 1819/21 in zwei Bänden erschienen, gehört zu den Glanzstücken der romantischen wie der satirischen Erzählliteratur – so verblüffend modern ist sein Stil, so unverblümt beißend der Spott, so unkonventionell seine Form, dass der große Erfolg beim Publikum erst im 20. Jahrhundert einsetzte. Virtuos sind hier zwei Biografien wie zufällig miteinander verflochten: die Memoiren des selbstverliebten schriftstellernden Katers Murr und die Lebensgeschichte des Kapellmeisters Kreisler, deren Seiten Murr zur Niederschrift seiner Erinnerungen verwendet und deren Bruchstücke nun „versehentlich“ mit abgedruckt werden.



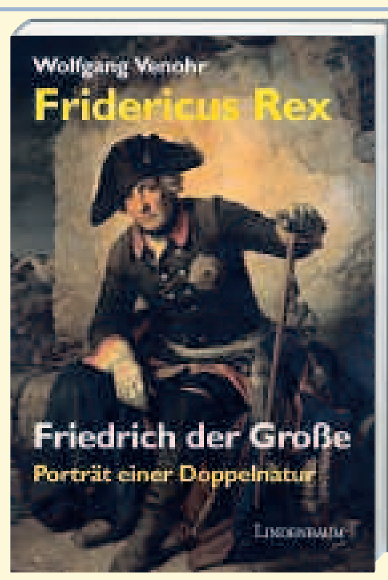
Friedrich Venohr
Friedrich Wilhelm I.
Preußens Soldatenkönig
König Friedrich Wilhelm I. – die Geschichtsschreibung stellte ihn bis heute zu Unrecht in den Schatten seines berühmten Sohnes, Friedrich des Großen. Seine älteste Tochter, Wilhelmine von Bayreuth, zeichnete in ihren Memoiren ein Zerrbild von ihm, das sich von Voltaire bis zu den Liberalen des 19. Jahrhunderts bis zur Verdammung steigern sollte. Nach Sichtung der zur Verfügung stehenden historischen Fakten rückt der Autor das Bild des „Soldatenkönigs“, wie er auch genannt wurde, in ein neues Licht: Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), der Despot, Berseker, Wüterich und Prügelfetischist, war andererseits ein Wohlfahrtsfanatiker, ein Finanz- und Ökonomiegenie, der erste Staatssozialist der Geschichte, ein „Revolutionär auf dem Thron“. Der klügste, mutigste Verfechter der Menschenrechte, der Preußen zum Hort der Toleranz machte, schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht und – war der friedlichste König seines Jahrhunderts. Dr. Wolfgang Venohr präsentiert in dieser überarbeiteten Biographie des „Soldatenkönigs“ das umfassende Lebensbild des „widersprüchlichsten, orginellsten und wohl verblüffendsten Herrschers der preußischen Geschichte“. 366 Seiten
Nr. P A1158 **Gebunden** **24,80 €**



Elisabeth Heresch
Zarenmord
Kriminalfall Jekaterinburg 1918
und die verschwundenen Juwelen der Romanows
Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden könnten. Die Russlandexpertin Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg“ in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschriebt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten. Die Recherchen der Autorin legen dabei offen, wie brutal und skrupellos die „neuen“ Machthaber des angeblich proletarischen Regimes aus einfachen, ehrlichen Menschen Informationen über den Verbleib der Zarenjuwelen herauspressten, um die Schmuckstücke für revolutionäre Propaganda zu Geld zu machen. 256 Seiten
Nr. P A1159 **Gebunden** **9,99 €**



Christian Papendick
Der Norden Ostpreußens
Land zwischen Zerfall und Hoffnung – Eine Bilddokumentation 1992–2007
Wer heute den nördlichen, russischen Teil von Ostpreußen durchstreift, dem bietet sich vielerorts noch ein Bild des Zerfalls und der Hoffnungslosigkeit. Da wurden Burgen und Kirchen des Deutschen Ordens als Steinbruch missbraucht, wurden die wenigen noch erhaltenen Guts- und Herrenhäuser aus barocker und klassizistischer Zeit abgerissen oder dem Zerfall überlassen, von den bürgerlichen und bäuerlichen Bauten ganz zu schweigen. Aber es gibt auch Lichtblicke. Der Königsberger Dom wurde in mühevoller Arbeit wieder aufgebaut. Die Kirchen von Neuhausen, Mühlhausen, Friedland, Gr. Legitten und Heiligenwalde wurden wiederhergestellt und einiges mehr. Der aus Königsberg gebürtige Architekt und Fotograf Christian Papendick ist jahrzehntelang durch den Norden Ostpreußens gereist und hat mit der Kamera in einer nach Umfang und Vollständigkeit einmaligen Bilddokumentation den Zustand, Zerfall und Wiederaufbau dieser Denkmäler der einmaligen Kulturlandschaft von 1992 bis 2007 beobachtet und in über 1.000 eindrucksvollen und erschütternden Farbfotos festgehalten. 487 Seiten
Nr. P A0929 **Gebunden** **29,95 €**

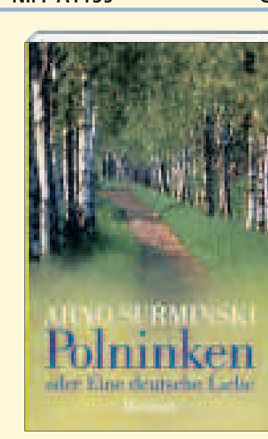


Wolfgang Venohr
Fridericus Rex – Friedrich der Große
Porträt einer Doppelnatur
Schon zu seinen Lebzeiten rankten sich zahlreiche Legenden um die Person jenes Preußenkönigs, der als Friedrich der Große in die Geschichte eingegangen ist. In den vergangenen Jahrhunderten hat sich das Friedrichbild wiederholt gewandelt, und seine Person wurde für die unterschiedlichsten politischen Zielrichtungen vereinnahmt. Wer aber war dieser kunstsinnige Preußenkönig wirklich? Als der achtundzwanzigjährige Kronprinz Anfang Juni 1740 an die Regierung kam, blickte die Welt voller Erwartungen auf ihn, denn er bekannte sich ausdrücklich zu den humanitären Ideen der Aufklärung. Seine ersten Amtshandlungen schienen diese Erwartungen auch zu erfüllen. Auf der anderen Seite war der Preußenkönig der Machtpolitiker, dessen politisches Credo darin bestand, das Wohl des Staates zur Richtschnur allen Handelns zu machen. In seiner Friedrich-Biographie, die durch ihre Anschaulichkeit besticht, versucht Wolfgang Venohr, jenseits aller Legenden und Glorifizierungen die Persönlichkeit Friedrich II. in all ihren Facetten auszuleuchten, die Widersprüche in seinem Charakter herauszuarbeiten und ein Porträt dieses Mannes zu zeichnen, das zu einem neuen, an den historischen Tatsachen orientierten Bild führt. 464 Seiten
Nr. P A0651 **Gebunden** **29,80 €**



Achim von Arnim
und Clemens Brentano
Des Knaben Wunderhorn
Alte deutsche Lieder
928 Seiten/Gebunden
Nr. P A1064 **8,95 €**

Clemens Brentano und Achim von Arnim gaben dieses „wohlfeile Volksliederbuch“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts heraus. Sie enthält 723 Liebes-, Soldaten-, Wander- und Kinderlieder vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert. Ähnlich wie die Brüder Grimm mit ihrer Märchensammlung haben die beiden Dichter der Romantik darin einen Schatz zusammengetragen und vor dem Vergessen bewahrt: „alte deutsche Lieder“ aus mehreren Jahrhunderten, lyrische Dichtung von der hohen Verskunst bis zum Abzählreim, vom Liebeslied über die Ballade bis zum Volksglauben. „Des Knaben Wunderhorn“ ist eine unerschöpfliche Fundgrube, die in ihrer Vielfalt staunen lässt.



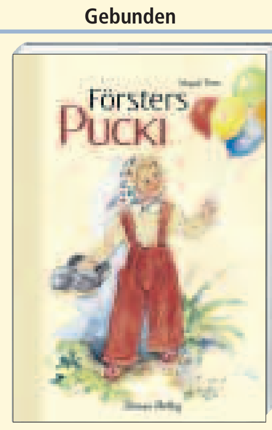
Arno Surminski
Polninken
oder eine deutsche Liebe
480 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 7931 **9,99 €**

Sommer 1980: Der junge Lübecker Ingo Majewski reist mit dem Zelt im VW für ein paar Tage ins Land der tausend Seen, nicht auf den Spuren der Vergangenheit, die ihn nichts mehr angeht, sondern weil es dort noch Seen geben soll, aus denen man trinken kann. Als er schließlich fast wider Willen nach Polninken kommt, in das Dorf seiner Eltern, wo der Großvater einst Straßenwärter war an den großen Chausseen, überfällt ihn die Vergangenheit doch. Er lauscht den Geschichten des alten Kasimir, die vom Leben damals im Dorf berichten und er begegnet einem Mädchen aus der DDR und eine deutsch-deutsche Liebesgeschichte nimmt ihren traurigen Lauf.

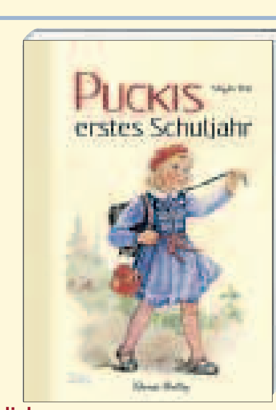


Arno Surminski
Jokehnen – oder Wie lange fährt man von Osptpreußen nach Deutschland 496 S./Taschenbuch
Nr. P 1514 **9,95 €**

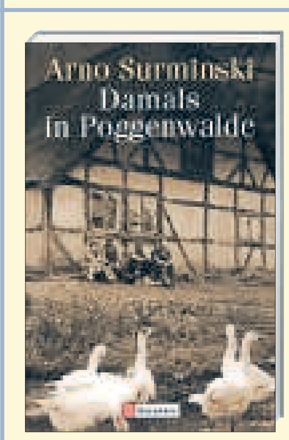
Hermann Steputat, Sohn eines Schneidermeisters im ostpreußischen Jokehnen, hat deutsche Geschichte am eigenen Leib erfahren: Geboren am Todestag Hindenburgs, erlebte er den Beginn der Nazizeit ebenso wie den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, wurde Zeuge des Zusammenbruchs des Dritten Reichs und schließlich der Vertreibung aus der Heimat. Doch nicht nur davon erzählt Jokehnen: Es ist auch eine Erinnerung an die herbe Schönheit der Landschaft zwischen Königsberg und Masuren, an Sommerabende auf dem Lande und Pferde in der Schwemme, an weite Roggenschläge und an die Menschen in Jokehnen und ihrem behäbigen Mutterwitz.



Magda Trott
Försters Pucki
Pucki, die im Walde aufwächst, führt ein glückliches Leben. Sie spricht mit den Tieren und Blumen, erfindet Fabeln und Märchen und begeht mit ihrem guten Kinderherzen viele Streiche, an denen auch mancher Erwachsene seine Freude haben wird. Ein Kinderbuchklassiker in Neuausgabe. 160 Seiten
Nr. P A1046 **Gebunden** **8,95 €**

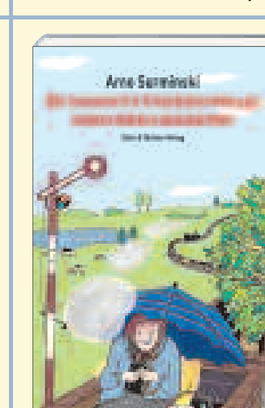


Magda Trott
Puckis erstes Schuljahr
Hedi Sandler, das sechsjährige Försterstöchterchen, das in Freiheit in Wald und Feld aufgewachsen ist, muss nun in die nahe Kleinstadt zur Schule. Wie Pucki sich mit dem ersten Schuljahr auseinandersetzt und wie sie aus ihrem mitfühlendem Herzen alle Armut aus der Welt schaffen will ist hübsch und spannend geschildert. 160 Seiten
Nr. P A1047 **Gebunden** **8,95 €**



Arno Surminski
Damals im Poggenwalde
132 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1516 **6,99 €**

Eine Geschichte aus einer untergegangenen Welt: Ostpreußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Die zehnjährige Maria ist glücklich, als der gleichaltrige Peter mit seiner Familie zu ihr auf den abgelegenen Tatarenhof zieht. Es entsteht eine dicke Freundschaft, voll lustiger, aber auch gefährlicher Abenteuer. Eine anrührende Geschichte aus einer untergegangenen Zeit und ein Leseerlebnis voller zauberhafter Erinnerungen – wie es damals in kleinen ostpreußischen Dörfern gewesen ist, als es noch kein elektrisches Licht und kein fließendes Wasser gab und als noch Pferdefuhrwerke auf den Straßen waren. Mit Wehmut und Liebe erzählt von einem großen ostpreußischen Dichter.



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten 248 Seiten/Geb.
Nr. P A0208 **14,95 €**

Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Wärme und mit humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige – Geschichten für jede Zeit eben.



Magda Trott
Försters Pucki
Pucki ist durch ihre Hilfsbereitschaft und ihren fröhlichen Sinn der Liebling der Klasse. Sie hat viele Freundinnen, aber auch Harras, der Försterhund und die Tiere des Waldes gehören zu ihren Freunden. Ihr überschießender Lebensmut verführt sie zu manch waghalsigem Abenteuer, aber zum Schluss geht doch alles gut. 160 Seiten
Nr. P A1137 **Gebunden** **8,95 €**



Magda Trott
Försters Pucki
Pucki muss ihr geliebtes Zuhause verlassen um das Gymnasium zu besuchen. Dort entwickelt sie sich nach anfänglichen Widerständen und Wirrungen vom unaufmerksamen Kind zu einer fleißigen Schülerin.
Ein Kinderbuchklassiker in Neuausgabe. 160 Seiten
Nr. P A1138 **Gebunden** **8,95 €**



Fritz Baumgarten
Teddys Schulanfang (Format 26,5 x 21 cm)
Hier seht ihr, wie sich früh um acht der Teddy auf den Schulweg macht. Die Mutter ruft: „Nun lauf nur, lauf, und halt dich unterwegs nicht auf!“ Die Vögel zwitschern: „Bummle nicht! Halb neun beginnt der Unterricht!“. 24 S.
Nr. P A1136 **Gebunden** **8,95 €**



Fritz Baumgarten
Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)
Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
Nr. P A0795 **Gebunden** **8,95 €**



Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 **Plüsch-Elch** **8,90 €**



Bernstein-Engel (ca. 2,5 cm groß)
Nr. P A0341 **Bernstein-Engel mit Lederband** **18,00 €**
Nr. P A0392 **Bernstein-Engel mit Silberkette** **38,00 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Vom Staatschef zum Staatenlosen

Kiew – Michail Saakaschwili, von 2004 bis 2013 Staatschef Georgiens, sitzt in den USA fest. Kiew hat ihm die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen, angeblich, weil er bei deren Erlangung falsche Angaben gemacht hat. Der wirkliche Grund dürfte jedoch das Zerwürfnis mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sein, dem Saakaschwili Korruption vorwirft. Da Saakaschwili 2015 seine georgische Staatsbürgerschaft verlor, ist er jetzt staatenlos. *MRK*

Ost-Studie zu schlampig

Berlin – Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), hat sich von einer umstrittenen Studie zum Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern distanziert. Die Arbeit hatte ihr Haus für fast 130 000 Euro beim Göttinger „Institut für Demokratieforschung“ in Auftrag gegeben. Die Studie, welche eine gravierende Rechtsaußen-Gefahr diagnostiziert hatte, war schlicht zu schlampig ausgeführt. *H.H.*

ZUR PERSON

Trumps neue rechte Hand

Fassen wir kurz zusammen, was in der Seifenoper „Weißes Haus“ zuletzt passierte: Pressesprecher Sean Spicer kündigte, weil Präsident Donald Trump ihm mit Anthony Scaramucci einen Kommunikationsdirektor vor die Nase gesetzt hatte. Der beleidigte als Erstes seinen Vorgesetzten, den Stabschef Reince Priebus, als „verdammten paranoiden Schizophrenen“. Dieser war zuvor bei Trump in Ungnade gefallenen, weshalb er Priebus feuerte und ihn durch den bisherigen Heimatschutzminister **John F. Kelly** ersetzte. Dessen erste Amtshandlung als Stabschef wiederum war, das Großmaul Scaramucci nach nur zehntägiger Tätigkeit im Weißen Haus zu feuern.

Kelly soll endlich Ordnung in das Chaos von Washington bringen. Als Ex-Soldat weiß er, wie man Disziplin in die Mannschaft bringt. Kelly war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Anfang 2016 General der südlichen US-Streitkräfte und ist jetzt so etwas wie der Kanzleramtsminister des Weißen Hauses und damit die rechte Hand des Präsidenten.



Der ranghohe Militär, der während seines Irak-Einsatzes zum Brigadegeneral befördert wurde, könnte mit seiner auf Strategie und Taktik geschulten Geradlinigkeit der ruhende Gegenpol zum impulsiven Trump sein. Dieser weiß um seine miesen Umfragewerte und setzt mit dem 67-jährigen Kelly darauf, das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen.

Kelly selbst hat sich aus den einfachen Verhältnissen einer irisch-katholischen Familie in Boston zu einem der wichtigsten US-Militärs hochgedient. 2010 trauerte er um einen seiner Söhne, der als US-Soldat in Afghanistan fiel. Am Ende seiner Karriere wird dieser militärische Hardliner alles daran setzen, dass die Vereinigten Staaten vom weltweiten Terrorismus weitgehend verschont bleiben. *H. Tews*



Der Plan

Was Dunja Hayali schwer erträgt, wen Mick Jagger für uns entlarvt, und wie Peter Sutherland erklärt, wohin man mit uns will / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Tut sich da gerade etwas? Dunja Hayali, die bekannte ZDF-Moderatorin und prominente Kämpferin für ein „buntes“ Deutschland, grummelt nach den Bluttaten von Hamburg und Konstanz auf Facebook: „Mein Geduldsfaden ist etwas dünner geworden.“ Wodurch? „Dieses Ohnmachtsgefühl, dass Hilfsbereitschaft mit Mordanschlägen quittiert wird, ist schwer zu ertragen“, so Hayali.

Natürlich fügt sie gleich an, dass auch unter den „Biodeutschen“ ganz schlimme Finger zu finden seien. Dennoch ist unübersehbar: Bei Frau Hayali gerät etwas ins Rutschen. Wir sind gespannt, was wohl aus der Deutschen mit irakischen Wurzeln herausschießt, wenn ihr der Faden nach dem nächsten Anschlag reißt.

Hayali ist nicht allein, der Kreis der Ernüchterten weitet sich. Erinnern Sie sich an die Aufmacher der „Bild“-Zeitung vor zwei Jahren? Das Blatt wollte sich damals von niemandem übertreffen lassen im „Refugees Welcome“-Rausch. Nun trommelt die Zeitung in riesigen Lettern gegen „Die große Abschiebelüge“ und donnert: „Menschen starben! Auch, weil Deutschland immer noch daran scheitert, schnell abzuschieben.“

Deutschland? Gemeint ist ja wohl die Politik, die Namen trägt wie Merkel, Gabriel oder Göring-Eckart. Mal sehen, wann wir das in dieser Deutlichkeit auch in dem Boulevardblatt lesen können, das kürzlich noch in untertänigstem Kitsch barmte: „Kann Merkel weiter die Welt retten?“

Selbst aus der Welt der Musik ging dieser Tage ganz unverhofft ein herber Schlag nieder. Mick Jagger, der Frontmann der legendären „Rolling Stones“, hat in zwei neuen Solo-Liedern mit der Zuwanderungspolitik kurzen Prozess gemacht: „Ich ging, um England zu treffen“, singt der 74-jährige Rockveteran von der Insel, „aber England ist verloren.“ An wen? „Immigranten strömen herein ... Chaos, Krise, ISIS“, hören wir von Jagger.

Die „Süddeutsche Zeitung“ ist zutiefst beleidigt und zischt: „Wen will er denn entlarven? Und wen ansprechen?“ Verzeihung, werte Kollegen, aber das ist wirklich eine selten dämliche Frage. Wen er entlarven will? Euch zum Beispiel. Oder die Sorte Politiker, welche die „Bild“-Zeitung hinter dem Wort „Deutschland“ versteckt hat. Obwohl es Jagger zunächst mal um England geht, darf sich auch hierzulande eine ganze Reihe von Leuten „angesprochen“ fühlen. Und sie tun es ja sogar, wie die giftige Reaktion der „Süddeutschen“ unzweideutig „entlarvt“ hat.

Aber für wen oder was wollte der Rocksänger eigentlich sprechen? Für die englischen Menschen mit ihrer ganz spezifischen englischen Kultur, die im Gewimmel eines gewaltanfälligen Vielvölkerbreis versinkt?

> Das ist es, was die EU nach Kräften tun soll: Die nationalen Identitäten untergraben

Dafür hätte Aydan Özoguz, Merkels Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, kein Verständnis. Gemünzt auf unser Land stellte die Sozialdemokratin fest, dass eine spezifische deutsche Kultur „jenseits der Sprache schlicht nicht identifizierbar“ sei.

Was „nicht identifizierbar“ ist, das gibt es eigentlich gar nicht, und was es nicht gibt, das braucht man auch nicht zu verteidigen. Nur: Wenn es tatsächlich keine spezifisch deutsche Kultur gibt, dann gibt es selbstverständlich auch keine spezifisch englische, türkische, arabische, chinesische oder sonst welche Kultur. In dem Falle aber würde uns „Multikulti“ bloß aus dem Nichts ins Multinichts führen. Und was soll das? Wozu die Anstrengung?

Sagen wir es doch: Was Özoguz da redet, ist Quatsch, aus dem die Luft sofort entweicht, sobald man mit der einfachsten Frage draufdrückt.

Allerdings heißt das nicht, dass die Frau dumm wäre. Özoguz agiert sogar äußerst fintenreich. Sie will die Deutschen hinters Licht führen. Wir sollen unsere Eigenheit in dem Wahn wegwerfen, dass es diese Eigenheit gar nicht gibt, weil der Abschied dann leichter fällt. In Wahrheit weiß die Politikerin, dass eine „spezifisch deutsche Kultur“ sehr wohl existiert. Zur Probe reden Sie mit Özoguz oder einem x-beliebigen Gesinnungsfreund der Frau mal über Sachen wie „deutscher Sonderweg“, „deutsche Verbrechen“ oder Ähnliches – Sie werden ganz weg sein vor Begeisterung darüber, was diesen Leuten in dem Moment zu „spezifisch deutsch“ alles einfällt.

Doch was wollen diese Figuren eigentlich? Das hat der UN-Sondergesandte für Migration vor ein paar Jahren ohne Umschweife zu Protokoll gegeben: Peter Sutherland beklagte laut BBC im Sommer 2012, dass die Europäer immer noch ein Gefühl ihrer (nationalen) Homogenität und ihrer Unterschiedlichkeit von anderen Nationen pflegten: „Genau das ist es, was die Europäische Union nach besten Kräften untergraben sollte“, so der Ire damals.

Sutherland ist nicht irgendwer, er saß jahrelang in der Führung der US-Bank Goldman Sachs, war Chef des Ölgiganten BP und leitet das „Globale Forum für Migration und Entwicklung“ (GFMD), wo sich Vertreter von 160 Nationen der Untergrabung der nationalen Identitäten widmen.

Nebenbei sitzt er noch als Mitglied am „European Round Table“ sowie in der „Trilateralen Kommission“ und war bei der Bilderberg-Konferenz dabei. Kurz: Sutherland gehört zu der kleinen Schar von wirklich einflussreichen und bestens vernetzten Menschen auf unserem Planeten.

Und die haben etwas vor, wie es scheint, und zwar etwas Großes, das die Welt und vor allem Europa verändern soll wie kein Ereignis seit 1500 Jahren, als die germanische Völkerwanderung zu erlahmen begann. Die illegale Masseneinwanderung, die Deutschland seit 2014 überschwemmt, als dummen Zufall abzutun, verbietet sich angesichts solcher Einblicke.

Mitten im (scheinbaren?) Asylchaos von 2015 raunte Angela Merkel davon, sie habe „einen Plan“. Zehn Jahre zuvor war auch sie bei den sagenumwobenen „Bilderbergern“ zu Gast gewesen, im Mai 2005, vier Monate, bevor sie Kanzlerin wurde.

Uhuhu! Verschwörungstheorie! Verschwörung? Laufen Verschwörungen nicht im Geheimen? Der Sutherland sagt doch ganz offen, wohin die Reise mit seinesgleichen geht, und Politiker wie Ministerin Özoguz liefern ganz unverstellt die Unterstützungsmelodie. Nur Merkel, die hat uns bislang nicht einmal angedeutet, woraus ihr großer „Plan“ besteht.

Muss sie auch nicht. Wir sehen ja, was passiert und haben mittlerweile genug erfahren um zu wissen, dass es nicht zufällig geschieht. Allerdings müssen sich die Verwirklicher des „Plans“ vorsehen. Wenn die Sache zu schnell kommt, werden die Bürger rebellisch, weil die drastische Veränderung ihres Landes zu abrupt über sie hereinbricht. 2015 wäre es fast gekippt.

Daher die Nervosität in diesen Tagen. Jetzt schon die nächste Schwemme? Das könnte schiefgehen. Also wird ordentlich herumgepoltert über „harte Strafen“ für verbrecherische Asylsucher, mehr Kontrollen und schnellere Abschiebungen und so. In einem halben Jahr werden wir dann erkennen, dass das alles wieder nichts geworden ist. Es läuft weiter nach „Plan“, wofür sie uns allerhand sperrige Vorschriften oder störrische Herkunftsländer als Ausrede kredenzen werden.

Apropos „störrische Herkunftsländer“: Ist es nicht rührend? Staaten, die ohne unsere Entwicklungshilfe binnen Wochen zusammensacken würden, weigern sich, ihre Bürger zurückzunehmen – und Berlin kann leider gar nichts dagegen machen, steht in seiner Hilflosigkeit da wie ein weinendes Kind.

Ja, natürlich, ab und zu kreischt das Kind, dass es die Entwicklungshilfe kürzen könnte, wenn ... Das tut es dann aber doch nie, aus welchen Gründen auch immer.

Glauben Sie dieser entzückenden Inszenierung? Ja? Dann sollten Sie alles, was Sie hier über Peter Sutherland, Merkels Politik und Özoguz’ Deutschland-Abschaffung gelesen haben, schnell wieder vergessen. Es könnte Sie ernstlich bei Ihrer Unterstützung der „Plan“-Erfüllung behindern.

MEINUNGEN

*Der bekannte russische Regisseur **Andrej Kontschalowski** rechnet im „Spiegel“ (22. Juli) mit dem **deutschen Schuldkomplex** ab:*

„Sie fürchten sich zu sagen, dass sie Deutsche sind. Sie fürchten sich, stolz auf ihr Land zu sein ... Wie sollten sie nicht stolz auf ihr Land sein? ‚Deutscher Patriot‘ klingt vielen politisch korrekten Idioten aber ein bisschen wie ‚Faschist‘. Warum diese Angst? Die politische Korrektheit tötet alles in Europa ab ... Es gibt für mich bei den Deutschen Komplexe, die künstlich kultiviert werden.“

*Der altgediente ZDF-Journalist **Peter Hahne** prangert in „Tichys Einblick“ (25. Juli) die brachiale **Linksverschiebung** des politischen Denkens in Deutschland an:*

„Was vor 15 Jahren noch normal war, gilt heute als rechtsextrem, nachdem es zwischendurch als exotisch, spießbürgerlich oder erzkonservativ gebrandmarkt worden war. Ich bin doch nicht frauenfeindlich, wenn ich diesen Genderwahn als unwissenschaftlichen Unsinn ablehne, nicht Rassist, wenn ich ein Zigeunerschnitzel bestelle ... Diese Gutmenschen-Gleichschaltung hat auch die Medien ergriffen.“

*Experten halten einen **Ausstieg Italiens aus dem Euro** in naher Zukunft für immer wahrscheinlicher. In „Focus-online“ (28. Juli) erklärte Ex-Ifo-Chef **Hans-Werner Sinn**, warum:*

„Die Wahrscheinlichkeit, dass Italien dauerhaft Teil des Euro bleibt, fällt von Jahr zu Jahr. Das Land kommt mit dem Euro nicht zurecht. Die italienische Volkswirtschaft ist nicht wettbewerbsfähig und hat in den vergangenen Jahren keine messbaren Anstrengungen unternommen, wieder wettbewerbsfähig zu werden.“

*Auch der langjährige Bundesbanker und frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), **Otmar Issing**, warnt in der „Wirtschaftswoche“ (31. Juli) vor einem neuen **Aufflammen der Euro-Krise**:*

„Die Griechen haben versucht, die Misere wahlweise Spekulanten oder den Deutschen anzulasten, nicht aber der eigenen Politik – etwa den mehr als 100-prozentigen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst in weniger als zehn Jahren. In Griechenland macht die Regierung noch immer eine wachstumsfeindliche Politik. Auch Italien hat die Chance nicht genutzt. Das Land hat zig Milliarden an Zinsen gespart, ohne den Spielraum zu nutzen. Kurzum: Die Euro-Krise ist noch nicht vorbei.“

*Auf dem Portal des Börsenexperten Frank Meyer („rottmeyer.de“, 27. Juli) erinnert **Ralph Malisch** an eine **dunkle Facette des Euro-Systems**, die fast vergessen zu sein scheint:*

„Nur weil das Thema ‚Finanzielle Repression‘ aus den Schlagzeilen der Wirtschaftspresse verschwunden ist – in andere Publikationen schaffte es dieses Phänomen ohnehin nicht –, sollte man nicht dem Trugschluss unterliegen, dass es sich in der Zwischenzeit erledigt habe. Vor allem an der Null- und Negativzinsfront ist die schleichende Enteignung der Vermögensbesitzer in vollem Gang.“